This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

UC-NRLF
$B 81 507

Digitized by Google

THE LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

IN MEMORY OF

PROFESSOR

ROBERT J. KERNER

1887–1956

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

FÜRST G. TRUBETZKOI

RUSSLAND ALS GROSSMACHT

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART 1913

Digitized by Google

Aus dem Russischen übersetzt und
eingeleitet von JOSEF MELNIK

Digitized by Google

RUSSLAND ALS GROSSMACHT

Digitized by Google

Digitized by Google

89

RUSSLAND ALS GROSSMACHT

VON

FÜRST G. TRUBETZKOI

TRUBETSKOI

ÜBERSETZT UND EINGELEITET
VON
JOSEF MELNIK

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART UND BERLIN 1913

L. n. 2362

Digitized by Google

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1913
by Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt
in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach
in Salach, Württemberg

Digitized by Google

DK 66
T 8

VORWORT

Vor einigen Jahren begegnete ich einem russischen Diplomaten, der Artikel von mir über Rußlands auswärtige Politik gelesen hatte. Er sagte mir manches Schmeichelhafte, fügte aber hinzu: „Seltsam, daß Sie bei Ihren Betrachtungen über auswärtige Fragen immer wieder auf die innere Politik zurückkommen." Ich erwiderte ihm darauf halb scherzhaft mit den Goetheschen Worten: „Nichts ist innen, nichts ist außen, was ist drinnen, das ist draußen."

In Wirklichkeit sind die Probleme der inneren und äußeren Politik in einem modernen Großstaat kaum voneinander zu trennen. Mögen die Methoden ihrer Behandlung verschieden sein, in ihrem Wesen und in ihrer gegenseitigen Befruchtung sind sie von ein und demselben Nährboden abhängig. Diese Erkenntnis liegt so klar zutage, daß Beispiele überflüssig erscheinen. Und die allerjüngsten geschichtlichen Ereignisse, der Russisch-Japanische Krieg und die Balkanschlachten, haben einen neuen Beweis dafür erbracht. Sogar auf den goldenen Kuppeln der russischen Kirchen pfeifen die Spatzen, daß ohne Sebastopol — die Aufhebung der Leibeigenschaft, ohne Tschusima — die Verfassung vom Oktober 1905 undenkbar wären. Alles, was Rußland an inneren Freiheiten in den letzten fünfzig

571

Digitized by Google

Jahren blutig erworben hat, ist erst durch erschreckende Niederlagen auf den Schlachtfeldern möglich geworden.

Daß dies auch russische Diplomaten einsehen können, und es zuweilen auch aussprechen, geht aus der vorliegenden Schrift klar hervor.

Der Verfasser, Fürst Grigorij Nikolaiewitsch Trubetzkoi, ist selbst aktiver Diplomat: Chef der nahöstlichen Abteilung im Ministerium des Äußern. Er gehört einem alten, vornehmen Geschlechte an, dessen zahlreiche Mitglieder auf politischem, wissenschaftlichem, diplomatischem und militärischem Gebiete Verdienstvolles geleistet haben. Der vor einigen Jahren verstorbene Fürst Sergeij Trubetzkoi, Philosoph und Rektor der Moskauer Universität, hat im Revolutionsjahre Rußlands eine bedeutsame Führerrolle gespielt; sein mutiges Zitat, das er während des Empfangs einer Deputation an den Zaren richtete: „Ce n'est pas une émeute, c'est une révolution", ist historisch geworden. Sein zweiter Bruder, Fürst Jewgenij Trubetzkoi, Professor an der Universität Moskau, ist als freiheitlich gesinnter Politiker, Rechtslehrer und ungewöhnlich begabter Publizist eine der sympathischsten Erscheinungen im heutigen Rußland.

Die vorliegende Studie über die Lage der internationalen Politik und über die Rußland dabei zugefallenen Aufgaben ist im Herbst 1910 entstanden — zu einer Zeit, als der Autor eine Pause in seinem diplomatischen Dienst eintreten ließ, sich einige Zeit publizistisch betätigte, um dann den jetzt von ihm bekleideten Posten im Ministerium des Auswärtigen anzunehmen.

Auf engem Raum ist es dem Verfasser gelungen, eine klare und anschauliche Analyse der weltpolitischen Kristalli-

Digitized by Google

sationen seit dem Auftreten Bismarcks bis auf die Ereignisse von 1910 zu geben. Alle großen politischen Verschiebungen im internationalen Völkerleben, die Wurzeln der heutigen Gruppierung der Mächte werden hier von vorsichtiger und kundiger Hand aufgedeckt. Einige Urteile, und zwar die über die Gestaltung der Dinge auf dem Balkan, sind durch die jüngsten Ereignisse etwas überholt, jedoch nicht ganz aufgehoben. Daß der Autor dem Panslawismus nicht jene übertriebene und völlig falsche Bedeutung zuschreibt, wie dies oft in Deutschland noch bis vor kurzem geschah und im Grunde genommen auch noch jetzt geschieht, ist ein Beweis nicht nur seines Scharfblickes, sondern auch seiner saubern Gesinnung. Im Grunde genommen war der Panslawismus in den Händen der russischen Reaktion ein ebensolch kraftloses, aber gern angewendetes politisches Mittel, wie der Panislamismus in den schlaffen Händen Abdul Hamids. Das Prestige Rußlands hat nach den letzten Balkankriegen bei den Balkanslawen an Wirkung nur noch eingebüßt.

Einen besonderen Wert der vorliegenden Studie erblicke ich darin, daß der Autor mehrmals, wenn auch gleichsam nur im Vorübergehen, auf den wundesten Punkt der auswärtigen russischen Politik hinweist: auf die Lage im Innern. „Kann man denn überhaupt" — ruft er gleich am Anfang aus — „von der Diplomatie verlangen, daß sie durch Kunst und Geschicklichkeit allein die Mängel der Verteidigung ersetze, daß sie, von Erfolgen schon ganz zu schweigen, wenigstens Mißerfolge vermeide, wenn zu ihrer Verfügung nur Schwerter aus Pappe da sind, an deren Anblick sich die Gegner bereits gewöhnt haben?" Schwerter aus Pappe — ist das nicht eine neue Um-

Digitized by Google

schreibung für das bereits abgehetzte Bild von den Potemkinschen Dörfern? „Ohne eine Umkehr auf dem Gebiete der inneren nationalen Fragen" — schreibt er an einer anderen Stelle — „zum Zwecke der Versöhnung mit den ‚Fremdvölkern' und der Befestigung des allgemeinen russischen Patriotismus wird Rußland den Zustand der Schwäche, die seine äußere Macht paralysiert, nicht überwinden." In den drei Jahren, seitdem diese Zeilen geschrieben sind, hat die Hetze gegen die „Fremdvölker" nur noch zugenommen — gegen die „Fremdvölker", die sich nach den letzten Angaben des statistischen Zentralkomitees des russischen Ministeriums des Innern am 1. Januar 1912 fast auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung Rußlands bezifferten. Welches Verhängnis die nationale Politik des heutigen russischen Systems für die Entwicklung und das Emporblühen Rußlands bedeutet, haben die besten Vertreter der russischen Kulturbestrebungen klar erkannt und ausgesprochen. „Von einer jeden Regierung kann man wenigstens verlangen" — schrieb Fürst Jewgenij Trubetzkoi im Jahre 1909, als noch der Säemann des nationalen Hasses, Stolypin, an der „Erneuerung" Rußlands wirkte — „daß sie der Existenz und nicht der Auflösung des Staates dient, den sie regiert, und daß sie nicht jenen Ast absägt, auf dem sie sitzt. Rußland geht an einer inneren Krankheit zugrunde. Innere, sittliche Eigenschaften haben unseren Staatsmechanismus zu einem zerbrechlichen Gefäß gemacht. Von diesen inneren Ursachen ist die hauptsächlichste — der allgemeine gegenseitige Haß, der in sich Keime der Anarchie birgt. Um Rußland zu retten, muß dieser Haß überwunden werden, nur darin allein besteht die wahrhafte nationale russische Politik." In fast ähnlichem Sinne hat

Digitized by Google

sich auch Graf Witte in der Einleitung zu seiner Studie über Friedrich List geäußert.

Wie sehr sich die Zustände im Innern in den letzten Jahren verschlechtert haben, ersieht man, was man noch vor zwei Jahren für kaum möglich gehalten hätte, aus dem letzten Jahresbericht der Oktobristenpartei, jener Partei, in der Stolypin seinen Halt in der Reichsduma hatte. „Die Herrschaft einer absoluten Willkür sowohl im politischen wie im öffentlichen Leben" — heißt es an einer Stelle des letzten Jahresberichts — „bedarf keiner Beweisführung. Die ganze Tätigkeit der Regierung und insbesondere der vom Ministerium des Innern in der inneren Politik angeschlagene Ton versprechen nichts Tröstliches. Seit einigen Jahren hat eine Art Polizei-gendarmenpolitik im Ministerium des Innern Platz gegriffen, die man am einfachsten als Gendarmenpolitik kennzeichnet." An einer anderen Stelle heißt es: „Die vollste Willkür und die Verletzung aller Gesetze durch Vertreter der Staatsgewalt haben sich in letzter Zeit derart intensiv entwickelt, daß man unwillkürlich nach dem Grunde sucht. Die Ursache dieser allgemein chaotischen Zustände ist in dem Vorgehen der Regierung zu suchen, die dem Gesetz nach einheitlich (durch das Kabinett) sein soll, in Wirklichkeit aber in jedem einzelnen Ressort nach Gutdünken des betreffenden Ministers vorgeht." Der Grund liegt natürlich tiefer. Er ist in jener Unklarheit der Staatsverfassung zu suchen, unter der heute Rußland stöhnt. Rußland wird heute weder autokratisch noch konstitutionell, sondern durch Willkür und administrative Korruption regiert. In einem Weltreich von 171 059 900 Köpfen, wo auf je 1000 Einwohner 779 Analphabeten kommen, werden die

Digitized by Google

besten und fähigsten Elemente der Gesellschaft von jeder öffentlichen und staatlichen Betätigung zurückgedrängt. Abenteurer und Streber beherrschen das Feld. Die Behandlung der „Fremdvölker", der Finnen, der Polen und hauptsächlich der Juden, haben Formen angenommen, die gegen alle menschlichen und göttlichen Gesetze verstoßen. Sogar die Rechtsprechung und die Kirche sind in das Fahrwasser dieses Systems geraten. Was Wunder, wenn die begabten, aber unwissenden breiten Volksmassen verarmen und verwildern, die Milliardeneinnahmen des Fiskus vom Branntweinmonopol fortwährend steigen und das Riesennetz des Sektenwesens sich ausdehnt? Bei einer solchen Lage der Dinge ist es selbstverständlich, daß ein jeder, der von Recht und Rechtsstaat zu sprechen wagt, als ein „Feind der bestehenden Ordnung" behandelt wird.

Das russische Sprichwort: „Der Bauer bekreuzigt sich nicht, bis es nicht gedonnert hat", hat sich in der inneren russischen Politik oft bewahrheitet. Ein jeder Anlauf zu Reformen ist erst nach Niederlagen gemacht, aber nie durchgeführt worden. Die größte russische Reform der jüngsten Zeit ist die Verfassung vom Oktober 1905. Doch sie wird in Rußland halb resigniert, halb scherzhaft als das „verloren gegangene Dokument" bezeichnet. Die vom Autor dieser Schrift ausgesprochene Hoffnung auf die innere Wiedergeburt Rußlands, der ich mich ganz anschließe, findet am heutigen russischen Regierungssystem gar keinen Anhaltspunkt. Der greise, hochgeschätzte russische Publizist K. K. Arsenjew veröffentlicht im Septemberheft der Zeitschrift „Westnik Jewropy" (der europäische Bote) eine Art Vermächtnis, in welchem er, die

Digitized by Google

innere Entwicklung Rußlands des letzten halben Jahrhunderts überschauend, unter anderem meint: „Zur Kennzeichnung des Systems, das viele Jahrzehnte hindurch zur Herrschaft strebte und, mit Ausnahme geringer Unterbrechungen, sie auch behielt, gibt es, außer individuellen, zwei allgemeine Kriterien: ein inneres und ein äußeres. Ist durch dies System in möglichst großem Maße der Wohlstand des Volkes erreicht? Hat der Staat, dank ihm, einen solchen Grad von Macht erlangt, der ihm den Schutz vor den Nachbarn und im Notfalle den Erfolg bei Zusammenstößen mit ihnen sichert? Auf diese beiden Fragen erteilt die jüngste Geschichte Rußlands eine negative Antwort. Die Volksmasse ist unwissend und arm; die Bauernwirtschaft stagniert; die Hungersnöte, die jenseits unserer westlichen Grenze längst verschwunden sind, hören nicht auf; es wüten Epidemien, die Westeuropa längst überwunden hat; der Alkoholismus nimmt erschreckende Dimensionen an; das kolossale Wachstum der Staatsausgaben entspricht nicht dem Wachstum des Volksreichtums. Kein einziges Mal im Laufe eines ganzen halben Jahrhunderts hat sich Rußland für die von ihm unternommenen Kriege als vorbereitet erwiesen. Fünfzig Jahre nach dem Fall von Sebastopol mußte es die Tage von Ljaojan und Port Arthur, von Mukden und Tschusima erleben. Weitere acht Jahre sind verstrichen — und die Ereignisse, die aufeinander folgen, gewähren keinen Glauben an die Unmöglichkeit der Wiederholung der früheren Enttäuschungen ... Das sind die Resultate der Aufeinanderfolge von Reaktion und Stillstand. Mit einer entschiedenen, folgerichtigen, unaufhaltsamen Bewegung nach vorwärts aber hat man es noch nicht versucht."

Digitized by Google

Wenn mir ein russischer Diplomat wieder mit der Frage kommt, weshalb ich bei Behandlung russischer auswärtiger Probleme auf die innere Lage zu sprechen komme, werde ich ihn stillschweigend auf die vorliegende Schrift seines Kollegen verweisen.

Berlin, Ende September 1913.

Josef Melnik.

Digitized by Google

Der enge Zusammenhang zwischen den Bedingungen und Aufgaben der äußeren Politik und den Mitteln der Landesverteidigung ist eine jener von selbst einleuchtenden Wahrheiten, die auf den ersten Blick keine besonderen Beweise erfordern. Wirklich, niemand würde den allerernstesten Vorstellungen der Diplomaten eine Bedeutung beimessen, wenn hinter ihnen keine entsprechende reale Macht stünde; andererseits wäre es, sogar beim Vorhandensein einer erstklassigen Armee und Flotte, äußerst gewagt, sich zu irgendeinem Krieg zu entschließen, wenn die Hilfe oder auch nur die Neutralität anderer Mächte nicht gesichert wäre. Wenn wir aber von diesem theoretisch unzweifelhaften Grundsatz zur Praxis übergehen, werden wir uns leicht überzeugen, daß die Geschichte der früheren Jahre und der allerjüngsten Vergangenheit von Beispielen eines ständigen Vergessens dieser Wahrheit strotzt, was stets von den für den Staat verderblichsten Folgen begleitet war. Alle unsere letzten Kriege führten wir, ohne auf sie, weder in militärischer noch in politischer Hinsicht, genügend vorbereitet gewesen zu sein. Der siegreiche Russisch-Türkische Krieg, der uns außerordentliche Opfer infolge der Mängel der Militärorganisation gekostet hat, stellte Rußland letzten Endes vor eine feindselige Koalition der Mächte, die uns daran hinderte, die um solch teuern Preis erkauften Ergebnisse zu nutzen, dank dem Umstande, daß unsere Diplomatie

Digitized by Google

es nicht vermocht hatte, sich rechtzeitig eine vorteilhaftere politische Konjunktur zu sichern. Japan entschloß sich, den letzten Krieg uns zu erklären, erst nachdem es seiner Diplomatie gelungen war, zunächst Rußland zu isolieren, indem es ein Bündnis mit England abschloß, das letzteres verpflichtete, Japan zu Hilfe zu kommen für den Fall, daß es gezwungen wäre, mit zwei Gegnern zu kämpfen. Dieses Bündnis, das zum unvermeidlichen Bruch führte, hat Japan erst nach mehrmaligen erfolglosen Bemühungen, mit Rußland ein Abkommen zu treffen, geschlossen; aber wir taten nichts, um dessen Verwirklichung zu hindern und uns vor dem feindseligen Verhalten Englands zu sichern. Wir wollten uns in unserem Bestreben, uns gleichzeitig in der Mandschurei und in Korea festzusetzen, auf gar keine Konzessionen einlassen. Es ist natürlich, daß wir alle Mächte gegen uns stimmten, außer denjenigen, die mit Vergnügen der unvermeidlichen Schwächung unserer europäischen Flanke entgegensahen. Eine solche Politik hätte eine Berechtigung gehabt, wenn sie mit einer entsprechenden Entwicklung unserer Verteidigungsmittel im fernen Osten in Einklang gebracht worden wäre. In Wirklichkeit hat unsere Regierung selbst noch vor dem Ausbruch der Kriegsoperationen so klar das Mißverhältnis zwischen ihren Anforderungen und den realen Kräften erkannt, daß sie im voraus beschlossen hatte, sich einer bewaffneten Okkupation Koreas durch Japan nicht zu widersetzen, indem sie diesen Gewaltakt einem friedlichen Übereinkommen mit Japan vorzog, das uns den faktischen Besitz der Mandschurei gesichert hätte.

Wenn man uns erwidern wollte, die angeführten Beispiele seien eine Sache der Vergangenheit und man müsse

Digitized by Google

die neue Periode unserer Staatsgeschichte mit dem Vertrag von Portsmouth beginnen, würden wir mit einem Hinweis auf die Ereignisse von 1908 bis 1909 antworten, die uns zu einer Wiederholung derselben Fehler, zu demselben Mißverhältnis zwischen den Aufgaben der äußeren Politik und der Lage der Landesverteidigung zurückführen.

Unsere Diplomatie wurde für das Zurückweichen, das durch die Festigkeit des Berliner Kabinetts in der bosnischen Frage im Frühling des Jahres 1909 erzwungen war, schwer getadelt. Wir unsererseits nehmen an, daß dieses Zurückweichen eine unvermeidliche Folge davon war, daß unsere Diplomatie allzu weit gegangen ist, ohne auf die Unterstützung einer realen Kraft irgendwie rechnen zu können. Aber wenn Rußland als Antwort auf die Annexion von Bosnien und Herzegowina durch Österreich geschwiegen hätte, indem es die bittere Pille verschluckte, wäre denn das nicht auch eine Erniedrigung gewesen, die zu verdecken uns weder durch fingierte Gleichgültigkeit noch durch andere Listen des offiziellen Optimismus gelungen wäre? Kann man denn überhaupt von der Diplomatie verlangen, daß sie durch Kunst und Geschicklichkeit allein die Mängel der Verteidigung ersetzte, daß sie, von Erfolgen schon ganz zu schweigen, wenigstens Mißerfolge vermeide, wenn zu ihrer Verfügung nur Schwerter aus Pappe da sind, an deren Anblick sich die Gegner bereits gewöhnt haben?

Aus alledem kann man schließen, daß wir, solange man die Aufgaben unserer äußeren Politik und der Landesverteidigung außerhalb ihres notwendigen und natürlichen Zusammenhangs betrachtet, in jener Isoliertheit der Ressorts, in der sie nicht nur in den bureaukratischen Sphären, sondern oft auch im öffentlichen Bewußtsein betrachtet

Digitized by Google

wurden, uns von einem verhängnisvollen Erbe der alten Ordnung nicht befreien werden.

Dabei findet sich kaum ein zweiter Staat, in dem die Probleme der äußeren Politik und der Verteidigung so kompliziert und schwer wären. Wir haben einen harten Krieg überstanden, der unsere Flotte vernichtete, den Nimbus der russischen Macht schwer schädigte, während dieser Nimbus allein uns vor vielen unerwarteten Zufälligkeiten geschützt hatte.

Unsere Staatsschuld wuchs nach dem Krieg fast um $2^1/_2$ Milliarden an*), und wir traten in einen Wendepunkt unserer Geschichte ein, als sich auf einmal das uferlose Meer dringend gewordener innerer Bedürfnisse und kultureller Nöte öffnete. Muß man denn hervorheben, daß die Kraft eines jeden Organismus im Kampf gegen äußere Hindernisse und Feinde von seiner inneren Festigkeit und Gesundheit abhängt, und daß deshalb diejenigen ohne Zweifel von ihrem Standpunkt aus recht haben, die auf die Notwendigkeit hinweisen, sich in erster Reihe mit den unaufschiebbaren Aufgaben der inneren Ordnung zu beschäftigen und ihnen die Hauptkräfte und die größte Aufmerksamkeit zu widmen?

Aber wir leben ja nicht jenseits von Zeit und Raum, erwidern mit ebensolcher Berechtigung die anderen. Unsere Gegner rechnen mit unseren inneren Bedürfnissen nur, insofern sie in ihnen günstige Bedingungen zur Durch-

*) Das Wachstum unserer Schuld beleuchten die folgenden Ziffern:

1. Januar	1902 . . .	6 430 651 061 Rubel
	1905 . . .	7 081 746 618 „
	1906 . . .	7 841 164 509 „
	1907 . . .	8 625 560 215 „
	1908 . . .	8 725 523 210 „
	1909 . . .	8 835 884 191 „

Digitized by Google

führung ihrer Pläne erblicken. Es steht nicht in unserer Gewalt, die Reihenfolge der Aufgaben der inneren und äußeren Politik festzusetzen. Die Friedensliebe allein kann uns vor der Gefahr äußerer Komplikationen nicht schützen. Es schützt davor auch nicht die Nachgiebigkeit, die eher den Appetit der anderen anregt als befriedigt. Das Beispiel Chinas haben wir ja vor unseren Augen. Si vis pacem, para bellum — die Richtigkeit dieser Formel haben die achtbaren Bemühungen der Friedensfreunde nicht zu erschüttern vermocht.

Diese beiden Thesen sind uns allen gut bekannt; sie verstummen weder in der Presse noch bei mündlichen Unterhaltungen über dieses Thema. Beide sind sie in ihrer Weise richtig, und durch Beweise der Logik kann man weder die eine noch die andere widerlegen. Sie decken vor uns die Kompliziertheit des russischen Staatsproblems auf und führen zur Forderung höchster Vorsicht, wenn entscheidende Schlüsse gezogen werden sollen.

Gewiß, vom Standpunkt der theoretischen Beurteilung der Aufgaben der äußeren Politik wäre es am allereinfachsten zu sagen: Gebt mir eine Armee und eine Flotte, die die Kräfte eines jeden Gegners übertreffen, und fordert dann von mir Rechenschaft. England und Deutschland streben nämlich nach einer solchen Stellung der Landesverteidigung, und keine Großmacht kann sie außer acht lassen; es gibt jedoch Übergangszeiten gleich der, die wir nach dem Russisch-Japanischen Krieg durchleben, wo der Maßstab der Forderungen auf diesem Gebiete unvermeidlich sich nach den Bedingungen der allgemein wirtschaftlichen und kulturellen Lage des Landes richten muß. Und nach diesen Bedingungen muß sich ihrerseits

Digitized by Google

die äußere Politik richten. Man darf nicht vergessen, daß die schwierige Kunst der Diplomatie in manchem an die Kunst des Steuermannes auf dem Segelschiff erinnert. Dieser muß mit der Änderung des Windes und des Wetters, mit unterseeischen Riffen und Strömungen rechnen, aber der Erfolg des Kampfes hängt auch von der Fähigkeit ab, die Endziele nicht aus dem Auge zu verlieren. Es steht nicht in unserer Gewalt, die Kunst zu erlernen, wenn wir sie nicht besitzen. Wir können uns aber eine bescheidenere Aufgabe stellen: Belehrung in der Vergangenheit zu suchen, um uns von alten Fehlern zu befreien und uns jenem Ziele zu nähern, auf das uns der bereits zurückgelegte Weg hinweist.

Über die Wirklichkeit kann man nicht so verfügen, wie über ein weißes Blatt Papier, auf das man schreiben kann, was einem einfällt. Beim Studium der Bedingungen und der Aufgaben der äußeren Politik muß man mit ihrer komplizierten Kontinuierlichkeit rechnen. Da wir nicht die Möglichkeit haben, in der vorliegenden kurzen Skizze eine genaue Geschichte der jüngsten Vergangenheit der russischen äußeren Politik zu geben, werden wir uns bemühen, sie wenigstens flüchtig zu überblicken, bevor wir zur Darstellung ihrer gegenwärtigen Probleme übergehen.

Die gegenwärtige internationale Lage Rußlands bildete sich im Zusammenhang mit den allgemeinen Bedingungen der europäischen Politik und in Abhängigkeit von jenen Aufgaben, die es auf den zwei Hauptgebieten seines Wirkens verfolgte — im nahen und im fernen Osten. Unsere Darstellung wird sich nach dieser Ordnung richten, bis wir zu den Ereignissen der jüngsten Zeit und zu ihrer allgemeinen Wertung gelangen werden.

Digitized by Google

I

Um die allgemeine gegenwärtige politische Lage, wie sie sich in Europa gebildet hat, zu verstehen, muß man die Erinnerungen Bismarcks lesen. Der Stempel seines Genies und eisernen Willens ruht noch bis heute auf dem Charakter und der Richtung des allgemeinen politischen Systems in Europa.

Gleich am Beginn seiner Laufbahn betrachtete der große Staatsmann als seine Hauptaufgabe: die Vereinigung Deutschlands unter der Hegemonie Preußens. Er sah nicht nur den Gang der Ereignisse in Deutschland selbst voraus, der seine Politik zum angestrebten Ziele führen, sondern auch jene internationale Konjunktur, mit der in der Folge gerechnet werden mußte.

Die Rivalität Österreichs in deutschen Angelegenheiten mußte mit Waffengewalt beseitigt werden. Aber Bismarck meinte, daß es durchaus nicht gleichgültig sei, mit welchen Mitteln dies Ziel zu erreichen wäre; der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich war ein häuslicher Streit, in den er keine Fremden hereinziehen wollte, um nicht den Sieger bei dem Besiegten verhaßt zu machen. Deshalb lehnte er seinerzeit die Annäherungsversuche des Petersburger Kabinetts ab, weil er nicht wünschte, der Befriedigung der Eigenliebe des Fürsten Gortschakow zu

Digitized by Google

dienen, der Revanche für die Haltung Österreichs während des Krimkrieges suchte. Aber nun brach zwischen beiden deutschen Rivalen der unvermeidliche Krieg aus. Nach den ersten glänzenden Siegen forderte die Militärpartei, den Feldzug mit einem Einzug in Wien abzuschließen. „Mir kam es," schreibt Bismarck, „für unsere späteren Beziehungen zu Österreich darauf an, kränkende Erinnerungen nach Möglichkeit zu verhüten, wenn es sich ohne Beeinträchtigung unserer deutschen Politik tun ließ. Der siegreiche Einzug des preußischen Heeres in die feindliche Hauptstadt wäre für unsere Militärs natürlich eine befriedigende Erinnerung gewesen, für unsere Politik war er kein Bedürfnis; in dem österreichischen Selbstgefühl hätte er gleich jeder Abtretung alten Besitzes an uns eine Verletzung hinterlassen, die, ohne für uns ein zwingendes Bedürfnis zu sein, die Schwierigkeit unserer künftigen gegenseitigen Beziehungen unnötig gesteigert haben würde. Es war mir schon damals nicht zweifelhaft, daß wir die Errungenschaften des Feldzuges in ferneren Kriegen zu verteidigen haben würden, wie Friedrich der Große die Ergebnisse seiner beiden ersten schlesischen Kriege in dem schärferen Feuer des Siebenjährigen. Daß ein französischer Krieg auf den österreichischen folgen werde, lag in der historischen Konsequenz selbst dann, wenn wir dem Kaiser Napoleon die kleinen Spesen, die er für seine Neutralität von uns erwartete, hätten bewilligen können. Auch nach russischer Seite hin konnte man zweifeln, welche Wirkung eintreten werde, wenn man sich dort klar machte, welche Erstarkung für uns in der nationalen Entwicklung Deutschlands lag. Wie sich die späteren Kriege um die Behauptung des Gewonnenen gestalten

Digitized by Google

würden, war nicht vorauszusehen; in allen Fällen aber war es von hoher Wichtigkeit, ob die Stimmung, die wir bei unseren Gegnern hinterließen, unversöhnlich, die Wunden, die wir ihnen und ihrem Selbstgefühl geschlagen, unheilbar sein würden." Indem sich Bismarck vollkommen einsam im Kriegsrat fühlte, dessen sämtliche Mitglieder, angefangen beim König selbst, darauf bestanden hatten, die Erfolge des Feldzuges für territorialen Erwerb auszunutzen, war er einer absoluten Verzweiflung nahe. Als er nach einer Beratung in sein Zimmer zurückgekehrt war, trat ihm der Gedanke nahe, ob es nicht besser sei, aus dem offenstehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen. In diesem schwierigen Augenblick kam ihm der Kronprinz zu Hilfe, dem es gelang, seinen Vater zu überreden. An den Rand einer der letzten Eingaben Bismarcks schrieb damals der König ein Marginale ungefähr des Inhalts: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohn erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen."

Wir führten diese Einzelheiten an, obwohl sie auf den ersten Blick ein nur biographisches Interesse haben. In Wirklichkeit ist in ihnen der Schlüssel zum Verständnis der ganzen darauffolgenden internationalen Lage enthalten, die sich so und nicht anders gebildet hat dank der genialen Kunst Bismarcks, seine Politik nicht auf vorübergehende zufällige Kombinationen zu gründen, sondern

Digitized by Google

auf ein feinfühliges Verhältnis zu den nationalen Faktoren und auf das Erfassen der Zukunft.

Gleich nach dem Französisch-Deutschen Krieg sah Bismarck ein, daß man in Petersburg früher oder später sich sagen werde, es gäbe eine Grenze, über die hinaus Rußland die Verkleinerung Frankreichs nicht zulassen könne, und daß diese Grenze durch den Frankfurter Vertrag vom Jahre 1871 erreicht sei. Im Jahre 1875 hat Kaiser Alexander II. durch persönliche Einmischung den von neuem drohenden Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich beigelegt. Bismarck hat niemals Gortschakow seine Zirkulardepesche verzeihen können, die aus Berlin an die russischen Vertreter im Auslande abgesandt wurde und mit den Worten begann: „Der Friede ist gesichert." Im nächsten Jahr aber fragte das Petersburger Kabinett, von den Dienstleistungen ausgehend, die es Preußen während seiner Kriege mit Österreich und Frankreich durch Verhinderung der Einmischung Dritter erwiesen hatte, bei Bismarck an, welche Haltung Deutschland einnehmen würde, wenn Rußland mit Österreich in Krieg geriete. Nach zahlreichen Versuchen, einer direkten Antwort auszuweichen, sah sich der Kanzler gezwungen, sich folgendermaßen zu äußern: „Unser erstes Bedürfnis sei, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies zu unserem Schmerze zwischen Rußland und Österreich nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet oder geschädigt werde,

Digitized by Google

daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde." Da in jener Zeit die militärische Überlegenheit Rußlands über Österreich niemand Zweifel einflößte, so war es klar, daß Bismarck die Möglichkeit eines Eintretens zum Schutze des letzteren durchblicken ließ. Lange Zeit jedoch bemühte sich der Kanzler, die Unterstützung Österreichs mit der Möglichkeit, sich auf die Vertrauensseligkeit Rußlands zu lehnen, zu vereinigen. So war es auch während des Berliner Kongresses, als er es vermochte, die Maske der Gewogenheit Rußland gegenüber zu wahren, und gleichzeitig Österreich offenkundig anzuspornen, das er für ein Element des nützlichen Gegengewichts für Rußland im Orient hielt, während er dadurch auch die Aufmerksamkeit des Wiener Kabinetts von der Rivalität Deutschlands in Europa ablenkte. Diesen Weg zu Kompensationen wies er dem Wiener Kabinett gleich nach dem Österreichisch-Preußischen Krieg.

Im komplizierten Spiele, das Bismarck geführt, spielte das dynastische Element, das den russischen und preußischen Hof eng verband, eine bedeutende Rolle. Gewiß, er mußte oft gegen die Empfindlichkeit seines Monarchen ankämpfen, der ein treuer Freund des russischen Kaisers bleiben wollte. Aber der Kanzler verstand es, solche Schwierigkeiten zu überwinden, was es ihn auch kosten mochte. Ohne jedoch der Festigkeit einer solchen Lage sicher zu sein, und ewig, nach dem Ausdruck Schuwalows, dessen Richtigkeit er selbst anerkannte, vom cauchemar des coalitions verfolgt, entschied sich Bismarck dahin, daß Deutschland der Sicherheit halber ein Bündnis abschließen müsse, das es vor der Möglichkeit, isoliert in Europa dazustehen,

Digitized by Google

sichern würde. Wie aus dem Vorhergegangenen zu ersehen ist, war seine Wahl eigentlich bereits während des Krieges mit Österreich im voraus entschieden. Er legte sich jedoch genaue Rechenschaft über alle Für und Wider eines österreichisch-deutschen Bündnisses ab. Seine Erwägungen darüber haben ihr Interesse auch heute noch nicht eingebüßt, indem sie die Grundmotive der deutschen Politik Rußland gegenüber beleuchten. „Zwischen Deutschland und Rußland," schrieb der Schöpfer des Dreibundes, „existieren keine Verschiedenheiten der Interessen, welche die Keime von Konflikten und eines Bruches unabweislich in sich tragen. Dagegen gewähren die übereinstimmenden Bedürfnisse in der polnischen Frage und die Nachwirkung der hergebrachten dynastischen Solidarität im Gegensatz zu den Umsturzbestrebungen Unterlagen für eine gemeinsame Politik beider Kabinette. Dieselben sind abgeschwächt worden durch eine zehnjährige Fälschung der öffentlichen Meinung seitens der russischen Presse, die in dem lesenden Teil der Bevölkerung einen künstlichen Haß gegen alles Deutsche geschaffen und genährt hat, mit dem die Dynastie rechnen muß, auch wenn der Kaiser die deutsche Freundschaft pflegen will. Doch dürfte die Feindschaft der russischen Massen gegen das Deutschtum kaum schärfer zugespitzt sein wie die der Tschechen in Böhmen und Mähren, der Slowenen in dem früheren deutschen Bundesgebiet und der Polen in Galizien. Kurz, wenn ich in der Wahl zwischen dem russischen und dem österreichischen Bündnis das letztere vorgezogen habe, so bin ich keineswegs blind gewesen gegen die Zweifel, welche die Wahl erschwerten. Ich habe die Pflege nachbarlicher Beziehungen zu Rußland neben unserem

Digitized by Google

defensiven Bunde mit Österreich nach wie vor für geboten angesehen, denn eine sichere Assekuranz gegen einen Schiffbruch der gewählten Kombination ist für Deutschland nicht vorhanden, wohl aber die Möglichkeit, antideutsche Velleitäten in Österreich-Ungarn in Schach zu halten, solange die deutsche Politik sich die Brücke, die nach Petersburg führt, nicht abbricht und keinen Riß zwischen Rußland und uns herstellt, der sich nicht überbrücken ließe." Österreich hat seine eigenen Interessen über seine östliche Grenze hinaus, und Deutschland kann seinen Erfolgen in dieser Richtung nur freundschaftlich gegenüberstehen, „aber es ist nicht die Aufgabe des Deutschen Reichs, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen. Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei Eintreten der Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Assekuranz hinaus Ansprüche aus dem Bündnisse ableiten zu wollen, für die es nicht geschlossen ist".

Auf diese Weise war das österreichisch-deutsche Defensivbündnis, dem sich in der Folge Italien anschloß, nach der Absicht seines Schöpfers ein Bündnis zur gegenseitigen Sicherstellung. Bismarck, der voraussah, daß die Macht der Umstände Rußland und Frankreich zum Abschluß eines ähnlichen Bündnisses führen würde, zog es vor, ihm im voraus ein Gegengewicht zu schaffen. In denselben Erinnerungen lesen wir, daß, als sich der deutsche Kanzler Ende August 1879 mit dem österreichi-

Digitized by Google

schen Minister des Äußern, Grafen Andrássy, in Gastein begegnete, sie sich beim ersten Worte verstanden haben. Fürst Bismarck legte seine Anschauung über die allgemeine politische Lage dar, und Graf Andrássy zog daraus die Folgerung: Gegen ein russisch-französisches Bündnis ist der natürliche Gegenzug ein österreichisch-deutsches. Beide Diplomaten gelangten mühelos zu einer Verständigung hinsichtlich der Hauptgrundlage des Bündnisses; dagegen fand der Vorschlag Bismarcks, das Bündnis auch auf andere als russische Angriffe auszudehnen, bei dem Grafen Andrássy keinen Anklang.

Ungeachtet der Überzeugungen seines Kanzlers betrachtete es Wilhelm I., der lange schwankte, seine Zustimmung zum Abschlusse des Bündnisses zu geben, für seine Pflicht, Kaiser Alexander II. aufmerksam zu machen, daß er einen Angriff gegen Österreich als einen casus belli betrachten werde. Die Befürchtungen Bismarcks, daß dies den Abschluß des französisch-russischen Bündnisses beschleunigen könnte, gingen erst nach zwölf Jahren in Erfüllung.

Das französisch-russische Bündnis wurde bekanntlich im Jahre 1891 geschlossen, und erst damit verwirklichte sich das System des internationalen Gleichgewichts, das Bismarck vor so langer Zeit vorausgesehen hatte.

Das System der Bündnisse war in seinem Ursprung durch die Idee der Sicherstellung gegen mögliche Zufälligkeiten diktiert. Aber davon abgesehen, eröffnete die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich der Diplomatie beider Länder die Möglichkeit, ihr Hervortreten zum Zwecke der gegenseitigen Unterstützung in allen Fragen, in denen auf diese oder jene Art die Interessen einer der

Digitized by Google

Mächte, oder beider zusammen, berührt würden, in Einklang zu bringen. Für Frankreich war das Bündnis mit Rußland eine erwünschte Befreiung von der ständigen Gefahr: im Falle eines Krieges mit Deutschland allein dazustehen. Diese Unsicherheit für den kommenden Tag lastete über den Aktionen des privaten und öffentlichen Lebens. Auf das Bündnis mit Rußland gestützt, konnte Frankreich sich ruhig den kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben zuwenden, die mit dem Wachstum seiner Kolonialpolitik und dem Anhäufen von Reichtümern verknüpft sind. Milliarden französischen Geldes fanden eine vorteilhafte und sichere Anlage in russischen Staatspapieren. Was Rußland betrifft, so hat es in diesem Bündnisse eine größere Aktionsfreiheit erreicht, indem es sich gleichzeitig von dem Einfluß des Berliner Kabinetts und von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Berliner Börse befreit hat. Im Jahre 1891, als das französisch-russische Bündnis geschlossen wurde, dachte Rußland noch nicht darüber nach, wohin die Errichtung der sibirischen Eisenbahn führen würde, obwohl im gleichen Jahr der gegenwärtig regierende Zar, damals noch Thronfolger, die ersten Schienen dieses Weges legte. Der Schwerpunkt unserer Politik lag in Europa, und unsere jüngsten Erwerbungen in Zentralasien konnten ihn nicht verschieben, obwohl sie manchmal gespannte Beziehungen mit England verursachten.

Was England betrifft, blieb es abseits von den kontinentalen Kombinationen. Die britische Diplomatie setzte voraus, daß durch diese Kombinationen das Gleichgewicht in Europa gesichert und die Gefahr der Hegemonie einer Macht über die andere beseitigt sei, die England niemals

Digitized by Google

im Laufe seiner Geschichte zugelassen hätte, indem es die Verwirklichung einer europäischen Koalition als direkte Bedrohung seiner eigenen Unabhängigkeit betrachtete. Zugleich damit nahm ständig das Londoner Kabinett faktisch die Partei der Mächte des Dreibundes. Die Ursache hierfür war der Umstand, daß England in seinen Kolonialinteressen mit Frankreich und Rußland, und nicht mit deren europäischen Rivalen zusammenstieß. In dem kürzlich erschienenen Werke von Lemonon*) sind interessante Tatsachen der Rivalität Englands und Frankreichs gesammelt, die im Jahre 1898 beide Staaten wegen Faschodas an den Rand eines Konfliktes brachte. Noch gespannter waren seit langem die Beziehungen zwischen England und Rußland. Ohne auf den Krimkrieg zurückzugehen und auf die Haltung Englands während unseres letzten Krieges gegen die Türkei, wo es uns mit einem Konflikt im Falle der Besetzung Konstantinopels drohte, genügt es, sich an jüngere Ereignisse zu erinnern. Nach dem Berliner Kongreß vertauschte die englische Diplomatie ihre Rolle mit der russischen, indem sie all das verteidigte, was sie bis dahin bekämpft hatte. So unterstützte sie offen die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien nur deshalb, weil man in Petersburg, wenn auch von irrigen Gründen bestimmt, dagegen protestiert hatte. Ferner förderten die Engländer in jeder Weise den Einfluß Deutschlands im nahen Orient, indem sie wiederum bestrebt waren, dort ein Gegengewicht gegen Rußland zu schaffen. Die verwundbarste Stelle in den englisch-russischen Beziehungen lag in den Fragen, die mit den Befürchtungen der Eng-

*) Lemonon, L'Europe et la politique britannique (1882—1909), Paris, Alcan 1910.

Digitized by Google

länder für die Sicherheit Indiens verbunden sind. Diese Befürchtungen stiegen mit der Zunahme unserer Eroberungen in Zentralasien. Indem England alle Zugänge zur indischen Grenze überwachte, verfolgte es eifrig die Aktionen unserer Diplomatie in Persien.

Zu den früheren Anlässen gespannter Beziehungen kamen neue hinzu, als in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Rußland mit einer aktiven Politik im fernen Osten hervortrat. Diese Politik drohte, nach Meinung der Engländer, mit einem vollen Verdrängen ihres Handels und ihrer Unternehmungen. Die Festigung der russischen Herrschaft an der Pazifischen Küste stellte sich ihnen als eine Störung des Gleichgewichts der Kräfte und des Einflusses dar, die sich unabweislich binnen kurzem in eine drohende Gefahr für ihre Besitzungen in den anderen Teilen Asiens verwandeln würde. Die unvorsichtige Politik, die uns ohne Notwendigkeit mit den Engländern in Tibet verfeindete und gewisse fiktive Interessen am Persischen Golf schuf, hat nicht wenig zu dieser Überzeugung beigetragen. Dasselbe Motiv, das England immer veranlaßte, gegen eine jede Hegemonie in Europa zu kämpfen, bestimmte es auch hinsichtlich Asiens. Letzten Endes zwang es England, aus seiner Isoliertheit hervorzutreten und ein Bündnis mit Japan im Jahre 1902 einzugehen.

Das sind die hauptsächlichen, folgerichtigen Momente, aus denen sich die allgemeine politische Situation bis zum Ende unseres Krieges mit Japan zusammensetzte. In den Bedingungen dieser Situation bildete sich auch die Politik Rußlands, die wir jetzt kennen lernen müssen.

Digitized by Google

II

Wenn wir an die Hauptereignisse unserer äußeren Politik, von der Regierungszeit Katharinas II. bis auf unsere Tage, zurückdenken, werden wir von der Rolle verblüfft sein, die der nahe Osten unter ihnen einnimmt. Man kann sagen, daß die Lage Rußlands in Europa in bedeutendem Maße von seinen Interessen im Bassin des Schwarzen Meeres und auf dem Balkan bestimmt wird. Anders ausgedrückt, die Geographie und die Geschichte haben hier längst Lebensinteressen für Rußland geschaffen.

Wenn wir in das Wesen unserer jahrhundertealten Beziehungen zur Türkei eindringen, bemerken wir ohne Mühe, daß seit jeher zwei Grundmotive als roter Faden durch sie laufen: die Sorge um die Schicksale der christlichen Bevölkerung und die Frage der Meerengen. Bei der Lösung dieser Aufgaben begegneten wir unabänderlich der Gegnerschaft der Mehrzahl der europäischen Mächte. In Konstantinopel stießen wir auf einen der Knoten der Weltgeschichte, den wir weder zu durchhauen noch nach unserem Wunsch zu lösen die Kraft besaßen.

Hinsichtlich der Nationalitäten des Ostens war das Grundmotiv unserer Politik bis zum Krimkrieg die religiöse Gemeinschaft. Unsere Politik war von der Glorie romantischer Erinnerungen an das alte Byzanz, von dem wir die Orthodoxie und zugleich mit ihr die ersten Keime der

Digitized by Google

christlichen Kultur übernommen haben, umweht. Dies wurde ergänzt durch die mystische Tradition des byzantinischen Doppeladlers, die durch die Heirat Joans III. mit Sophia Paläologa festgelegt wurde. Die Mission des Protektorats der Orthodoxie hat sich mit der Krone der russischen Selbstherrscher eng verflochten. Byzanz war das zweite Rom, Moskau das dritte, ein viertes aber wird es nicht mehr geben — diese Vorstellung fand einen zustimmenden Widerhall in den religiösen Begriffen der breiten Massen. Infolgedessen trugen die gegen die Türkei geführten Kriege jenen idealen Charakter und riefen jenen Aufschwung öffentlicher Sympathie hervor, durch welche die besten Seiten in der Geschichte des Zusammenschlusses der obersten Gewalt mit dem Volke in Rußland charakterisiert werden.

Der russischen politischen Auffassung entsprach das Verhältnis der östlichen orthodoxen Welt Rußland gegenüber. Nach der Eroberung des byzantinischen Reiches durch die Türken erstarb das nationale Leben auf dem Balkan für viele Jahrhunderte. Es konzentrierte sich ganz um die Kirche und um die kirchliche Organisation; die Türken versuchten nicht nur die letztere nicht zu zerstören, sondern überantworteten ihr im Gegenteil viele wesentliche Attribute der weltlichen Gewalt. Mohammed II. anerkannte nach der Einnahme Konstantinopels den ökumenischen Patriarchen als Oberhaupt der christlichen Welt, indem er ihm das Recht überließ, für die Nöte seiner Herde zu sorgen und mit den höchsten Würdenträgern an den Beratungen des Diwans gleichberechtigt teilzunehmen. Der Kirche wurde eine ausgedehnte zivile Gerichtsbarkeit und das Recht der Schulbildung zuerkannt. Die verschiedenen

Digitized by Google

Nationalitäten waren von einem Kampf untereinander weit entfernt; der Instinkt der Selbsterhaltung war bei ihnen vorwiegend. Unter einem gemeinsamen Joch vereinigt, sahen sie nur zwei Mittelpunkte, von denen ihnen Licht entgegenschimmerte und die von ihnen nicht aufgegebene Hoffnung auf Befreiung. Das waren die Kirche, wo die väterliche Tradition des Glaubens als Heiligtum aufbewahrt wurde, und das Bild Rußlands, des fernen, aber mächtigen Schutzherrn dieses Glaubens, der früher oder später das verhaßte Joch abschütteln werde. Aber die patriarchalischen Begriffe konnten nicht von ewiger Dauer sein. Sie wurden bald von dem allmählichen Eindringen europäischer Strömungen im Osten überholt.

Das Erwachen der nationalen Idee, die ganz Europa nach der Französischen Revolution erfaßte, berührte auch den Osten. Zunächst schlossen sich ihr die Griechen an, von ihnen ging sie auch zu den Slawen über. Der Krimkrieg, der dem grandiosen Plan der religiösen Schutzherrschaft, von dem Kaiser Nikolaus I. beseelt war, ein Ende bereitete, diente zugleich auch als endgültiger Antrieb zur Entwicklung der Idee der nationalen Wiedergeburt unter den türkischen Slawen, die in dem doppelten Joche unter der Pforte und der griechischen Hierarchie verblieben waren. Aber die Führer der Bewegung konnten die Volksmassen nur unter derselben Kirchenflagge aufwiegeln. Und nun begannen die Bulgaren einen erbitterten Kampf mit dem ökumenischen Patriarchat um das Recht, in ihrer eigenen Sprache zu beten, ihre eigene nationale Hierarchie und Schule zu haben.

Die russische Diplomatie, die durch die neue Bewegung völlig überrascht war, vermochte bei weitem nicht ihr

Digitized by Google

Verhältnis ihr gegenüber sogleich zu fixieren. Ohne die ganze Kraft und die Bedeutung dieser Bewegung begriffen zu haben, wollte sie das Prinzip der Schutzherrschaft über die Orthodoxie in seiner ganzen Reinheit aufrechterhalten. Bald aber mußte sie sich überzeugen, daß beim Verharren auf kanonischem Boden es unmöglich wäre, den früheren ungeteilten Einfluß zu behalten: man mußte sich entschließen, zwischen der griechischen Hierarchie und den Slawen zu wählen. Teilnahmslos dem kirchlichen Streit gegenüber verbleiben, konnte Rußland faktisch ebenfalls nicht, weil nicht nur sein aktives Hervortreten, sondern auch seine Zurückhaltung eine bestimmte politische Bedeutung bekommen hätte, die von den interessierten Parteien und unseren Rivalen, die bemüht waren, unsern Platz einzunehmen, ausgebeutet worden wäre. Dabei war das Streben der Bulgaren nach Absonderung so groß, daß die Führer offen ihre Bereitschaft erklärten, zur Union überzugehen, um auf diesem Wege die kirchliche Nationalautonomie rascher zu erlangen.

Man darf daran zweifeln, ob die bulgarischen Führer ernstlich an die Möglichkeit dachten, die Volksmassen zum Abfall vom Glauben der Väter zu bewegen, dem sie in den lichtlosesten Zeiten der mohammedanischen Herrschaft treugeblieben. Derartige Erklärungen jedoch waren klug darauf berechnet, um die russische Diplomatie in Unruhe zu versetzen. Damals begann in Rußland die slawophile Strömung einen ernsten Einfluß auf die allgemeine Richtung unserer Politik im nahen Osten auszuüben. Durch die Macht der Umstände zur Inschutznahme der Bulgaren gedrängt, wurde unser Botschafter in Konstantinopel, General Ignatjew, allmählich zum energischen Vertreter dieser Richtung.

Digitized by Google

Im Jahre 1870 wurde durch einen Firman des Sultans das selbständige bulgarische Exarchat anerkannt. Es war die erste Urkunde, die die Existenz einer bulgarischen Nationalität offziell anerkannte und ihr weite Horizonte in der Zukunft eröffnete. Tatsächlich wurde, abgesehen von den besonders aufgezählten bulgarischen Eparchien, durch Artikel X des Firmans das Recht gewährt, in einer jeden Ortschaft, wo dies zwei Drittel der Bevölkerung wünschen sollten, bulgarische Kirchen zu errichten. Damit waren Tür und Tor für die bulgarische Propaganda in der europäischen Türkei weit geöffnet.

Der Firman vom Jahre 1870 ist ein wichtiges Datum in der Geschichte nicht nur Bulgariens allein, sondern auch der russischen Politik im nahen Osten. Das Prinzip der Blutsverwandtschaft siegte endgültig über das Prinzip der Glaubensgenossenschaft, und die Verhängung des Kirchenbanns über das bulgarische Schisma durch das Konzilium der griechischen Hierarchie im Jahre 1872 hat die Kluft zwischen der Vergangenheit und der neuen Ära der russischen Politik noch mehr vertieft. Und trotzdem kann man nicht sagen, daß unsere Diplomatie die Ereignisse geleitet oder eine scharfumrissene Vorstellung von ihren Aufgaben gehabt hätte. Bald hielt sie die Slawen zurück, bald gab sie dem Drang ihrer Forderungen nach und geriet immer weiter in eine Situation hinein, wie sie sie selbst nicht gewünscht hatte. In Konstantinopel unterstützte General Ignatjew eifrig die Interessen der Slawen; gleichzeitig aber führte Nowikow in Wien separate Unterhandlungen, über die dem Grafen Andrássy unter Ehrenwort versprochen wurde, nichts davon dem russischen Botschafter in Konstantinopel mit-

Digitized by Google

zuteilen.*) Diese unklare und inkonsequente Politik stürzte uns, gegen unser Vorherwissen und gegen unsere Absicht, zu guter Letzt in einen Krieg mit der Türkei. Wir hatten uns im voraus durch drückende Versprechungen Österreich gegenüber gebunden, ohne uns seine Unterstützung und die Neutralität der anderen Mächte gesichert zu haben.

Wir wollen hier nicht die Geschichte des Berliner Kongresses aufrollen. Es genügt, die durch ihn geschaffene Lage kurz zu charakterisieren. Die Koalition der Mächte hat uns nicht nur verhindert, eine wirkliche Entschädigung für die gebrachten Opfer zu erhalten, sondern sie hat sogar noch jenen Plan der Kompensationen für die slawischen Völker auf dem Balkan beschnitten, mit dem die diplomatische Konferenz in Konstantinopel im Jahre 1876, d. h. vor dem Krieg, einverstanden war.**)

Das Bulgarien des Friedens von San Stefano, das vom Meer bis zum Meer reichte, wurde in drei Stücke gespalten. Ein Teil wurde ganz der Türkei zurückgegeben, der andere bildete ein autonomes Gebiet, das unter dem Namen Ostrumelien unter der Oberhoheit des Sultans verblieb, und nur der dritte Teil wurde als Fürstentum Bulgarien, obwohl auch dem Sultan untertan, anerkannt.

Zwischen die zwei Teile des einen serbischen Stammes, zwischen Serbien und Montenegro, wurde der Sandschak Novibazar als Keil geschoben, in welchem Österreich das Recht erlangte, Garnisonen zu halten. Und dasselbe

*) Vgl. J. S. Karzew, Hinter den Kulissen der Diplomatie (russisch). St. Petersburg 1908, S. 16.

**) Vgl. Adolphe d'Avril, Négociations relatives au traité de Berlin. Paris 1886, S. 370—371.

Digitized by Google

Österreich erhielt „zur Wiederherstellung des Gleichgewichts" den Auftrag, zwei Provinzen zu besetzen: Bosnien und Herzegowina. Noch mehr, Spizza ging an Österreich über; sowohl die See- als die sanitäre Polizeiaufsicht in Antivari und längs der ganzen montenegrinischen Küste wurden Österreich-Ungarn überlassen; das unabhängige Montenegro verpflichtete sich, das in Dalmatien geltende Seerecht einzuführen, der montenegrinische Handel wurde dem Schutz der österreich-ungarischen Konsuln unterstellt. Ein solches rücksichtsloses Verfahren den Schicksalen und Strömungen der Nationalitäten gegenüber hatte die Wirkung, die man von ihm erwartet hat: Serbien fühlte sich im Norden von dem eisernen Ring der österreichischen Besitzungen umklammert, die es von der See abschnitten. In seinem politischen Bewußtsein schwoll das bittere Gefühl der Isoliertheit und des Verlassenseins von Rußland an. Machtlos, gegen Österreich anzukämpfen, geriet es zeitweilig unter dessen wirtschaftlichen und politischen Einfluß. Der Möglichkeit beraubt, seine unvorteilhafte geographische Lage auf Kosten der von Österreich gewaltsam an sich gerissenen Territorien zu verbessern, wendete es sich notwendigerweise nach dem Süden hin, indem es den Blick über Altserbien in das Wardatal und weiter nach Saloniki richtete. Hier stieß es natürlich mit der bulgarischen Propaganda zusammen. Der Kampf beider slawischen Völker war eine unvermeidliche Folge der Lage, die unsere Diplomatie in Berlin nicht abzuwenden vermochte. Ein nicht geringer Fehler der letzteren war das übermäßige Streben nach Befriedigung der Eigenliebe, indem sie Rumänien den uns bis zum Pariser Frieden gehörenden Teil Bessarabiens an Stelle der Dobrudscha

Digitized by Google

nahm. Durch diesen Akt stießen wir von uns ein Land zurück, mit dem uns früher so viele von Rußland erwiesene Wohltaten verbanden und dessen Truppen noch soeben mutig in einer Reihe mit den unsrigen gekämpft hatten. Für den Dreibund wurde in Zukunft ein neuer Verbündeter geschaffen, wir aber versperrten unseren Truppen den Zutritt in die europäische Türkei.

Derselbe Stempel der Unfähigkeit kennzeichnet die Aktionen der russischen Diplomatie auch nach dem Berliner Kongreß. Die „eigenwillige" Einverleibung Ostrumeliens durch Bulgarien, obwohl sie eine teilweise Verwirklichung des Friedens von San Stefano gewesen war, rief unsern Protest hervor und die Entfernung Alexanders von Battenberg aus Sofia. Die russischen Generale, die das junge Fürstentum bevormundeten, erreichten, daß die soeben von uns befreiten Bulgaren darüber nachzudenken anfingen, wie sie sich von ihren Wohltätern befreien könnten. Endlich vollzog sich der langjährige Bruch der Beziehungen zwischen Rußland und dem Fürstentum.

Wie wir bereits sagten, tauschte England die Rollen mit Rußland aus und begünstigte die Slawen. In diese Zeit fällt ein interessantes Schreiben des großbritannischen Botschafters in Petersburg, Sir Robert Morier, an seinen Kollegen in Konstantinopel, Sir William White, vom 27. Dezember 1885:

„Die Tatsache ignorieren, wie dies in England von einer jeden offiziellen und nichtoffiziellen Person, von einer jeden Zeitung und einem jeden Verein geschieht," schrieb Sir Robert, „daß die Bulgaren und die anderen Balkanvölker ihre jetzige Unabhängigkeit von der Türkei dem Blut und dem Gelde Rußlands verdanken, ist der

Digitized by Google

Gipfel der Ungerechtigkeit und von meinem Standpunkt aus zugleich auch unwissend dumm. Was kann daraus Gutes entstehen, daß man sich weigert, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen? Vor dem Worte Panslawismus allein, wie es manche Leute tun, in Hysterie zu geraten, scheint mir der höchste Wahnsinn zu sein. Der Panslawismus ist eine Macht, und gleich einer jeden andern Macht kann er nutzen oder schaden. Wird er im großen Kampf ums Dasein standhalten? Oder wird er von dem Germanismus niedergedrückt werden? Ist es in unserem Interesse, daß er seine Kraft in Europa entfaltet, oder daß er seine Kraft in Asien entwickelt? Das sind die Fragen, die mich interessieren und die ich zu begreifen suche; oder ich will mich wenigstens überzeugen, inwiefern man sie begreifen kann; und hinsichtlich dieser Fragen sehne ich mich, eine gründliche Unterredung mit Ihnen zu haben, weil nur Sie allein mir richtigen Aufschluß gewähren können.

„Aber dies alles ist keine Politik. Was den gegenwärtigen Augenblick betrifft, bin ich mit Ihnen ganz einverstanden, daß es von großem Nutzen ist, daß die idiotischen russischen Bureaukraten, indem sie auf dem Balkan das Blut von Hunderttausenden von unschuldigen Bauern vergossen, die Angelegenheiten so zu leiten verstanden haben, daß sie den bittern Haß des Volkes erzeugten, das sie mit diesem Blut befreit haben. Wenn es Ihnen möglich ist, aus diesen Völkern die Errichtung einer Barriere aus unabhängigen Staaten zu fördern und auf diese Weise den kranken Mann in Konstantinopel vor dem Rasen der Stürme aus dem Norden zu schützen, so tun Sie dies um Gottes willen unter der Bedingung, daß sich Ihnen dies in der natürlichen Entwicklung der Angelegenheiten von

Digitized by Google

selbst gibt, wozu Sie als Vertreter einer der großen europäischen Signatarmächte und nicht als Vertreter speziell britischer Interessen berufen sind. Dies letztere scheint Ihnen und Lord Salisbury auch gelungen zu sein, und deshalb bestehe ich so nachdrücklich auf meinem Standpunkt. Nur betrachten Sie dies nicht als das einzige Ziel Ihrer Politik. Gehen Sie nicht übereilt vor. Vergessen Sie nicht, daß letzten Endes das Hauptsächlichste für uns Indien ist, und daß wir niemals in europäischen Angelegenheiten versumpfen dürfen, indem wir dadurch die Handlungsfreiheit in Asien verlieren. Mit anderen Worten, wir können endgültig mit Rußland die Rechnung begleichen entweder durch einen Krieg von den allerungeheuerlichsten Dimensionen, oder durch ein Abkommen, durch welches ein jeder seinen Teil nach Gerechtigkeit erhalten wird." *)

Unsere Gesellschaft, die es nicht vermochte, richtig zu unterscheiden, wer an dem Fiasko der slawischen Illusionen schuld sei, demzufolge sich in Serbien die faktische Schutzherrschaft Österreichs festsetzte und Bulgarien Rußland ignorierte — unsere Gesellschaft erkaltete allmählich vollkommen dem Schicksal der „undankbaren Slawen" gegenüber. Die Gleichgültigkeit gegen die äußere Politik entsprach der allgemeinen Reaktion und Apathie, die Rußland in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ergriffen hatten. Nur in den Volksniederungen auf dem Balkan, wohin die Nachrichten über die diplomatische Kurpfuscherei nicht gedrungen waren, fuhr man fort, alle Unbill den Türken oder den Schwaben zuzuschreiben, und das Bild Rußlands strahlte fleckenlos nach wie vor. Es

*) H. Sutherland Edwards, Sir William White, London 1902, S. 236.

Digitized by Google

unterstützte diesen Zauber die uneigennützige und edle Arbeit der russischen Konsuln, bei denen auch weiterhin die Bedrängten und Beleidigten Förderung und Schutz fanden. Und unser komplizierter diplomatischer Apparat im nahen Osten, der auf einen ganz anderen Schwung und auf andere Arbeit berechnet war, funktionierte nach dem Gesetz der Trägheit, indem er viel Papier produzierte und viel weniger wirkliche Taten.

Aus diesem Grunde übte die Erinnerung an unsere Traditionen und Interessen im nahen Osten, als unter der Regierungszeit Kaiser Alexanders III. die Idee vom grandiosen Bau der Eisenbahn durch Sibirien entstanden war, die der Belebung des gewaltigen Gebiets dienen sollte, gar keinen Einfluß auf diese Pläne aus, deren Verwirklichung eine Ablenkung unserer Kräfte von Europa nach Asien für lange Jahre erforderte.

Der Entschluß der russischen Regierung, die unternommene Aufgabe der Verbindung von Europäisch-Rußland mit der Küste des Stillen Ozeans zu Ende zu führen, und insbesondere unser aktives Hervortreten in der Rolle eines Schiedsrichters zwischen Japan und China im Jahre 1895 stellte dem damaligen Minister der äußeren Angelegenheiten, Fürst Lobanow-Rostowski, die Aufgabe, sich für die nächsten Jahre vor allen Zufälligkeiten in unserer europäischen Front, d. h. zu allernächst im nahen Osten, zu sichern. Von seinem Aufenthalt auf dem Botschafterposten in Wien brachte Fürst Lobanow den Eindruck mit, daß die innere Lage der Habsburger Monarchie ihr denselben Wunsch eingab: die nahöstliche Frage bis zu einer gewissen Zeit „einfrieren" zu lassen und sich vor allen Überraschungen auf dem Balkan zu sichern.

Digitized by Google

So entstand das austro-russische Übereinkommen vom Jahre 1897, das man sowohl in Wien als in Petersburg als eine gewisse Versicherung vor gegenseitigen Umtrieben betrachtete, als protocole de désintéressement, wie es der frühere Minister des Äußern bezeichnet hat. Die Aufgabe wurde jedoch durch die Erregung der Christen gegen die Übergriffe der türkischen Gewalt und durch die aktive Propaganda der Balkanstaaten, die diese Erregung wach erhielten, erschwert. Indem sie im Ottomanischen Reiche Symptome der Zersetzung und des Verfalls sahen, bemühten sie sich um die Wette, ihre Rechte auf die Erbschaft des kranken Mannes zu befestigen, wobei sie kein Mittel verschmähten und in gleichem Maße das Kreuz, das Buch und den Dolch im unvermeidlichen Kampfe gegeneinander benutzten.

Zum Zwecke der Beruhigung und zugleich der Erhaltung des Prinzips der territorialen Unantastbarkeit der Türkei und der Hoheitsrechte des Sultans unternahmen Rußland und Österreich ein großes Reformwerk in Mazedonien, dem sich zum Teil auch die anderen Mächte anschlossen. Die unmittelbare Aufgabe, die sie lösen wollten: die Besserung der Lage der christlichen Bevölkerung Mazedoniens und die Beruhigung der Provinz, begegnete bei ihrer Durchführung schwer überwindlichen Hindernissen, sowohl infolge der faktischen Abhängigkeit der örtlichen Verwaltung und des Gerichts von der Pforte und dem Sultan, wie auch dank dem unaufhörlichen Kampfe der Banden, dem die Türken gleichgültig gegenüberstanden, ja den sie sogar manchmal schürten, indem sie in dieser gegenseitigen Ausrottung der kämpfenden Nationalitäten einen gewissen Vorteil erblickten.

Digitized by Google

Noch schwerer als in Mazedonien konnte man das Übereinkommen in den Balkanstaaten durchführen, wo der traditionelle Gegensatz in den Anschauungen und in den Zielen der russischen und österreichischen Politik noch schärfer hervortrat. Dieser Gegensatz äußerte sich mit besonderer Kraft in Serbien nach der Thronbesteigung der neuen Dynastie der Karageorgewitsch im Jahre 1903. Die öffentliche Meinung war von einer Reaktion gegen alles erfaßt, was unter den Obrenowitsch' geschehen war, und insbesondere gegen den österreichischen Einfluß, dessen energischer Träger seinerzeit König Milan gewesen war, der im Jahre 1882 eine geheime Konvention mit Wien abgeschlossen hatte.*) Als unser Krieg im fernen Osten aufloderte und die Nachrichten über die russischen Niederlagen einander folgten, erschrak man in Belgrad und Sofia vor der Rückwirkung, die diese Ereignisse auf dem Balkan haben könnten. Das austro-russische Übereinkommen war niemals bei den Slawen populär, aber sie erblickten immerhin in ihm eine gewisse Garantie vor den einseitigen Machenschaften Österreichs. Mit der Schwächung Rußlands kam die Befürchtung auf, daß dieses Übereinkommen seine Kraft einbüßen würde, deshalb blitzte endlich in Belgrad und Sofia das Bewußtsein der Notwendigkeit auf, den brudermörderischen Kampf einzustellen und sich einander zu nähern, um aus der Einigung Kraft zu schöpfen. Das Ergebnis dieser Idee waren die Unterhandlungen über eine serbisch-bulgarische Zollunion. Leider gewann im letzten Augenblick das Politisieren die Oberhand über die vernünftige Politik, und die vorzeitige

*) Vgl. René Henry, Des monts de Bohème au golfe persique, Paris 1908, S. 344—345, 401—403.

Digitized by Google

Veröffentlichung des Ergebnisses der Unterhandlungen verhinderte den günstigen Abschluß. Österreich protestierte energisch gegen eine Kombination, die seiner traditionellen Politik der Verhetzung der Slawen gegeneinander zuwiderlief. Infolge davon spitzten sich die Beziehungen zwischen Wien und Belgrad zu und gingen bald in einen Zollkrieg über. Für die Serben war dieser Umstand, trotz den zeitweiligen erheblichen Verlusten, die sie zu tragen hatten, der erste Antrieb zur Erweckung des nationalen Gefühls und der produktiven Energie.

Die Blicke der Leiter der Belgrader Politik richteten sich natürlicherweise, Unterstützung und Sympathie suchend, nach Petersburg, aber nicht von dort aus erfolgte der Schlag, der den ersten, aber verhängnisvollen Riß im austro-russischen Abkommen verursachte. Die Behauptung des Fürsten Bismarck, daß die internationalen Bündnisse und Verpflichtungen unter einem selbstverständlichen Vorbehalt: rebus sic stantibus, eingegangen werden, erhielt am Beispiel dieses Abkommens eine glänzende Bestätigung. Die Bedingungen, unter denen es im Jahre 1897 abgeschlossen wurde, hatten sich bereits im Jahre 1908 erheblich verändert. Österreich hatte soeben das vertragliche Abkommen mit Ungarn für zehn Jahre geschlossen. Der neue Minister des Äußern, Baron Aehrenthal, wollte scheinbar die Eintracht zwischen beiden Hälften der Monarchie durch die Rückkehr zur aktiven äußeren Politik, die sich als das beste Reizmittel des austro-ungarischen Patriotismus darstellte, noch mehr befestigen. Wenn man dazu noch den rein persönlichen Beweggrund — „einen kleinen Parlamentserfolg zu erlangen“ — hinzufügt, so wird uns sein seinerzeit aufsehenerregendes Auftreten in den Delegationen

Digitized by Google

mit dem Projekt einer Eisenbahn von der bosnischen Grenze bis Mitrowitza über den Sandschak Novibazar begreiflich werden.

Im Grunde genommen hatte dieses Projekt eine mehr symbolische als reale Bedeutung. Es erinnerte Österreich-Ungarn an den traditionellen Drang nach der Küste des Ägäischen Meeres in Saloniki, aber die projektierte schmalspurige Bahn, die bedeutende Bergeshöhen durchschneiden mußte, konnte an und für sich kaum eine ernste praktische Bedeutung in wirtschaftlicher wie in militärischer Beziehung haben. Tatsächlich blieb der alte Weg über Belgrad und Nisch die kürzeste Verbindung zwischen Wien, Budapest und den mazedonischen Mittelpunkten. Man konnte nur durch eine künstliche Kombination der Tarife den Waren eine andere Richtung geben, aber man durfte dabei nicht die gefährliche Konkurrenz der südlichen Richtungen aus dem Auge verlieren. Andererseits konnte Österreich kaum im Falle eines Krieges seine Truppen nach der Türkei hinüberwerfen, ohne sich eine Verbindung mit seiner Basis über Serbien zu sichern. Folglich führte zur Friedens- wie zur Kriegszeit der Hauptweg nach Saloniki für Österreich über Belgrad und nicht über Mitrowitza.

Der Lärm, den das Auftreten des Herrn von Aehrenthal hervorrief, hatte ein Ergebnis, das sein Urheber kaum erwartet hatte. Er erweckte die längst eingeschlafene Bewegung der allgemein slawischen Einigung.

Mit ihrem Protest gegen die Verletzung, wenn nicht des Buchstabens, so des Sinnes des Abkommens vom Jahre 1897 durch Österreich fand die russische Regierung volle Zustimmung in der Presse und in der Gesellschaft, in der die sogenannte „neoslawische" Bewegung wieder-

Digitized by Google

erwachte. Für die Zwecke der praktischen Politik stellte diese Bewegung Vorteile und Gefahren dar; ihre Richtung konnte natürlich nicht von vorübergehenden Stimmungen abhängig gemacht werden, aber die großen Veränderungen, die sich in der allgemeinen politischen Situation seit dem Kriege im fernen Osten vollzogen haben, verliehen dieser Rückkehr der russischen Gesellschaft zu den allzu leicht vergessenen Traditionen eine ernste Bedeutung.

Aber bevor wir zu den Ereignissen der allerjüngsten Zeit übergehen, müssen wir einen rückschauenden Blick auf die Hauptmomente unserer fernasiatischen Politik seit dem Beginn ihrer aktiven Periode werfen.

Digitized by Google

III

Es gehört nicht zur Aufgabe unserer Darstellung, alle die Phasen zu erörtern, durch die unsere Politik vor und nach dem Krieg hindurchgegangen ist. Es genügt, wenn es uns gelingt, mit möglichst großer Unparteilichkeit einen gewissen Begriff von den Hauptetappen und Strömungen zu geben, von denen sie bestimmt wurde. Wir werden dann die Möglichkeit erlangen, uns eine gewisse Vorstellung darüber zu bilden, aus welchen Bedingungen und Tatsachen sich unsere Lage im fernen Osten zusammensetzte.

Die Eröffnung der sibirischen Eisenbahn hat durchaus nicht sogleich die Gegensätzlichkeit unserer Interessen mit den Interessen Japans im fernen Osten hervortreten lassen. Die öffentliche Meinung in Japan schien, indem sie vom Bewußtsein der ungeheuren wirtschaftlichen Bedeutung der kommenden Eisenbahn ausging, mehr und mehr von dem Wunsche durchdrungen, die allerbesten Beziehungen mit Rußland zu pflegen. „Für Japan ist es äußerst wichtig, eine noch größere Annäherung an Rußland zu erreichen," schrieb die japanische Zeitung „Kokkai" am 18./30. März 1893, „und folglich muß unsere Politik ganz darauf gerichtet sein, nicht irgendwie die Sympathie Rußlands zu verlieren und auf diese Weise unsern Handelsinteressen einen schweren Schlag zu versetzen. Auf eben

Digitized by Google

diese Frage von allererster Wichtigkeit lenken wir jetzt auch die ganze Aufmerksamkeit unserer Staatsmänner." Im vorliegenden Fall hat die Zeitung nicht ihre persönliche Meinung allein zum Ausdruck gebracht. „Jetzt beginnen schon nicht nur in einem gewissen Teil der hiesigen Presse, sondern auch im Publikum und sogar in den Volksmassen Stimmen laut zu werden, die direkt die Notwendigkeit für Japan, sich dem franko-russischen Übereinkommen anzuschließen, fordern," berichtete unser Gesandter in Tokio, R. Chitrowo, 1894. „Möglich, daß der Augenblick nicht fern ist, da die allergeringsten politischen Zufälligkeiten sich geeignet erweisen würden, Japan endgültig, für alle Zeit und unbedingt in die Sphäre unseres politischen Einflusses zu treiben," — „aber es versteht sich, dies kann nur unter der Bedingung eintreten, daß wir selber, ohne etwas zu suchen und zu unternehmen, nichtsdestoweniger nicht jene Fälle verpassen, die sich uns zur Erlangung dieses Zieles bieten würden."

Auf diese Weise schien nichts bis zum Jahre 1894 irgendeinen Antagonismus zwischen Japan und Rußland zu verkünden. Im Gegenteil, von beiden Seiten wurde das aufrichtige Verlangen einer engeren Annäherung geäußert. Indes bereiteten sich in derselben Zeit Ereignisse vor, die eine vollkommene Veränderung des Bildes zur Folge haben mußten.

Hervorgerufen durch den schweren Druck der Steuern und Mißbräuche, brach in Korea ein Aufstand aus, der gegen das Beamtentum gerichtet war. Der feige König, der sich als der Hauptschuldige des von ihm eingeführten Verwaltungssystems, das das Land ruinierte, fühlte, wandte sich an China um militärische Unterstützung gegen die

Digitized by Google

Rebellen. In Peking beeilte man sich freudig, diese Bitte zu erfüllen, die die alten Aspirationen Chinas auf das Protektorat in Korea bestätigte. Ihrerseits ließen die Japaner, indem sie sich auf die japanisch-chinesische Konvention vom Jahre 1885 beriefen, die die Notwendigkeit für einen jeden Staat voraussah, sich mit dem anderen im Falle der Entsendung von Truppen nach Korea im voraus zu verständigen, ein Detachement ausrücken, das das chinesische erheblich übertraf. Schließlich spitzten sich die Beziehungen zwischen beiden Mächten zu einem offenen Bruch zu. Der darauffolgende Krieg war wie ein festlicher Parademarsch der japanischen Truppen, die die Städte und die Festungen nacheinander besetzten, indem sie die Ausländer ihre mustergültige Ordnung und Disziplin anstaunen ließen, während China seine völlige Unfähigkeit zeigte, ihnen irgendeinen ernsten Widerstand zu leisten. Über den Eindruck, den auf die ausländischen Beobachter die japanische Armee machte, kann man aus folgendem Fragment eines Briefes unseres Militäragenten in Peking, Oberst Wogak, nach der Stürmung von Wei-hai-wei urteilen: „Vom ersten Augenblick an, als gegen 3 Uhr nachts beim Scheine von Scheiterhaufen die Kolonnen an mir vorbeizogen, die in den Kampf marschierten, konnte ich nicht umhin, zu fühlen, daß hier Soldaten gingen, auf die man sich verlassen kann. Die unbedingte Stille in der Front, die nur durch scharfe Kommandorufe unterbrochen wurde, der sichere und weitausholende Schritt, die völlige Abwesenheit jeder Hast, die Ruhe auf den Gesichtern der Soldaten, dies alles weckte unwillkürlich in mir das obenerwähnte Gefühl. Harmonisch, verständnisvoll sich der Gegend anpassend, stellten sich diese Kolonnen in Schlachtordnung

Digitized by Google

auf, indem sie in die Sphäre des Feuers eintraten, das die Chinesen gewöhnlich von ungeheuren Abständen eröffneten. Die Japaner selbst schossen nicht, bis sie nicht auf einen guten Gewehrschußabstand herangegangen waren, und es hat Kompagnien gegeben, die die Position des Gegners erreichten, ohne eine einzige Patrone zu verschwenden. Die Japaner hielten sich beim Anrücken nur wenig auf; unaufhaltsam marschierten sie vorwärts, ohne auf das Feuer der Küstengeschütze zu achten, deren ungeheure Geschosse einen besonders starken Eindruck machten (so urteile ich nach meinem eignen Gefühl). Und als die 11. Brigade, deren Aktionen ich verfolgte, stehen blieb, gegen die Meeresküste gestemmt, da schien es mir unwillkürlich, daß, wenn das Meer mit Eis bedeckt gewesen wäre, diese Brigade noch weiter zum Angriff auf alles das, was sich ihrem Weg entgegenstellen würde, marschiert wäre. Und nicht nur mir allein schien es so.

„Mit einer solchen Meinung über die japanischen Truppen verließ ich das Kampffeld am 18./30. Januar. Allerdings waren ihre Gegner Chinesen und dabei in erheblich geringeren Stärken. Aber jene Grundeigenschaften der Japaner, die sich meinen Blicken aufdrängten, hängen auch wenig von dem Gegner ab. Diese Eigenschaften müssen den Truppen in Friedenszeit durch entsprechende Erziehung und Unterricht eingeimpft werden."

„Ich glaube, daß wir in Japan," schrieb er schon früher, nachdem er die japanische Mobilisierung beobachtet hatte, „einen äußerst gefährlichen Nachbar haben, mit dem wir in Zukunft mehr und mehr werden rechnen müssen, und der unter gewissen Bedingungen uns viele Schwierigkeiten und Ungelegenheiten bereiten kann. Bis-

Digitized by Google

her dachte man immer, daß wir unsere Lage im fernen Osten hauptsächlich gegen China und England befestigen müßten. Jetzt aber stellt sich, wenigstens mir, die Sache anders dar. Japan ist hier der wichtigste und ein äußerst ernster Faktor. Mit Japan ist eine neue Macht entstanden, die auf die weiteren Schicksale des fernen Ostens einen ungeheuren Einfluß haben wird. Ich gestehe, daß einem dieser Gedanke nicht recht in den Kopf will, aber früher oder später wird man sich daran gewöhnen müssen."

Wir führten hier diese wenigen Auszüge an, um zu zeigen, daß die japanische Macht von den Ausländern und den Russen bereits im Jahre 1895 wohl erkannt wurde. Das Bewußtsein der eigenen Überlegenheit über die Chinesen ist von den Japanern lebhaft empfunden worden. Das ganze Volk war von einem Schwung des patriotischen Gefühls erfaßt und von der Bereitschaft zu allen möglichen Opfern für die Größe seines Vaterlandes. Dieser Stimmung stand eine große Prüfung bevor. Der Krieg mit China endete mit dem Vertrag von Shimonoseki vom 5./17. April 1895, kraft dessen sich Japan auf dem Kontinent befestigte, indem es die Halbinsel Ljaotung in seinen Besitz nahm. Eine derartige Stellung schuf in Japan die stärkste Basis für seinen Einfluß auf China und machte es zu einem neuen ernsten Rivalen der russischen Politik, die Schienen zur Küste des Stillen Ozeans legte. Diese Erwägungen veranlaßten den damaligen russischen Minister des Äußern, den Fürsten Lobanow, sich der Durchführung dieses Punktes des Vertrages von Shimonoseki zu widersetzen. Es gelang ihm, Frankreich und Deutschland zu gewinnen und im Namen der drei Mächte die, wenn auch in freundschaftlicher Form, aber von ihren Geschwadern unterstützte

Digitized by Google

Forderung zu stellen: auf die Besetzung der Halbinsel Ljaotung zu verzichten. Japan fügte sich, indem es die Unmöglichkeit, gegen die drohende Koalition anzukämpfen, einsah. Die allgemeine Stimmung gelangte beredt im Manifest des Mikados zum Ausdruck, in welchem er, den Heldenmut seines Volkes rühmend, hinzufügte: „Aber wir empfinden lebhaft, daß die gegenwärtige Lage unseres Staates noch weit von dem entfernt ist, was seine historische Bestimmung ausmacht. Wir wünschen aufrichtig, daß unsere treuen Untertanen sich anläßlich der gegenwärtigen Erfolge keinem überflüssigen Eigendünkel hingeben, sondern daß sie bescheiden für die Erhöhung der Militärkräfte des Landes und für die Entwicklung der Bildung sorgen ... Wenn der Friede endgültig wiederhergestellt ist, werden die Arbeiten für die weitere Organisation der Landesverteidigung und der Verwaltung der Staatsfinanzen Volksvertretern auferlegt werden. Es ist jedoch bekannt, daß unser millionenreiches Volk selbst die wahre Schutzwehr unseres Vaterlandes bildet, und deshalb muß sich die ganze Nation vor übermäßigem Stolz auf ihre Erfolge zurückhalten, um nicht in den Augen der befreundeten Mächte zu verlieren."

Die weiteren Ereignisse zeigten, daß das Manifest des Mikados keine einfache Erfüllung eines offiziellen Brauches war — es enthielt ein ganzes Aktionsprogramm, das Japan in den darauffolgenden Jahren bis zum Russisch-Japanischen Krieg auch durchgeführt hat.

In der ersten Zeit wuchs der Nimbus der russischen Macht im fernen Osten stark an und erhöhte die eifrige Rivalität Englands. Noch während des Japanisch-Chinesischen Krieges haben sich die englischen Kriegsschiffe

Digitized by Google

manchmal geradezu unkorrekt den japanischen gegenüber benommen, indem sie sich bemühten, den Chinesen indirekte Gefälligkeiten zu erweisen. Jetzt hingegen begann England bei allen neu auftauchenden Fragen ebenso offen die Partei Japans zu ergreifen.

Der Krieg wurde von Japan unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit Koreas vor den Aspirationen Chinas zu schützen, unternommen, aber dahinter steckte das Verlangen, die Halbinsel unter seinen eigenen Einfluß zu bringen. Auf seine Waffenmacht gestützt, begann Japan ziemlich energisch in Söul zu wirtschaften. Unter der Einwirkung japanischer Agitatoren kam es in Söul zu großen Unruhen. Am 26. September 1895 wurde die Königin ermordet, der König versteckte sich in der russischen Gesandtschaft, wo er sich etwa ein Jahr aufhielt. Die japanischen Staatsmänner begriffen, daß sowohl in China wie auch in Korea Rußland ihnen wieder in die Quere kommen würde. Wie schwer es ihnen auch war, das Gefühl der vor kurzem verletzten Eigenliebe zu unterdrücken, fanden sie doch, daß es besser sei, sich friedlich mit uns zu verständigen und die Einflußsphäre und die Interessen in Korea abzugrenzen. In dieser Absicht wurde Marschall Yamagata zur Krönungsfeier nach Moskau geschickt, der mit Fürst Lobanow ein besonderes Abkommen abschloß, dem die Anerkennung der Unabhängigkeit Koreas und das Versprechen zugrunde lag, sich nach vorhergehenden Abmachungen über etwaige auftauchende Fragen zu richten. Indes schickten wir bald nach Söul, was zweifelsohne im Widerspruch, wenn nicht mit dem Buchstaben, so doch mit dem Geist dieses Abkommens stand, auf Ersuchen des koreanischen Königs

Digitized by Google

einen finanziellen Ratgeber und Militärinstruktoren. Übrigens gaben wir selbst in allerkürzester Zeit beide Reformpläne auf, die in Wirklichkeit sich als unhaltbar erwiesen. Aber diese, wenn auch mißlungenen Versuche trugen viel zum Aufkommen des japanischen Verdachts gegen uns bei und riefen in den Japanern den ersten Zweifel an der Möglichkeit einer ihren Interessen entsprechenden friedlichen Lösung der koreanischen Frage hervor. Japan benutzte die chinesische Kriegsentschädigung zur Verstärkung seiner Armee und besonders der Flotte in weitgehender Weise.

Am 4./16. August 1897 traf in Tokio der neue russische Gesandte, Baron Rosen, ein, der durch seinen früheren Dienst Japan gut kannte. Einige Tage genügten ihm, um sich zu überzeugen, daß „die Lage hier ernst sei". Am 1. September schickte er einen ausführlichen Bericht nach Petersburg, in welchem er diesen Gedanken entwickelte. Indem er sich auf die Denkschrift, die er noch vor seiner Abreise aus Petersburg über die verstärkten Rüstungen Japans ausgearbeitet hatte, beruft, fährt Baron Rosen fort: „Das Programm dieser Rüstungen ist zu Beginn dieses Jahres, d. h. nachdem die Absichten unserer Politik hinsichtlich Koreas deutlich hervortraten, um mehr als das Doppelte erweitert worden," mit der Berechnung, die Bildung der Panzerflotte bis 1902 zu vollenden. „Man kann nicht daran zweifeln, daß die von Japan unternommenen ungeheuren Rüstungen gegen uns gerichtet sind und daß es sich auf einen bewaffneten Zusammenstoß mit uns eifrig vorbereitet. Unzweifelhaft ist auch, daß dieser Zusammenstoß sich auf dem Boden der koreanischen Frage abspielen wird. Das einzige hypothetische Element bildet die Frage über den Augenblick, wann die Krise in unseren

Digitized by Google

Beziehungen mit Japan eintreten wird, d. h. wann nämlich die Volksleidenschaften, die durch die Erinnerung an die von uns nach dem siegreichen Krieg Japan beigebrachte diplomatische Niederlage stark erregt sind, die Oberhand über die Vernunft der Staatsmänner, die die japanische Politik leiten, gewinnen werden. Von der Tiefe dieses Gefühls, das alle Schichten des japanischen Volkes erfaßt hat, spricht die Bereitschaft, mit der die Volksvertretung sich beeilt hat, der durch die verstärkten Rüstungen verursachten Verdoppelung der auf der Bevölkerung ruhenden Steuerlast zuzustimmen. Die gesamte japanische Presse wimmelt von mehr oder minder maßvollen Äußerungen dieses Gefühls; mit ihnen hat ein jeder Russe in Japan auch im Privatleben zu rechnen. Eine solche unzweifelhaft vorhandene Stimmung des japanischen Volkes schafft einen Boden, auf dem die Volksleidenschaften, sei es unter dem Einfluß dieser neuen Erregung der nationalen Eigenliebe oder vermeintlicher günstiger politischer Kombinationen, mit unbändiger Gewalt hervorbrechen und die Regierung zu den gewagtesten Unternehmungen hinreißen können. Wir müssen deshalb vollkommen darauf vorbereitet sein, daß die Krisis in unseren Beziehungen zu Japan unvermeidlich eintreten wird, sobald wir in irgendwelche ernsten Verwicklungen in Europa mit hineingezogen werden. Im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen uns und England aber müssen wir mit einem Überfall der vereinigten englischen und japanischen Kräfte über unser Grenzland an der Pazifischen Küste rechnen.“ Man kann nun aber nicht behaupten, daß die von Rußland getroffenen Maßnahmen zur Verstärkung seiner Stellung im fernen Osten dem Ernst der

Digitized by Google

Lage entsprochen hätten. „Der von uns gemachte Versuch, in Korea eine inoffizielle Schutzherrschaft durchzuführen, kann nicht zu der Kategorie solcher Maßnahmen gerechnet werden, weil das, wenn auch dieser Versuch von absolutem Erfolg gekrönt würde, unsere Macht nicht vermehren, sondern im Gegenteil die schon ohnehin ungeheure Fläche unserer Defensivlinie bis aufs äußerste ausdehnen würde. Dieser Versuch selbst aber kann, indem er vorzeitig die wirklichen Ziele unserer Politik aufdeckt, nur die eifersüchtige Aufmerksamkeit der Mächte erregen, die an der Verhinderung unserer Pläne interessiert sind, und dadurch jene Lösung beschleunigen, die bei unserer offensichtlichen Unfähigkeit, ernsten Komplikationen im fernen Osten entgegenzutreten, bis zu einer möglichst weit entfernten Zukunft hinauszuschieben, in unserem Interesse wäre." Nach den Mitteilungen unseres Marineattachés in Tokio hatte Japan, ungerechnet der Schiffe der Küstenverteidigung, Kanonen- und Minenboote, 20 für den Geschwaderkampf fähige Schiffe mit einer Wasserverdrängung von 82025 Tons und mit Schnellfeuerartillerie, und drei erstklassige Kriegshäfen. Unser Geschwader aber im Stillen Ozean hatte nur fünf große Schiffe, ohne über einen einzigen guteingerichteten Hafen zu verfügen. Infolgedessen hatte Japan jederzeit die Möglichkeit, leicht und unter strengstem Geheimnis, 6—8000 Personen nach Korea überzusetzen. „Für die japanische Regierung stellt sich eine solche Handlung als die einzig logische dar, als der direkte Ausweg aus seiner gegenwärtigen schwierigen Lage, falls es ihm nicht gelingen sollte, auf dem Wege von Unterhandlungen mit uns einen Modus vivendi in Korea zu erzielen, mit dem die stark erregte natio-

Digitized by Google

nale Eigenliebe der Japaner sich aussöhnen könnte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die japanische Regierung sehr eifrig ein solches Abkommen mit uns herbeisehnt." Allerdings übt einstweilen auf die Japaner einen dämpfenden Einfluß aus „der Nimbus Rußlands als der größten Macht in der Welt", schrieb in einem anderen Bericht Baron Rosen, „und auch bis zu einem gewissen Grade jene unwillkürliche Furcht, die die Idee eines Zusammenstoßes mit einem Volke der weißen Rasse den Menschen der gelben Rasse einflößt. Dies ist ein rein psychologisches Element, dessen Bedeutung zweifellos ist, aber auch nicht überschätzt werden darf, und außerdem wird es in einem bestimmten Maße durch die Gewißheit Japans, daß England seine Widerstandsversuche uns gegenüber in Korea moralisch unterstützen würde, ausgeglichen."

Während Baron Rosen uns vor der heranreifenden Gefahr von seiten Japans warnte, entwickelte sich unsere Politik in China in einem energischen Tempo. Während des Aufenthalts des chinesischen Kanzlers Li-hun-chang in Moskau zur Krönungsfeier wurde ihm viel mehr Aufmerksamkeit erwiesen als Marschall Yamagata. Am 22. Mai 1896 wurde mit ihm der Vertrag unterzeichnet, der Rußland das Recht einräumte, unsere sibirische Eisenbahn über chinesisches Territorium weiterzuführen, wofür Rußland China seine Unterstützung beim Schutz seiner territorialen Integrität gegen die anderen Mächte versprach. In den einflußreichen russischen Sphären herrschte damals eine wirklich aufrichtige, wenn nicht Überzeugung — dazu mangelte es in diesen Sphären an genügend festem Boden —, so doch Stimmung, die ihnen den Gedanken einer voll-

Digitized by Google

kommenen Solidarität der Interessen Rußlands und Chinas nahelegte. Der Eisenbahn schrieb man eine ausschließlich kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung zu, wobei man gleichsam jedes Element eines politischen Imperialismus im fernen Osten beseitigte. Zu diesem Zweck wurde die Russisch-Chinesische Bank gegründet, deren Aufgabe es war, alle Regierungspläne beim Bau der Eisenbahnen und bei den anderen mit ihnen verbundenen Unternehmungen durchzuführen. Die friedlichen kulturellen Motive paarten sich jedoch mit Absichten ganz anderer und sogar entgegengesetzter Art. Das ist der Grund, weshalb sie dem ersten Zusammenstoß mit der Wirklichkeit nicht standhielten.

Im Februar 1910 erschien im „Daily Telegraph" ein Artikel „Ein Geheimvertrag", der von „einem Verehrer Li-hun-changs" geschrieben war. Die Redaktion ließ dabei durchblicken, daß der Autor des Artikels kein anderer sei als Sir Robert Hart, der im Laufe von 40 Jahren an der Spitze der chinesischen Zollämter gestanden und sich den Ruf des besten Kenners Chinas erworben hatte.

In diesem Artikel finden wir viele interessante Einzelheiten hinsichtlich der Unterhandlungen zwischen dem russischen Finanzminister Witte und Li-hun-chang während des Aufenthalts des chinesischen Kanzlers in Rußland im Jahre 1896. „Rußland," erklärte der Minister, „gründet seine Politik im fernen Osten auf die Integrität Chinas ... In Zukunft wie in der Vergangenheit wird es Rußland als nützlich betrachten, eine jede Gelegenheit zu ergreifen, um seine Freundschaft mit China zu befestigen. Es läßt sich dabei ebenso von einem bewußten Egoismus leiten, wie auch von einem Gefühl der Sympathie, weil die

Digitized by Google

Lebensinteressen beider Staaten im Grunde genommen identisch wären. Hingegen weisen die Bestrebungen Japans einen eigennützigen und zerstörenden Charakter auf. Es trachtet nach chinesischem Territorium und begehrt russische Gewässer. Das ist ein Feind des Friedens, der nur durch die gegenseitig schützende Freundschaft Rußlands und Chinas im Zaum gehalten werden kann. Wenn jetzt — was leicht eintreten kann — Japan bald über China herfallen sollte, würde Rußland dem teuern Nachbarn zu Hilfe kommen. Sein Militär, seine schwere Artillerie ... aber wie sollen sie nach dem Kriegsschauplatz befördert werden? Es gibt keine Verkehrsmittel zur See und zu Land ... Die aktive Freundschaft beider Staaten erfordert besonders eine Schnelligkeit der Verbindungen für die russischen Truppen, und dies seinerseits bedeutet die Notwendigkeit, die Eisenbahn über chinesisches Territorium zu führen. Ohne die Eisenbahn ist kein Bündnis möglich, dies war in zwei Worten der Schluß."

„Wir werden Ihnen die Nutzung unseres Territoriums zum Bau einer Eisenbahn gewähren," war die Antwort von Li-hun-chang, „wir sind bereit, Ihnen besondere Verwaltungsrechte einzuräumen, aber nur unter der Bedingung, daß dies den Ausgangspunkt des diese Bedingungen umfassenden Defensivvertrages bilden würde. Die Eisenbahnkonzession muß eine Folge des Defensivbündnisses sein ... Wir werden Ihnen die Nutzung unseres Territoriums einräumen, aber Sie garantieren uns die Integrität unseres Staates."

Die Unterhandlungen führten endlich zum Abschluß einer Eisenbahnkonzession und eines geheimen Defensiv-

Digitized by Google

vertrages zwischen Rußland und China in sechs Artikeln. Beide Mächte verpflichteten sich, sich gegenseitig im Falle eines Einfalls Japans in russisches oder chinesisches Territorium zu unterstützen (Art. I) und keinen Frieden ohne eine beiderseitige Übereinkunft zu schließen (Art. II). China stellt alle seine Häfen in Zeiten von Kriegsoperationen Rußland zur Verfügung (Art. III). Zwecks Erleichterung der Beförderung der russischen Truppen in die bedrohten Gegenden und zwecks ihrer Versorgung mit Nahrungsmitteln gibt die chinesische Regierung ihre Zustimmung zum Bau einer Eisenbahn, die durch die chinesischen Provinzen nach dem Amur und Girin in der Richtung von Wladiwostok gehen wird. Der Anschluß dieser Linie an die russische darf nicht als Grund zur Schmälerung der Hoheitsrechte des chinesischen Kaisers dienen. Der Bau und die Ausbeutung der Eisenbahn werden der Russisch-Chinesischen Bank übergeben (Art. IV). Rußland hat das Recht, die Linie für den Transport und die Ausrüstung seiner Truppen zu benutzen (Art. V). Dieser Vertrag tritt in Kraft gleichzeitig mit der Bestätigung des Kontrakts durch den chinesischen Kaiser, der im Art. IV vorgesehen ist. Seine Gültigkeitsfrist wird auf 15 Jahre festgesetzt. 6 Monate vor Ablauf dieser Frist gehen die Kontrahenten Unterhandlungen wegen seiner Verlängerung ein (Art. VI).

Dies war der Ausgangspunkt unserer ganzen weiteren Politik in der Mandschurei und in China.

Der unterrichtete Verfasser des Aufsatzes*), aus dem wir diese Mitteilungen schöpften, führt die mit Bitterkeit

*) Vgl. „Kreuzzeitung", 30. März 1910, Nr. 145.

Digitized by Google

erfüllten Worte Li-hun-changs über den Treubruch der russischen Politik an. Aber je genauer wir die Dokumente, die sich auf diese Zeit beziehen, kennen lernen, desto mehr überzeugen wir uns, daß hier die Rede nicht von Treubruch, sondern eher vom Fehlen eines einzigen festen Planes und eines einzigen Staatswillens zu seiner Durchführung in jener Zeit sein kann. Besonders was den Finanzminister betrifft, blieb er scheinbar im Laufe der ganzen Zeit der überzeugte Anhänger einer friedlichen wirtschaftlichen Mission Rußlands im fernen Osten, und im Einklang damit trat er als Fürsprecher für die Aufrechterhaltung der Freundschaft mit China auf.

Die anderen Mächte erblickten darin, daß Rußland das Recht erhielt, die Eisenbahnlinie durch die Mandschurei zu führen, nicht ohne Grund die Begleichung der China von uns vorgelegten Rechnung für die Unterstützung gegen die Festsetzung Japans auf Ljaotung. Dies bewog Deutschland, bald auch an eine entsprechende Kompensation zu denken. So seltsam dies ist, aber es gelang ihm augenscheinlich, unsere Zustimmung dazu im voraus zu erlangen, im ganzen einige Monate nach der von uns China gegenüber eingegangenen Verpflichtung, seine Integrität zu schützen. Die Ermordung der deutschen Missionare in der Provinz Schantung benutzend, besetzte Deutschland ohne weitere Umschweife Kiautschou. Vergeblich erwartete China Unterstützung unsererseits, auf die zu rechnen es im Rechte war. Einige Monate darauf besetzten wir unter dem Vorwand, daß wir eine maritime Basis in China selbst zu seinem Schutz brauchten, Port Arthur, was England seinerseits mit der Besitzergreifung von Wei-hai-wei beantwortete. Man konnte annehmen, daß die

Digitized by Google

friedliche, kulturfördernde Tendenz unserer Politik Schiffbruch erlitten und den Platz einem kriegerischen Imperialismus überlassen hätte. Aber weit davon entfernt. Die früheren Motive blieben, fanden aber einen Widerhall nur im Finanzressort, das im Interesse des Welt- und des russischen Handels sich mit der Förderung von Dalnij befaßte. Gleichzeitig wählte die Kriegsverwaltung Port Arthur zu ihrem Gebiet, und das Marineressort fand Gefallen an den Häfen von Südkorea.

Als Port Arthur besetzt wurde, erwachte vorübergehend in Japan von neuem die Hoffnung, daß Rußland damit den erwünschten Ausgang zum Meer gewonnen hätte und daß es leichter sein würde, sich mit ihm über Korea zu verständigen. Japanischer Minister des Äußern war zu jener Zeit Baron Nissi, der die Hälfte seines Lebens in Rußland verbracht hatte und die russische Sprache völlig beherrschte. Anfang März 1898 überreichte er Baron Rosen das Projekt eines Übereinkommens zwischen Japan und Rußland auf der Basis der Teilung der Einfluß- und der Interessensphären. Das Projekt schloß mit folgenden Worten: „Die Verpflichtung, Korea Ratschläge und Unterstützung zu gewähren, muß Japan überlassen werden. Im Einklang damit würde die japanische Regierung, falls Rußland seine Ansicht teilen wollte, die Mandschurei mit ihrer Küste als in allen Beziehungen außerhalb der Sphäre ihrer Interessen stehend betrachten."

Das Projekt des Barons Nissi fand nicht die nötige Sympathie in Petersburg, trotz seiner Unterstützung durch Baron Rosen. Man wollte bei uns sich nicht von den Absichten auf Korea lossagen. Als Ergebnis der Unterhandlungen wurde das Abkommen vom 13./25. April 1898

Digitized by Google

unterzeichnet, das nur den wesentlichen Inhalt des Moskauer Protokolls vom Jahre 1896 über die Unabhängigkeit Koreas und über die Notwendigkeit eines vorhergehenden Einvernehmens zwischen beiden Mächten, im Falle daß Korea sich an eine von ihnen um Rat oder Unterstützung wenden sollte, wiederholte; in Art. III verpflichtete sich Rußland, „die Entwicklung der Handels- und industriellen Beziehungen zwischen Japan und Korea" nicht zu hindern.

Die Kraft der japanischen Politik und ihr Vorzug vor der unsrigen bestanden in dem klaren Bewußtsein ihrer Aufgaben und in deren fester Durchführung mit allen Mitteln. Zur Ehre unserer Vertreter in Japan muß bemerkt werden, daß sie sich genaue Rechenschaft über alle Gefahren der Lage abgaben und ihre Regierung richtig unterrichteten. Sowohl Baron Rosen wie auch A. P. Iswolski, der ihn für einige Zeit in Japan ersetzte, zweifelten keinen Augenblick, daß der Zweck der japanischen Politik, auf den es unter keinen Umständen verzichten konnte, Korea war. Die Regierung des Mikado, die aus dem Empfinden des gesamten Volkes ungeheure Kraft schöpfte, verfügte über die Dienstleistungen von Hunderten und Tausenden freiwilliger Agenten in Korea, die wegen des patriotischen Zweckes nach diesem Lande als kleine Händler, Unternehmer, Aufkäufer von Landparzellen gingen, indem sie sich zu Genossenschaften und Verbänden vereinigten und eine und dieselbe nationale Aufgabe verfolgten. Die russische Regierung hingegen handelte in ihren Bestrebungen, Korea unter ihren wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einfluß zu bringen, völlig isoliert, ohne jede Unterstützung von seiten privater Initia-

Digitized by Google

tive. Jeder unserer Schritte in Korea war von den denkbar größten Schwierigkeiten umgeben und stieß unweigerlich auf den Widerstand der Japaner. Kaum hatte zum Beispiel die Marineverwaltung an einem Landstück in Mosanpo Gefallen gefunden, als sofort ein japanischer Händler auftauchte, der sich beeilte, eine erhebliche Anzahl kleiner Besitzungen aufzukaufen, die zum Komplex der geplanten Konzession gehörten. Die japanische Regierung zögerte nicht, ihm volle Unterstützung bei seiner patriotischen Tat zu erweisen; wir aber kamen allzuspät dahinter, infolgedessen waren doppelt soviel Anstrengungen und Aufwendungen für den Ankauf eines anderen Landstücks nötig. Dabei erhob die japanische Presse einen großen Lärm über die russischen Aspirationen in Südkorea. Die beherrschende Stellung des offiziellen russischen Vertreters in Söul ausnutzend, wandten sich einzelne Schwindler an ihn, um umfassende Konzessionen zu erlangen, zum Zwecke der Spekulation und nicht der wirklichen Ausnutzung der erlangten Vorteile. Auf diese Weise entstand das forstgewerbliche Unternehmen auf Yalu und der Insel Dashaleta, das die Konzession aus zweiter Hand erworben hatte. Aber im Laufe einer langen Zeit schritten die Teilnehmer dieses Unternehmens nicht nur nicht zur Exploitierung der Waldreichtümer, sondern trafen nicht einmal die allernotwendigsten Maßnahmen zu ihrem Schutz. Das führte dazu, daß die japanischen Industriellen, die am Anfang Unterhandlungen über die Abtretung der Insel Dashaleta anknüpften, sich bald überzeugten, daß es viel einfacher und vorteilhafter sei, an das raubartige Aushauen des Waldes zu gehen, der von niemand bewacht wurde, und bald war von den Waldreichtümern auf den Inseln nichts

Digitized by Google

mehr übriggeblieben. Ebenso begannen sie auf Yalu zu wirtschaften und gewöhnten sich so sehr an eine solche Sachlage, daß sie sie als ihr unbestreitbares Recht betrachteten. Als die russische Gesellschaft, für die plötzlich in den einflußreichen Sphären ein Interesse erwacht war, das von einer Gruppe unternehmungslustiger Streber bei Hofe angefeuert wurde, sich ihrerseits an ihre Rechte erinnerte, reagierte man darauf in Japan mit wahrer Empörung; denn obwohl ohne Zweifel das Recht auf seiten der russischen Gesellschaft war, bildete es doch für niemand ein Geheimnis, daß der Hintergrund des Unternehmens nicht das wirtschaftliche Interesse, das es bieten konnte, war, sondern die Sicherung des politischen Einflusses Rußlands in Nordkorea. Die koreanische Regierung, die sich, mit dem Kaiser an der Spitze, daran gewöhnt hatte, aus den ausländischen Konzessionen Mittel zur persönlichen Bereicherung zu gewinnen, verhielt sich gegenüber einer solchen Art, sie auszunutzen, von der zu guter Letzt nur die Räuber Vorteile hatten, äußerst mißbilligend.

Abgesehen von dem Widerstand Japans und ebenso von den Schwierigkeiten in Korea selbst, hatten wir auch das mißbilligende und manchmal auch das feindliche Verhalten der auswärtigen Vertreter auszukosten. Nach der Meinung unseres Gesandten in Söul, Pawlow, wurzelte es „in der sich überhaupt unter den Ausländern im Osten einwurzelnden Überzeugung über die Ausschließlichkeit der Tendenz unserer Politik, die angeblich immer zu einer faktischen Ausschließung der übrigen Ausländer von der Teilnahme an der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes neigte, auf die wir einen mehr oder minder aktiven Einfluß üben, und andererseits in dem moralischen Druck,

Digitized by Google

den die in Korea wirkenden ausländischen Missionsgesellschaften auf die Urteile der ausländischen Regierungen ausüben können". „Mir ist durchaus bekannt," fügte er hinzu, „daß unter den hiesigen katholischen und besonders protestantischen Missionaren aller Nationalitäten sich die Überzeugung festgesetzt hat, daß ein Erstarken des aktiven russischen Einflusses in Korea unvermeidlich eine Einschränkung und vielleicht auch die völlige Aufhebung der Wirksamkeit der auswärtigen geistlichen Missionen nach sich ziehen müsse . . . Ich persönlich bin tief überzeugt, daß die Missionsfrage noch eine gewisse Rolle bei der Lösung des Schicksals Koreas spielen wird und daß man früher oder später mit ihr wird rechnen müssen."

Mit solchen Schwierigkeiten und in völliger Isoliertheit mußten wir im fernen Osten eine Politik führen, die sich oft aus verschiedenen Motiven der untereinander nicht übereingekommenen Personen und Ressorts zusammensetzte.

Das russisch-japanische Abkommen vom Jahre 1898 über die koreanischen Angelegenheiten und ferner das anglo-russische Abkommen von 1899, das die Sphären des Eisenbahnbaus in China zwischen Rußland und England abzugrenzen versuchte, waren tatsächlich Versuche unserer Diplomatie, aus der Isoliertheit hervorzutreten, einen sicheren Boden für unsere Politik im fernen Osten zu gewinnen und unsere Hauptrivalen zu berücksichtigen, die zu beseitigen wir nicht die Kraft besaßen. Leider fehlte diesen Versuchen die Überzeugungskraft, die nur eine einheitliche Richtung unserer ganzen Politik im fernen Osten ihnen hätte geben können. Und deshalb jagten

Digitized by Google

die Ereignisse auf der schiefen Ebene weiter, unsere Regierung nach sich ziehend.

Die Jagd Europas nach Konzessionen und territorialen Erwerbungen in China, die im Jahre 1898 eine anormale Entwicklung annahm, verstärkte den traditionellen Haß der Chinesen gegen die Ausländer. Zugleich aber desorganisierte sie völlig die schon ohnedies schwache Regierung, die unfähig war, irgendeinem Druck Widerstand zu leisten. Unter dem Einfluß einer solchen Sachlage vollzog sich in Peking eine Palastrevolution. Im Januar 1900 ging die Gewalt aus der Hand des kränklichen Kaisers in die der energischen Kaiserinwitwe über. Die erste Folge dieses Umsturzes war die Stärkung der reaktionären mandschurischen Partei am Hofe, deren angesehene Mitglieder mit der geheimen Gesellschaft der Boxer in Beziehungen standen und den Aufstand gegen die Ausländer leiteten. Teilweise infolge der Weigerung unseres Gesandten in Peking, M. N. Giers, rechtzeitig der Herbeischaffung ausländischer Truppen nach der Residenz zuzustimmen, deren Einmarsch, wie er befürchtete, den Aspirationen der Mächte nützen könnte, wurde der rechte Augenblick verpaßt. Und die diplomatischen Missionen, von jedem Verkehr mit der übrigen Welt abgeschnitten und von den chaotischen Massen der Chinesen belagert, schwebten einige Zeit in größter Gefahr. Der Einmarsch der ausländischen Truppen, die Besetzung Pekings und ferner die Strafexpeditionen der internationalen Militärabteilungen unter dem Oberbefehl des deutschen Feldmarschalls Grafen von Waldersee terrorisierten China, vermochten aber seine Beziehungen zu den Ausländern nur wenig zu ändern. Die Europäer, berufen, die rebellischen Massen zu beruhigen, gaben

Digitized by Google

selbst durch Grausamkeit und Raubtaten nur zu berechtigten Anlaß zu Beschuldigungen. Auf diesem dunklen Hintergrund bemühten sich die Japaner, sich durch Mäßigkeit und Takt auszuzeichnen. Sie schonten augenscheinlich die Eigenliebe der Chinesen, weil sie nicht wünschten, sie für immer von sich zu stoßen, um so mehr, als auch von seiten Pekings Versuche zur Annäherung auf dem Boden der Rassensolidarität gemacht wurden.

Die russische Regierung betonte damals ihrerseits ihr freundschaftliches Verhältnis China gegenüber. Die Fälle grausamer Mißhandlungen, mit denen sich leider einzelne Befehlshaber befleckt haben, belasten ihr eignes Gewissen,*) und die Gerechtigkeit erfordert, anzuerkennen, daß sie im Widerspruch zu der allgemeinen damaligen Richtung unserer Politik in China gehandelt haben. In den offiziellen Berichten wurde bestätigt, daß Rußland keinen Krieg mit China führe. In der Zirkulardepesche an die russischen Vertreter im Auslande vom 12. August 1900 lesen wir: „Wenn der Gang der Ereignisse, wie der Überfall der Rebellen über unsere Truppen in Njutschjuang, und ebenso eine Reihe feindlicher Handlungen von Chinesen an unserer Landesgrenze, z. B. die durch nichts zu rechtfertigende Bombardierung von Blagowestschensk, Rußland veranlaßt haben, Njutschjuang zu besetzen und russische Truppen in die Mandschurei einrücken zu lassen, so können diese provisorischen Maßnahmen, die ausschließlich durch die Notwendigkeit hervorgerufen wurden, das aggressive Vorgehen der chinesischen Rebellen zurückzuschlagen, durchaus nicht als Beweis von irgendwelchen

*) Vgl. Die Blagowestschensker Utopie, „Westnik Jewropy“ (Der europäische Bote), Juli 1910.

Digitized by Google

eigennützigen Plänen, die der Politik der kaiserlichen Regierung vollkommen fremd sind, dienen."

„Sobald in der Mandschurei die feste Ordnung wiederhergestellt sein wird und alle notwendigen Maßnahmen zum Schutze des Schienenweges getroffen sein werden, dessen Bau durch ein besonderes formelles Abkommen mit China über die Konzession, die der Gesellschaft von der chinesischen Osteisenbahnlinie gewährt wurde, garantiert ist, wird Rußland nicht versäumen, seine Truppen aus den Grenzen des Nachbarreiches zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß sich dem nicht die Aktionen der anderen Mächte hindernd in den Weg stellen werden."

Bei den Beratungen der Gesandten in Peking zur Ausarbeitung einer Kollektivforderung über die Entschädigungen und Belohnungen, die mit dem Aufstand zusammenhingen, hat Herr Giers stets für alle nur möglichen Erleichterungen und die wenigst grausamen Strafmaßnahmen plädiert, indem er von der Beratung die Forderungen sorgfältig fernhielt, die den Erwerb neuer Vorteile in China durch die Mächte zum Gegenstand hatten oder eine Verletzung seiner Hoheitsrechte enthielten. Unsere Diplomatie hörte nicht auf, eine unverzügliche Räumung der Mandschurei unter Bedingungen, die uns vor Wiederholung der Wirren sicherten, zu verlangen. Der Nachfolger des Herrn Giers, der neue Gesandte in Peking, Herr Lessar, wies gleich nach seinem Eintreffen auf das Anormale der andauernden Okkupation hin, die unsere Beziehungen zu China verdarb; es müßten so rasch als möglich diese Anlässe zur Erregung der Chinesen gegen uns, die unsere Rivalen geschickt ausnutzten, beseitigt werden.

Digitized by Google

Diese Ansicht wurde scheinbar auch vom Minister des Auswärtigen geteilt, aber in den einflußreichen Kreisen Petersburgs wurde eine eifrige Agitation zugunsten der Zurücklassung unserer Truppen in der Mandschurei betrieben; infolgedessen schwankte man, welche Lösung besser sei. Vielen schien die Besitzergreifung der Mandschurei äußerst verlockend, man erblickte in ihr die einzig verläßliche Garantie der umfassenden Interessen, die mit dem Bau der Eisenbahn zusammenhingen. Die Gegner einer Besitzergreifung wiesen auf die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Japan, vielleicht auch mit England, hin, während unsere Kriegsbereitschaft im fernen Osten derartigen Möglichkeiten bei weitem nicht entsprochen hätte. Außerdem war eine Einverleibung der Mandschurei mit neuen ungeheuren Aufwendungen für die Verwaltung und das Gerichtswesen verknüpft.

Im Juli 1901 schlug die chinesische Regierung vor, die Unterhandlungen über die Räumung der Mandschurei, die beim Beginn von den Chinesen selbst unterbrochen worden waren, zu erneuern. Angesichts dessen wandte sich Graf Lamsdorf an den Finanz- und den Kriegsminister mit der kategorischen Anfrage, ob wir in der Mandschurei bleiben oder sie an China wieder abtreten sollen. Der Finanzminister (Witte) äußerte sich entschieden gegen die Besitzergreifung der Mandschurei; der Kriegsminister äußerte sich, wenn auch mit einigen Einschränkungen, in dem Sinne, daß die Einverleibung der drei von uns besetzten mandschurischen Provinzen „weder als wünschenswert noch als besonders zeitgemäß anerkannt werden dürfe".

Lessar wurde ermächtigt, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Am 26. März 1902 wurde das Abkommen

Digitized by Google

unterzeichnet, wonach die Mandschurei im Laufe von anderthalb Jahren in drei Fristen, wenn keine Unruhen ausbrechen würden, geräumt werden sollte. Das Abkommen setzte eine gewisse Kontrolle über die Stärke der chinesischen Truppen in der Mandschurei fest und bestimmte die Verpflichtungen Chinas hinsichtlich der Eisenbahnen im südwestlichen Teil dieses Gebiets. In der offiziellen Mitteilung darüber erklärte die russische Regierung, daß im Falle einer Verletzung einer dieser von China angenommenen Bedingungen Rußland sich weder durch dieses Abkommen noch durch die vorhergegangenen Erklärungen gebunden fühlen würde.

Während noch die Verhandlungen gepflogen wurden, im Herbst des Jahres 1901, traf in Petersburg als Privatreisender Marquis Ito ein. Dies war ohne Zweifel, seiner Begabung und seiner Stellung in der Heimat nach, der bedeutendste japanische Staatsmann, der einen ungeheuren Einfluß in den Regierungs- und Parlamentskreisen hatte. Trotz der Erregung der japanischen öffentlichen Meinung gegen Rußland glaubte Ito noch an die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der fernasiatischen Krise mittels eines gründlichen Einvernehmens mit Rußland. Mit keiner offiziellen Mission betraut und ohne über die ungeteilte Unterstützung des Kabinetts Katsura zu verfügen, beschloß er, kraft seiner persönlichen Stellung und aus eigener Initiative, noch einen Versuch zu machen, sich mit der russischen Regierung zu verständigen.

Am 17./30. November 1901 besuchte der japanische Staatsmann den russischen Minister des Auswärtigen und äußerte ihm seine Ansicht über die Notwendigkeit eines Übereinkommens, das dem ähnlich wäre, welches seiner-

Digitized by Google

zeit Baron Nissi vorgeschlagen hatte. Absolute Aktionsfreiheit für Japan in Korea und für Rußland in der Mandschurei — das war der Sinn des Itoschen Vorschlags.

„Wir leugnen nicht, daß Sie große Interessen in Korea haben," sagte Graf Lamsdorf dem Marquis Ito bei diesem Meinungsaustausch, „aber auch Rußland kann nicht ganz auf seine Interessen in diesem ihm benachbarten Lande verzichten. Gegenwärtig haben wir das Recht, eine mit Ihnen gleiche Zahl Truppen in Korea zu halten. Sie möchten Japan das ausschließliche Recht der bewaffneten Einmischung sichern; ein solches Vorrecht würde unsere Lage ändern und kann dazu führen, daß Sie, was nicht geduldet werden kann, in Korea strategische Stützpunkte schaffen. Wir können nicht unsere Verbindungen zwischen Wladiwostok und den südlichen Häfen einer Gefahr aussetzen. Welche Garantien könnten Sie dagegen bieten?"

Marquis Ito antwortete: „Wir können Ihnen das heiligste Versprechen geben, daß die Häfen von Südkorea niemals befestigt werden würden und daß wir niemals Ihre Verbindungen bedrohen würden, für die Sie natürlich das Recht haben, Sich absolute Freiheit zu sichern; aber Ihre Seeleute wollen vom Hafen Besitz ergreifen und einen Stützpunkt schaffen, was zu Ihrer Herrschaft in Korea führen würde, etwa wie die Engländer, die Gibraltar besitzen, über das Mittelmeer herrschen. Dazu aber könnten wir nicht unsere Zustimmung geben, weil auf diese Weise die für Japan notwendige Integrität Koreas wieder vernichtet wäre. Sie könnten, indem Sie ein für allemal das japanische Volk in dieser Hinsicht beruhigten, in Zukunft in China handeln, wie es Ihnen beliebt. Gegenwärtig ist glücklicherweise die Krisis beendet, es ist aber sehr

Digitized by Google

möglich, daß die Ereignisse vom vorigen Jahr sich in nicht ferner Zukunft wiederholen werden; von China kann man alle möglichen Überraschungen erwarten, und dann wären Sie frei, alles zu tun, was Ihnen beliebt, ohne irgendeinen Widerstand von seiten Japans zu befürchten."

Marquis Ito verließ Petersburg, ohne den Zweck seiner Reise erlangt zu haben. Vor seiner Abreise aus Tokio warnte A. P. Iswolski, der damals dort Gesandter war, das Ministerium des Auswärtigen, da nach seiner Ansicht der Versuch Itos die letzte Karte in der friedlichen Lösung der Frage mittels eines russisch-japanischen Abkommens gewesen sei. Dieses Urteil wurde bald durch das anglo-japanische Abkommen bestätigt, das, wie man erzählt, ohne das Wissen Itos am 17./30. Januar 1902 zustande gekommen ist. Kraft dieses Abkommens erlangte Japan die Gewißheit, daß es im Falle eines Krieges mit Rußland nicht isoliert gegen die Koalition der Mächte, wie im Jahre 1895, dastehen würde, weil eine jede der vertragschließenden Mächte sich verpflichtete, der anderen zu Hilfe zu kommen für den Fall, daß sie mit zwei oder mehr Mächten zu kämpfen hätte. Zugleich mußte man in allen Fragen, über die wir bisher nur mit Japan allein zu verhandeln hatten, auch mit England rechnen, weil das neue Abkommen die Solidarität beider Mächte im fernen Osten geschaffen hatte. Die Antwort auf die anglo-japanische Annäherung war die französisch-russische Deklaration, die gleicherweise die Solidarität Rußlands und Frankreichs in der Aufrechterhaltung des Statusquo in China bestätigte, die scheinbar eine jede Macht auf ihre Weise auffaßte. Bei der Beurteilung der Bedeutung dieses Aktes im Falle eines möglichen Krieges mit Japan gelangte A. P. Iswolski

Digitized by Google

zum treffenden Schluß, daß es für uns kaum vorteilhaft sein würde, unseren Verbündeten in ihn hineinzuziehen, weil wir in diesem Falle auch England gegen uns haben und die vereinigten Seekräfte dieser beiden Mächte das russische und französische Geschwader übertreffen würden.

Übrigens hatte Frankreich gar nicht die Absicht, die Wirkung seines Bündnisses mit Rußland auf Asien auszudehnen, wie dies der französische Minister des Auswärtigen einige Tage nach der Veröffentlichung der Deklaration in der Deputiertenkammer erklärt hat. „Welchen Sinn hatte sie dann?" fragt Tardieu mit Recht. „Die gemeinsame Erklärung hat die russische öffentliche Meinung irregeführt, indem sie sie veranlaßte, auf eine mögliche Unterstützung Frankreichs zu rechnen. Sie reizte die Japaner ... und gewöhnte die ganze Welt an den Gedanken eines Krieges, wobei sie zwei Mächtegruppen gegeneinander stellte — Japan und England, Frankreich und Rußland." *)

Das Abkommen mit England hat Japan Handlungsfreiheit in erheblichem Maße verschafft. Nichtsdestoweniger fuhr es fort, vorsichtig wie bisher zu handeln, vermied jedes geräuschvolle Auftreten und verstärkte unterdessen sehr eifrig seine Rüstungen. Was uns betrifft, haben wir bei weitem nicht dieselbe weise Taktik angewandt. Gerade in die Zeit des Abschlusses des anglo-japanischen Abkommens fällt die Belebung der Tätigkeit der Waldunternehmungen am Yalu und ferner, im Sommer 1903, die Schaffung der Statthalterei im fernen Osten. Diese beiden Tatsachen hatten einen mehr aufsehenerregenden als zweck-

*) Tardieu, La France et les alliances, S. 22. Paris 1909.

Digitized by Google

mäßigen Charakter; sie gaben die volle Berechtigung, Rußland gewaltsamer Eroberungen zu verdächtigen.

Im Jahre 1903 entstanden wiederum Zweifel, ob wir in der Mandschurei bleiben oder sie räumen sollten. Die Befürchtung eines plötzlichen Bruches mit Japan rief beim Präsidenten der Provinz Kwantung (dem späteren Statthalter) den Wunsch hervor, die Räumung zu verlangsamen. In Petersburg wurden Stimmen im entgegengesetzten Sinne laut. Der chinesischen Regierung wurden neue Räumungsbedingungen gestellt. Die Chinesen beriefen sich auf deren Widerspruch mit dem Text des Abkommens vom Jahre 1902 und antworteten verneinend. Der Ton ihrer Antworten änderte sich erheblich unter der Einwirkung Japans, Englands und Amerikas. Unterdessen überreichte am Tage der Schaffung der Statthalterei, am 30. Juli 1903, der japanische Gesandte in Petersburg dem Grafen Lamsdorf einen neuen Entwurf des Abkommens, der den früheren sehr ähnlich sah. Wiederum begannen Unterhandlungen, die zwischen Tokio, Port Arthur, wo sich der Statthalter aufhielt, und Petersburg gepflogen wurden. Wir unsererseits wollten nicht die Rechte Japans anerkennen, sich in unsere Beziehungen zu China in der Mandschurei einzumischen, aber andererseits wollten wir ungern dem völligen Verzicht auf eine weitere Einmischung in die koreanischen Angelegenheiten zugunsten Japans zustimmen. Was Japan betrifft, so zeigte es allmählich, unter dem Einfluß der wachsenden Erregung im Lande und unter dem Druck Englands, das viel mehr an der Wendung der Ereignisse in China als in Korea interessiert war, immer weniger Nachgiebigkeit in seinen Forderungen.

Digitized by Google

Die letzte Chance zur Aufrechterhaltung des Friedens bestand in dem Entschluß, unwiderruflich auf Korea zu verzichten und sich dadurch die Aktionsfreiheit in der Mandschurei zu sichern. So betrachtete die Angelegenheit Baron Rosen, der wiederum als Gesandter nach Tokio zurückgekehrt war. „Wenn wir gerade jetzt, infolge wichtiger Erwägungen der allgemeinen Politik Rußlands, für den fernen Osten die absolut notwendigen Kräfte nicht aufbringen können, auf die sich, um erfolgreich zu sein, die Politik der gleichzeitigen Verfolgung unserer bereits im Jahre 1896 aufgestellten Aufgaben sowohl in der Mandschurei als in Korea stützen müßte," depeschierte er nach Petersburg am 24. Oktober (6. November) 1903, „so bleibt nur ein Ausweg übrig: der absolute vorläufige Verzicht auf diejenige dieser Aufgaben, deren Verwirklichung jedenfalls nur einer äußerst entfernten Zukunft gehören kann, und die Konzentration aller Kräfte, über die wir verfügen können, und unserer ganzen Aufmerksamkeit auf jene Riesenaufgabe in der Mandschurei, für deren Verfolgung schon soviel russisches Blut vergossen wurde und so enorme Opfer vom Vermögen des russischen Volkes gebracht worden sind und auf deren Verwirklichung Rußland ohne eine wesentliche Schädigung seines Prestiges und seiner politischen Interessen, als einer Weltmacht im fernen Osten, nicht mehr verzichten kann. Wenn man die Berechtigung dieser Meinung zugibt und wenn der rascheste Abschluß eines Übereinkommens mit Japan als notwendig anerkannt werden sollte, so wäre es vorzuziehen, Japan anstatt irgendwelcher prinzipieller Konzessionen in der mandschurischen Frage eine absolute Trennung der gegenseitigen Interessensphären vorzuschlagen. Das Abkommen

Digitized by Google

auf dieser Grundlage könnte insgesamt aus drei Punkten bestehen: der gegenseitigen Anerkennung, daß die Mandschurei ganz außerhalb der japanischen Interessensphäre steht und Korea ganz außerhalb der russischen; der Verpflichtung Japans, an den koreanischen Küsten keine Militärbefestigungen zu errichten, die die Verkehrsfreiheit in der koreanischen Meerenge beeinträchtigen würden; und der Aufhebung aller früheren Abkommen über koreanische Angelegenheiten durch dieses neue. Ein solcher Vorschlag könnte einige Aussichten auf Erfolg sogar noch bei der gegenwärtigen Stimmung Japans haben, das schon nicht mehr unsere Verdrängung aus Korea allein wünscht, sondern auch einen moralischen Sieg über uns, indem es uns zwingen will, von der durch die kaiserliche Regierung eingenommenen prinzipiellen Stellung in der mandschurischen Frage zurückzuweichen."

Dem Vorschlag von Baron Rosen war keine Durchführung beschieden. In den weiteren Verhandlungen gaben wir den Japanern Schritt für Schritt nach, indem wir uns jedoch an einzelne Ausdrücke und Worte klammerten, wodurch wir nur den Verdacht Japans erweckten und es anspornten, die Angelegenheit energisch zu Ende zu führen.

Die diplomatischen Beziehungen wurden am 24. Januar 1904 abgebrochen und erst durch den Friedensschluß zu Portsmouth am 23. August (5. September) 1905 wieder erneuert.

Die Hauptgrundlagen des Portsmouther Vertrags bestanden in folgendem: Rußland gestand „Japan in Korea vorwiegende politische, militärische und wirtschaftliche Interessen" zu und verpflichtete sich, sich nicht in die

Digitized by Google

Maßnahmen zu mischen, die Japan in diesem Lande zu treffen für nötig erachten würde (Art. II). Die russische Regierung erklärte, „daß sie keine territorialen Vergünstigungen in der Mandschurei besitzt, weder Vorzugs- oder Sonderkonzessionen, die die Hoheitsrechte von China berühren können, noch solche, die mit dem Prinzip der Gleichberechtigung unvereinbar sind“ (Art. III). Rußland trat an Japan, mit Zustimmung der chinesischen Regierung, die Pacht von Port Arthur, Talien und den angrenzenden Territorien und territorialen Gewässern mit allen Rechten, Vergünstigungen und fiskalischen Anlagen und Vermögen ab, ferner die Eisenbahnlinie zwischen der Station Kwantschensi und Port Arthur, ebenfalls mit allen Rechten und den Vermögen, die der Linie gehören (Art. V und VI). Es wurde der südliche Teil der Insel Sachalin abgetreten, wobei beide Mächte sich verpflichteten, auf Sachalin selbst und auf den angrenzenden Inseln keine Militärbefestigungen zu errichten und keine Maßnahmen zu ergreifen, die dem freien Verkehr in den laperusischen und tatarischen Meerengen hinderlich sein könnten (Art. IX). Endlich verpflichtete sich Rußland: „ein Abkommen mit Japan zu treffen zwecks Überlassung von Rechten an die japanischen Untertanen für den Fischfang längs der Küsten der russischen Besitzungen am Japanischen, Ochotskischen und Beringschen Meer“ (Art. XI).

Wie man aus den aufgezählten Bedingungen sieht, bedeutete der Portsmouther Vertrag eine völlige Liquidierung der Politik des aggressiven Imperialismus Rußlands im fernen Osten. Von diesem Standpunkt aus darf man sagen, daß er nicht nur eine bestimmte Epoche unserer äußeren Politik abschließt, sondern zugleich auch eine

Digitized by Google

neue Ära in der weiteren Richtung des ganzen Staatslebens Rußlands eröffnet.

Seit dem Bau der sibirischen Eisenbahn, und insbesondere seit dem Augenblick, da ihre Schienen über unsere Grenzen hinausliefen, waren unaufhörlich ungeheure Mittel aus dem autochthonen Rußland nach dem fernen Grenzland und nach weit entlegenen Gebieten abgeflossen. Der Schwerpunkt war gleichsam aus dem inneren Mittelpunkt Rußlands auf einen Teil seiner Peripherie verlegt. Jetzt ist er auf seinen früheren Platz zurückgekehrt, und in der Reihe der dringenden Fragen sind die Aufgaben der inneren Erneuerung und eines Aufschwungs der Produktivkräfte des eigentlichen Rußland an erste Stelle getreten. Mit dieser neuen Richtung des inneren Lebens des Staates muß auch seine äußere Politik rechnen.

Da wir uns nun einmal entschlossen hatten, die Ergebnisse des Kriegs in den entsprechenden Artikeln des Friedensvertrags anzuerkennen, forderte der gesunde Verstand, ihre Bedeutung offen und geradeaus einzuschätzen. Von diesem Standpunkt aus konnte es keine zwei Einschätzungen der neuen Situation, die für uns im fernen Osten entstanden ist, geben: die Politik des aggressiven Imperialismus mußte einer Politik der Sicherung und Erhaltung dessen, was uns dort verblieben ist, zunächst jener unserer ureigenen Besitzungen an den Küsten des Stillen Ozeans, auf die wir nicht verzichten konnten und durften, Platz machen.

Unsere Flotte war vernichtet. Zu Land haben wir viele Stützpunkte eingebüßt, die an Japan übergegangen sind. Von neuem eine Schutzwehr unserer fernasiatischen Besitzungen zu schaffen und im fernen Grenzland eine ständige zahlreiche Armee halten, würde bedeuten, daß

Digitized by Google

wir uns in neue ungeheure unproduktive Ausgaben stürzen. Dabei könnte man befürchten, daß unsere Rüstungen wiederum den Verdacht Japans wecken würden und es ihre Vollendung nicht zulassen würde. Es blieb ein anderer Ausweg aus dieser Lage übrig: die vollzogene Tatsache anerkennen, die Sache des Friedens zu Ende führen und sich zu bemühen, die Anlässe einer möglichen Rivalität mit unseren gestrigen Feinden, die es besser wäre für uns als gegen uns zu haben, zu beseitigen.

Dieser Gedanke wurde der Politik des neuen Ministers des Äußern zugrunde gelegt. Der Portsmouther Vertrag enthielt nicht nur die endgültige Norm unserer neuen Vertragsverhältnisse mit Japan, sondern sah auch die Verpflichtungen für Rußland voraus, Ergänzungsverträge zu schließen, deren wesentlichster den Fischfang längs der russischen Küste betraf. Die in Petersburg gepflogenen Verhandlungen führten nicht sofort zu einem günstigen Resultat. Einen Augenblick spitzten sich die Verhältnisse so zu, daß man einen neuen Bruch befürchten konnte. Aber endlich wurde auf dem Wege gegenseitiger Konzessionen das Abkommen erreicht. Kraft der neuen Konvention, die im Jahre 1907 auf zwölf Jahre geschlossen wurde, erhielt Japan solch umfassende Rechte, daß ein Staatsmann sie als eine „versteckte Kriegsentschädigung" Rußlands bezeichnet hat. Ohne Zweifel haben wir im vorliegenden Falle recht bedeutende Vorteile geopfert. Die Gerechtigkeit fordert jedoch, anzuerkennen, daß unsere Fischindustrie im fernen Osten niemals stark entwickelt war. Indes bildete der Fischfang in unseren territorialen Gewässern schon seit langem eine Lebensfrage sowohl für die zahlreiche Klasse der japanischen Industriellen als

Digitized by Google

auch für den Ackerbau in Japan, wo das Fischfett ein wesentliches Düngemittel ist. Jedenfalls mußte man in Erinnerung an das Sprichwort: „Hat man den Kopf hergeben müssen, so weint man nicht wegen der Haare", sich mit dem geringeren Übel wegen des Hauptzieles: der Sicherung gutnachbarlicher Beziehungen mit Japan, abfinden. Gleichzeitig wurde eine Konvention über die Grenzteilung in der Mandschurei geschlossen, ein neuer Handelsvertrag und endlich als Abschluß dieser Akte eine Deklaration unterzeichnet, die die Erhaltung des Statusquo im fernen Osten garantiert.

Japan ging energisch an die Ausbeutung und die Einführung neuer Zustände in den Territorien, die es auf verschiedenen rechtlichen Grundlagen erworben hatte.

Gleichzeitig mit der Reformarbeit in Korea, die auf die Sicherung seiner Herrschaft auf der Halbinsel gerichtet war, ging Japan an den Bau einiger Eisenbahnlinien und die Neueinrichtung der Häfen. In diesen Maßnahmen, wie auch in dem Umbau der Eisenbahnlinie Mukden—Andun, wobei die schmale Spur durch eine breite ersetzt wurde, spielten strategische Erwägungen ohne Zweifel eine erhebliche Rolle. Übrigens gaben die letzteren noch nicht genügend Anhaltspunkte, um darüber zu urteilen, welche Motive — der Defensive oder der weiteren Offensive — die japanische Politik bestimmen. Wie dem auch sei, die Energie Japans im Verein mit unserer Untätigkeit zeitigte eine unruhige Stimmung nicht nur unter der Bevölkerung, sondern auch bei der Administration unserer Grenzländer selbst. Ende 1909 bemächtigte sich der russischen öffentlichen Meinung eine starke Erregung in Erwartung der Ereignisse, deren Eintreffen die Pessi-

Digitized by Google

misten nicht später als für das Jahr 1912 prophezeiten, da nach ihren Versicherungen Japan dann seine Vorbereitungen vollendet haben werde.

Die Unruhe loderte auf, als der bekannte Fürst Ito den Aufenthalt unseres Finanzministers benutzte und ihm nach Charbin zu einer Zusammenkunft entgegenfuhr. Durch ein schicksalsschweres Zusammentreffen der Umstände gelang es dem japanischen Staatsmann nicht, seinen lang gehegten Traum, ein festes Abkommen mit Rußland zu sichern, durchzuführen. Er wurde in Charbin beim Verlassen des Zuges von einem Koreaner ermordet. Für wenig unterrichtete Kreise stellte sich der Tod Itos als ein verhängnisvolles Ereignis dar, mit dem die letzte Hoffnung auf die Friedensliebe Japans geschwunden war. Glücklicherweise erwies sich diese Auffassung als falsch. Die russische und die japanische Regierung knüpften bald Verhandlungen an, die durch die gegenseitigen Interessen beider Mächte in der Nord- und Südmandschurei hervorgerufen waren.

Man muß bemerken, daß bis zur allerjüngsten Zeit in der Richtung unserer Politik im fernen Osten keine absolute Festigkeit wahrzunehmen war. In unserem Verlangen, Komplikationen aus dem Wege zu gehen, waren wir nicht nur Japan, sondern auch China gegenüber nachgiebig. Unter dem Einfluß dieser Stimmung traf unsere Regierung am 27. April 1909 ein neues Abkommen mit China, das die Organisation der Verwaltung und die besondere Gerichtsbarkeit in der Enteignungszone der ostchinesischen Eisenbahn, mit gewissen Konzessionen an die chinesische Eigenliebe, regulieren sollte. Das Abkommen vom 27. April kann man jedoch, was die Motive seiner

Digitized by Google

Urheber auch sein mochten, nicht als einen gelungenen Akt betrachten. Zunächst verließ unsere Regierung, indem sie als Kontrahent des Übereinkommens auftrat, die frühere prinzipielle Basis, da als juristische Person die Gesellschaft der ostchinesischen Eisenbahn und nicht die Regierung anerkannt ist. Ferner boten wir den anderen Mächten, deren Untertanen in China besondere Vertragsvergünstigungen auf dem Gebiete der Gerichtsbarkeit genießen, Gelegenheit, gegen unser einseitiges Abkommen mit China zu protestieren, insofern durch dasselbe die Lage dieser Untertanen in der Enteignungszone reguliert wurde. So kam es auch. Der Protest erfolgte von seiten Deutschlands und Amerikas. Von letzterem ermuntert, erhob China ebenfalls Einspruch, ohne gleich einzusehen, daß es uns einen Anlaß bot, zu dem für China weniger vorteilhaften status quo ante des Abkommens zurückzukehren.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der bestehenden Unbestimmtheit der Lage in der nördlichen Mandschurei, die geeignet ist, unsere Interessen schädlich zu beeinflussen, die Situation der Japaner in der südlichen Mandschurei vollständig analog ist; die Machenschaften der amerikanischen Diplomatie haben im vorliegenden Falle nur deutlicher die Solidarität der Interessen Rußlands und Japans hervortreten lassen. Obwohl die Annäherung zwischen diesen beiden Mächten kaum den Interessen der Vereinigten Staaten von Nordamerika entsprechen konnte, muß man doch zugeben, daß die Leiter von deren äußerer Politik durch ihr wenig taktvolles Benehmen nicht wenig dazu beigetragen haben. Im Dezember 1909 durcheilte die europäische Presse der Vorschlag des amerika-

Digitized by Google

nischen Staatssekretärs des Äußern, Knox, die Eisenbahnunternehmungen in der Mandschurei zu neutralisieren.

Nach den Angaben der „Rossija" bestand das Wesen dieses Vorschlages „in der Abtretung aller Bahnen in der Mandschurei, sowohl der bestehenden als der zu errichtenden, als Eigentum der chinesischen Regierung, wobei sie jedoch unter internationaler Kontrolle stehen müssen; der Grad des Einflusses einer jeden Macht wird durch ihre Beteiligungsquote an der für die Durchführung dieses Unternehmens notwendigen Anleihe bestimmt, im Falle der Unmöglichkeit, diesen Plan in seinem ganzen Umfang durchzuführen, wird den Mächten vorgeschlagen, an der Finanzierung der Linie Tsingschou — Taonangfu — Aigun teilzunehmen; das zu diesem Zwecke gebildete internationale Syndikat würde auch den Bau aller kommenden Eisenbahnen in der Mandschurei und den Erwerb dieser oder jener dort bereits bestehenden Linie übernehmen."

Trotz den elementaren Forderungen diplomatischer Vorsicht war dieser Vorschlag der breiten Öffentlichkeit eher bekannt geworden, als die amerikanische Regierung die Möglichkeit hatte, die Haltung der am meisten an ihm interessierten Mächte kennen zu lernen.

Das Projekt von Knox stellte die russische Diplomatie vor die Notwendigkeit, eine Wahl zwischen beiden Entschlüssen zu treffen, von denen die ganze weitere Richtung unserer Politik im fernen Osten abhing. Das war kein leichter Entschluß. Tatsächlich war der amerikanische Vorschlag in vielen Beziehungen verlockend. Zunächst befreite uns der Übergang der ostchinesischen Eisenbahn an ein internationales Syndikat nicht nur von einem jähr-

Digitized by Google

lichen, sich auf viele Millionen belaufenden Defizit, das durch den Schutz und die Ausbeutung der Linie verursacht war, sondern gewährte uns auch den Ersatz eines bedeutenden Teiles jener enormen Summen, die uns der Bau gekostet hat. Die auf diese Weise freigewordenen Mittel hätten auf die Verteidigung unserer Grenzländer verwendet werden können. Außerdem traten wir gleichsam, indem wir Amerika und die anderen Mächte an unseren Unternehmungen interessierten, aus unserer gefährlichen Isoliertheit im fernen Osten hervor.

Bedingung der Durchführung des Knoxschen Projekts war jedoch die Zustimmung nicht nur Rußlands, sondern auch Japans, weil es bei nur partieller Neutralisierung an Anziehungskraft für die Kapitalisten verloren hätte. Japan indes war durch dieses Attentat auf seine jüngsten Erwerbungen, die es um so mehr schätzte, je mehr Opfer sie erfordert hatten, äußerst gekränkt. Wenn man in diesem Falle der russischen Diplomatie einen gewissen Vorwurf machen kann, so ist es der, daß sie, die die Ablehnung des formellen Vorschlags Amerikas durch Japan voraussah, es ihrerseits aus irgendeinem Grunde scheinbar sehr eilig hatte. Es entstand der Eindruck eines gewissen Übereifers; wir lehnten früher als die Japaner ab, und trotz der öffentlichen Form des Verzichts übernahmen wir zuerst immerhin ohne Notwendigkeit die Durchführung dieser Pflicht, was natürlich im gleichen Maße Japan angenehm, wie Amerika unangenehm war. Aber dies alles sind natürlich Kleinigkeiten, die nicht geeignet sind, die wesentlichere Seite dieser Frage zu verdunkeln.

Die Haupterwägung bei dieser Angelegenheit war, daß im Falle unseres Einverständnisses mit dem amerikanischen

Digitized by Google

Vorschlag wir Japan gegen uns gehabt und statt dessen kaum die aktive Unterstützung Amerikas erlangt hätten. Ein wirtschaftliches Abkommen mit letzterem wäre noch nicht dasselbe wie ein politisches Abkommen, auf das sich die Bundesregierung kaum jemals einlassen würde. Aber selbst die Möglichkeit einer so wenig wahrscheinlichen Tatsache zugegeben, müßte man immer noch zum Schluß gelangen, daß als reale Macht Amerika noch lange nicht in der Lage sein wird, sich mit Japan zu messen. Mögen in der Neuen Welt ungeheure Mittel auf den Flottenbau verwendet werden, aber Geld allein reicht doch nicht aus, um eine entsprechende Wehrkraft zu schaffen. Armee und Flotte sind nicht nur durch ihre Rüstung allein stark, sondern auch durch ihre Organisation und ihren Geist; wir verkennen nicht den hohen Patriotismus des amerikanischen Volkes, wir zweifeln nicht, daß, wenn es sich um die Selbstverteidigung und den Schutz seines Territoriums vor einem fremden Einfall handeln würde, es dieselben Eigenschaften der Selbstaufopferung und des Mutes wie in alten Tagen zeigen würde, die ihm helfen würden, seinen Besitz unangetastet zu behalten. Aber die Amerikaner sind ihrem Wesen nach kein Eroberervolk. Sie würden wegen der Interessen in China kaum einen Krieg mit Japan riskieren, das bei aller Bescheidenheit seiner Finanzen jenen historisch erzogenen kriegerischen Geist besitzt, der für kein Geld erworben werden kann. Diese allgemeinen Erwägungen beseitigen natürlich nicht die Tatsache, daß mit der Schaffung des Panamakanals die kriegerische maritime Bedeutung Amerikas sich fast verdoppeln und Amerika ein wichtiger Faktor in allen Problemen des fernen Ostens werden wird. Dieser Umstand

Digitized by Google

darf nicht außer acht gelassen werden, jedoch mehr bei Kombinationen der Zukunft als in der Gegenwart. Aber der Entschluß mußte gefaßt werden, wobei man das gegenseitige Kräfteverhältnis im Auge hatte.

Die Ablehnung des amerikanischen Projekts rief, wie wir bereits bemerkten, die Notwendigkeit hervor, den weiteren Kurs unserer Politik genau zu bestimmen. Auf den Entschluß unserer Regierung übte noch scheinbar auch die Erwägung einen Einfluß aus, daß die chinesische Ostbahn einstweilen das einzige Verkehrsmittel zu Land zwischen dem Zentrum Rußlands und seinen Grenzländern ist. Sogar nach Fertigstellung der Amurbahn wird die erstere die Bedeutung der kürzeren Verbindung behalten. Aber da wir nun einmal beschlossen haben, in der Mandschurei zu bleiben, indem wir die amerikanische Kombination ablehnten, so bewirkte schon die Tatsache dieser Ablehnung allein unsere Annäherung an Japan. Schwerwiegende Motive veranlaßten unsere Regierung, sich auch zum Projekt des Baues der Tsingschou—Aigun-Eisenbahnlinie negativ zu verhalten. In demselben Artikel der „Rossija" wurde angeführt, daß die Durchführung dieses Projekts „einen neuen Weg schaffen wird, der den Zugang vom Süden nicht nur zur ostchinesischen Eisenbahnlinie eröffnet, sondern auch unmittelbar zu den russischen Besitzungen bei Aigun, wodurch auch die strategische und politische Bedeutung dieses Unternehmens bedingt wird; außerdem muß der Bau der genannten Linie wichtige Änderungen im Betrieb der ostchinesischen Eisenbahn in der östlichen Mongolei und in der nördlichen Mandschurei herbeiführen."

Was die Japaner betrifft, so stellte sich auch für sie

Digitized by Google

die neue Linie, insofern sie mit ihrer Eisenbahn konkurrierte, als unvorteilhaft dar.

Die Solidarität der Interessen Rußlands und Japans zeigte sich auch darin, daß die Japaner sich in den Fragen der Gerichtsbarkeit, die uns Unannehmlichkeiten und Komplikationen mit andern Mächten verursachten, in einer der unsern analogen Lage befanden. Die Amerikaner merkten, wenn auch allzuspät, daß sie wirklich selbst „uns in die Umarmung Japans stoßen", wie man sie in Petersburg gewarnt hatte. Ende Mai 1910 erklärte der amerikanische Staatssekretär des Äußern, unter der offensichtlichen Einwirkung seines Botschafters in Petersburg, der sich damals in Washington aufhielt, unserem dortigen Vertreter Baron Rosen, daß er dem amerikanischen Konsul in Charbin Instruktionen habe zugehen lassen, in Zukunft Proteste und Erklärungen aus Anlaß der von uns in der Enteignungszone eingeführten Verhältnisse zu unterlassen. Obwohl diese Konzession an und für sich keine ernste Bedeutung hatte, weil es in Charbin kaum viele amerikanische Untertanen gab, unterlag die prinzipielle Bedeutung der Erklärung keinem Zweifel. Gleich nach dieser ersten Nachricht folgte eine andere. China zeigte sich nachgiebig bei den Unterhandlungen über die Regulierung der Schiffahrt auf dem Strom Sungari — eine Frage, die in der Vergangenheit ihre eigene Geschichte hat.

Die Verhandlungen zwischen Japan und Rußland wurden jedoch weitergeführt, und am 21. Juni 1910 wurde in Petersburg ein Abkommen getroffen, dessen Text wir angesichts seiner Wichtigkeit hier ganz anführen:

„Die kaiserlich russische Regierung und die kaiserlich japanische Regierung, die den Prinzipien aufrichtig ergeben

Digitized by Google

sind, die durch die zwischen ihnen am 17. (30.) Juli 1907 geschlossene Konvention festgesetzt wurden, und im Verlangen, die Wirkung dieser Konvention auszudehnen im Interesse der Festigung des Friedens im fernen Osten, kamen überein, das erwähnte Abkommen durch die unten folgenden Bestimmungen zu ergänzen.

Artikel I. Zum Zwecke der Erlangung der Verbindungen und der Entwicklung des internationalen Handels verpflichten sich beide hohen Kontrahenten, sich gegenseitig freundschaftlich zu unterstützen im Interesse der Verbesserung dieser Eisenbahnlinien in der Mandschurei und der Einführung von Vervollkommnungen bei der Vereinigung der erwähnten Eisenbahnen, und sich jeder der Durchführung dieses Zieles schädlichen Rivalität zu enthalten.

Artikel II. Ein jeder der hohen Kontrahenten verpflichtet sich, den status quo in der Mandschurei in der Gestalt aufrecht zu erhalten und zu wahren, wie er durch alle Verträge, Konventionen und andere Abkommen, die bisher sowohl zwischen Rußland und Japan wie zwischen diesen beiden Mächten und China getroffen wurden, festgesetzt ist.

Die Abschriften der oben erwähnten Abkommen sind zwischen Rußland und Japan ausgetauscht worden.

Artikel III. Im Falle des Eintretens irgend welcher Ereignisse, die den oben erwähnten status quo bedrohen könnten, werden beide hohen vertragschließenden Parteien jedesmal mit einander in Verbindung treten, um sich über die Maßnahmen zu verständigen, die sie zu treffen für notwendig erachten würden, um den erwähnten status quo aufrecht zu erhalten.

In Bestätigung dieses haben die Unterzeichneten, von

Digitized by Google

ihren Regierungen demgemäß bevollmächtigt, diese Konvention unterschrieben und ihr Siegel beigedrückt.

Geschlossen zu Petersburg am 21. Juni (4. Juli) 1910.

Unterzeichnet: Minister des Äußern Iswolski und der japanische Gesandte Baron Motono."

Es waren kaum zwei Monate seit dem Abschluß des russisch-japanischen Abkommens verstrichen, als die Zeitungen die Nachricht von der vollzogenen Annexion Koreas brachten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß beide Akte im engsten Zusammenhang stehen. In unseren Zeitungen nationalistischer Richtung wurden Versuche gemacht, die Bedeutung dieses Ereignisses für uns gleich Null darzustellen. Es wurde sogar darauf hingewiesen, daß angeblich Japan vielleicht auch verlieren werde, indem es seine Lage als ausschließlich insulare Macht einbüßt. Alle diese Versuche, „den Schein zu wahren", können kaum den wahren Sachverhalt verschleiern. Die Einverleibung Koreas war eine unvermeidliche, wenn auch für uns äußerst unangenehme Tatsache. Sie ist nicht nur die letzte Seite der traurigen Geschichte unserer früheren Politik in Korea, sondern sie eröffnet zugleich einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der japanischen Macht auf dem Kontinent.

Japan hat seinen Sieg nicht leicht errungen und sogar bei seinen Gönnern den Wunsch hervorgerufen, jene Grausamkeiten und Gewaltakte rascher der Vergessenheit anheimfallen zu lassen, von denen die Durchführung der Reformen, die der Annexion vorausgingen, begleitet war. Es gehört auch nicht zu unserer Aufgabe, diese Seite der japanischen Geschichte aufzudecken, aber wir können nicht umhin, auf diese charakteristische Einzelheit hinzu-

Digitized by Google

weisen, die sich im Schlußakt zeigte. Die Annexion Koreas ist als ein doppelseitiger Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten Parteien, den Kaisern von Japan und Korea, behandelt worden. Zeigt sich nicht an diesem Zug die Grundeigenschaft der Aneignung der europäischen Kultur durch die Japaner, von der sie nur die technischen Mittel und Formen übernehmen, indem sie ihrem eigentlichen Wesen und Inhalt vollkommen fremd bleiben? Wirklich, drängt sich nicht dem Europäer der innere Widerspruch eines Vertrages zwischen dem Henker und seinem Opfer auf, und wird denn dadurch die Disharmonie zwischen der Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel, von denen die Politik Japans in Korea begleitet war, und dem Firnis, mit dem es die Tatsache der Annexion zu bedecken für nötig fand, nicht noch schärfer hervorgehoben?

Wie dem auch sein mag, gegenwärtig müssen wir mit einer vollzogenen Tatsache rechnen. Was das russisch-japanische Abkommen betrifft, so unterliegt seine wesentliche Bedeutung für unsere ganze künftige Politik im fernen Osten keinem Zweifel; wir werden noch darüber im Zusammenhang mit den allgemeinen Schlüssen hinsichtlich der gegenwärtigen internationalen Lage Rußlands zu sprechen haben. Eine gründliche Würdigung der Konvention vom 21. Juni 1910 ist Sache der Zukunft; wir können sie nicht jetzt geben, weil wir nicht wissen, welche Schlüsse beide Mächte in Wirklichkeit aus ihr ziehen werden, insbesondere aber die russische Politik. In der europäischen Presse wurde mit Recht betont, daß die Bedeutung dieses Aktes nicht so sehr dadurch bestimmt wird, was in ihm geschrieben steht, als dadurch, wie er durchgeführt werden wird. Jedenfalls wird sein Wert nicht

Digitized by Google

durch den unmittelbaren Einfluß auf die politische Lage im fernen Osten allein erschöpft. Das Abkommen der zwei stärksten Mächte im fernen Osten bietet eine Friedensgarantie in diesem Weltteil oder wenigstens einen Aufschub der Gefahr zugespitzter Komplikationen für Rußland auf eine gewisse Zeit, sogar für den Fall, daß der Anlaß dazu von China oder anderen Mächten ausgehen sollte. Wenn dem aber so ist, so hat ohne Zweifel die russisch-japanische Konvention Bedeutung auch für die europäische Politik Rußlands, die eine größere Aktionsfreiheit erlangt, da es seinen Rücken in Asien mehr oder weniger gedeckt fühlt. Die Logik der Geschehnisse bringt uns wieder nach Europa zurück, von dem unsere Aufmerksamkeit durch die Entwicklung der Ereignisse im fernen Osten abgelenkt war. Wir haben noch den Zusammenhang wiederherzustellen, denn zwischen dem, was in einem Weltteil vorging und sich in dem anderen widerspiegelte, einem unabänderlichen Gesetze der Geschichte zufolge, niemals durchbrochen wurde.

Digitized by Google

IV

Bis auf den Russisch-Japanischen Krieg wurde der Friede und das Gleichgewicht in Europa durch den Gegensatz zwischen dem Zwei- und Dreibund aufrechterhalten. England verharrte in „splendid isolation", ohne sich durch feste Bande irgendeiner politischen Kombination zu verpflichten. Sein Entschluß, mit dieser Tradition zu brechen und ein Bündnis mit Japan einzugehen, war ein Vorzeichen des Krieges, der nach zwei Jahren ausbrach. Die englische Diplomatie und Presse sind in bedeutendem Maße daran schuld, daß Japan sich zu diesem Krieg entschlossen hatte.

In den Kombinationen Großbritanniens spielte die Schwächung Rußlands, zum Teil auch Japans, die eine entsprechende Erstarkung des englischen Einflusses im fernen Osten zur Folge haben mußte, ohne Zweifel eine Rolle. Niemand konnte damals alle weltpolitischen Folgen des Krieges voraussehen, die dank den entscheidenden Siegen Japans eingetreten sind.

Unterdessen hatte die Ablenkung der russischen Kräfte nach dem fernen Osten schon seit 1898 die französische Diplomatie zu beunruhigen begonnen. In diesem Jahr ereignete sich der bekannte Zwischenfall in Faschoda. Rußland erklärte, daß es sich der Hilfeleistung an seinen Verbündeten nicht entziehen werde, aber Frankreich selbst

Digitized by Google

fühlte sich nicht genügend vorbereitet, um sich zu einem Konflikt mit England entschließen zu können.

Der Krieg war vermieden worden, aber man mußte an die Möglichkeit der Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle denken, die Frankreich in eine kriegerische Lage bringen konnten, angesichts der Ungeschütztheit seiner kontinentalen Front. In derselben Lage zu verbleiben, war gefährlich, man mußte entweder sich mit England oder mit Deutschland verständigen, um nicht diese beiden Mächte gegen sich zu haben. Unter dem Eindruck von Faschoda wurden einige Zeit in Paris Stimmen laut, daß der Erzfeind Frankreichs England sei und daß die Revancheidee gegen Deutschland ohnedies aufgegeben werden müsse, weil man in dieser Hinsicht kaum ernstlich auf das Bündnis mit Rußland rechnen könne, das von Sorgen über seine Festsetzung an den Küsten des Stillen Ozeans vollkommen in Anspruch genommen sei, ganz davon zu schweigen, daß das Bündnis selbst einen streng defensiven Charakter trage. In Berlin beeilte man sich, sich die neue Stimmung der französischen Gesellschaft zunutze zu machen, und, wie dies nicht selten bei den Berliner Diplomaten der Fall ist, dem Grad ihrer Strebsamkeit entsprach nicht ganz das Maß ihres Taktes.

Der erste Eindruck in Frankreich trat bald hinter gewichtigeren Erwägungen zurück: die Annäherung an Deutschland hätte sehr leicht das Bestreben des Berliner Kabinetts, seine schwere Hand auf die ganze französische Politik zu legen, zur Folge haben können; das deutsch-französische Bündnis wäre das Bündnis eines Reiters mit dem Pferd geworden, um einen Ausdruck Talleyrands zu gebrauchen.

Digitized by Google

Im Herbst 1898 wurde zum französischen Botschafter in London Herr Paul Cambon ernannt. Er war ein überzeugter Anhänger einer Annäherung an England. In dieser Hinsicht genoß er die volle Sympathie und die Unterstützung des neuen Ministers des Äußern, Delcassé. Beide bereiteten langsam den Boden für eine Annäherung zwischen England und Frankreich vor und fanden in London eine steigende Bereitschaft, ihnen entgegenzukommen. Zu der Annäherung trugen in bedeutendem Maße wirtschaftliche Interessen bei. Das gegenseitige Vertrauen und das Streben nach einem Abkommen äußerten sich in einem ununterbrochenen Wachstum des Handelsverkehrs zwischen beiden Mächten. Die Tendenz zur Annäherung erstarkte erheblich im Jahre 1900, als Eduard VII. den Thron bestiegen hatte. Am 14. Oktober 1903 wurde der Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet und am 8. April das englisch-französische Abkommen. Das letztere grenzte endgültig die Kolonialinteressen Englands und Frankreichs überall ab, wo sie sich begegneten: in Neufundland, in Westafrika, in Ägypten, in Marokko und Siam, in Madagaskar und auf den Hebriden.

Es ist hier nicht der Platz, die Lösung der konkreten Fragen, die das neue Abkommen herbeiführten, zu untersuchen. Die in der französischen Deputiertenkammer geübte Kritik war schärfer als in London. Besonderes Bedauern rief bei einigen Rednern der endgültige Verzicht Frankreichs auf viele alte Vorteile in Ägypten hervor, der nach der Meinung dieser Kritiker durch keine entsprechenden Konzessionen von seiten Englands belohnt wurde. Aber dies war eine Frage des Preises, die unvermeidlich bei einem jeden erheblichen Erwerb entsteht.

Digitized by Google

Sie hatte ihre Bedeutung für die Franzosen, aber sie erschöpfte bei weitem nicht jenen allgemeinen Einfluß, den das englisch-französische Abkommen in der allgemeinen Ökonomie der internationalen Beziehungen erlangen sollte.

Unterdessen erlitt Rußland im Krieg mit Japan Niederlagen, die die Befürchtung aufkommen ließen, daß die russische Macht für lange Jahre gebrochen sei. Das englisch-französische Abkommen konnte an und für sich das gestörte Gleichgewicht in Europa nicht wiederherstellen. Das Fehlen Rußlands als wichtigen Faktors in der Erhaltung des europäischen Friedens hat sich bald fühlbar gemacht.

Vom „cauchemar des coalitions" verfolgt, erblickte Deutschland in der englisch-französischen Annäherung eine Verschwörung gegen sich und beschloß, sich ihr energisch zu widersetzen. Dieses Ziel verfolgte die Reise des Kaisers Wilhelm nach Marokko, seine Rede in Tanger am 31. März 1905 und die herausfordernde Haltung, die die deutsche Diplomatie Frankreich gegenüber angenommen hatte. Unter dem Einfluß dieser beunruhigenden Symptome und ebenso der Annäherung mit unserem Verbündeten gelangte England zur Überzeugung der Notwendigkeit einer schnellen Einstellung des Krieges und „der Rückkehr Rußlands nach Europa". In diesem Sinne übte es den nötigen Druck auf Japan während der Friedensverhandlungen aus. Einige Monate nach Abschluß des Portsmouther Vertrags zeichnete sich auf der internationalen Konferenz in Algeciras die neue Gruppierung der Mächte ab, die den veränderten Bedingungen des internationalen Verkehrs entsprach. An Stelle der früheren englisch-französischen Feindschaft konnte man die engste Solidarität beider Mächte beobachten.

Digitized by Google

Ferner hatte der russische Bevollmächtigte auf der Konferenz Instruktionen, die vollkommen mit denen übereinstimmten, von welchen sich sein englischer Kollege leiten ließ. Im entgegengesetzten Lager war kein ähnliches Einvernehmen wahrzunehmen.

Österreich blieb der treue Verbündete Deutschlands, es war aber zu merken, daß die marokkanischen Angelegenheiten es nicht allzunah berührten: die österreichischen Diplomaten machten Anstrengungen, um das Berliner Kabinett zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Der andere Angehörige des Dreibundes, Italien, zeigte noch weniger Neigung, Deutschland in allem zu folgen, und in einer der ernstesten Fragen, die die Konferenz zu lösen hatte, stimmte der italienische Bevollmächtigte zusammen mit dem englischen, französischen und russischen Kollegen, gegen den deutschen und österreichischen Vertreter, die ganz einsam dastanden.

Die Konferenz von Algeciras bezeichnet den ersten Schritt zur Annäherung zwischen Rußland und England. Das freundschaftliche übereinstimmende Vorgehen der Vertreter beider Mächte ließ den Wunsch des Londoner und des Petersburger Kabinetts erkennen, sich in ihren Wechselbeziehungen ausschließlich vom Bewußtsein der veränderten Bedingungen und gegenseitigen Interessen leiten zu lassen und die früheren Unstimmigkeiten ganz vergessen zu machen. Es muß anerkannt werden, daß die Notwendigkeit des Umschwungs in den Beziehungen zu England von Graf Lamsdorf erfaßt wurde, d. h. von demselben Minister, unter dem der englisch-russische Antagonismus seine höchste Spannung erreicht hatte. Seinem Nachfolger, der durch keine schweren Erinnerungen

Digitized by Google

belastet war, war es noch leichter, in derselben Richtung zu wirken. Es stand ihm bevor, die russische Politik in ein neues Fahrwasser zu lenken, aber dazu war es zu allernächst nötig, alle alten Rechnungen abzuschließen, die Möglichkeit neuer Reibungen selbst und gegenseitige Verdächtigungen, die den Weg zum gegenseitigen Verständnis und zur Annäherung zwischen den alten Rivalen versperrten, zu beseitigen. Das, was Graf Lamsdorf begriffen, hat A. P. Iswolski glänzend ausgeführt.

Digitized by Google

V

Am 18./31. August 1907 wurde in Petersburg die englisch-russische Konvention geschlossen, die in drei Teile zerfällt, entsprechend den Ländern, die Gegenstand des Abkommens waren: Persien, Afghanistan und Tibet. Das Wesen der Konvention bestand in folgendem:

1. Persien. Die kontrahierenden Regierungen kamen überein, „daß eine jede von ihnen aus Gründen geographischer und ökonomischer Natur ein besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung in einigen Provinzen Persiens habe, die einerseits an die russische Grenze, andererseits an die Grenzen Afghanistans und Beludschistans anstoßen." England verpflichtete sich, „Konzessionen politischer oder handelspolitischer Art jenseits der Linie, die von Kasri-Schirin über Ispahan, Jesd, Khachk geht und auf dem Punkt an der persischen Grenze bei der Kreuzung der russischen und afghanischen Grenze endet, für sich selbst nicht anzustreben oder zugunsten britischer Untertanen nicht zu unterstützen, und sich weder direkt noch mittelbar den Forderungen ähnlicher Konzessionen auf diesem Gebiet, die von der russischen Regierung unterstützt würden, zu widersetzen" (Art. 1). Eine vollkommen analoge Verpflichtung übernahm die russische Regierung „jenseits der Linie,

Digitized by Google

die von der afghanischen Grenze über Gasik, Birdschand, Kirman geht und in Bender-Abbas endet" (Art. II).

Zwischen den oben erwähnten Linien wurde eine neutrale Zone festgesetzt (Art. III). Es wurde ausgemacht, daß wie bisher die Erträge aller persischen Zollämter, mit Ausnahme der Zollämter von Faristan und im Persischen Golf, die Tilgung und die Zinsen der Anleihen garantieren sollten, die von der Regierung des Schahs in der Diskont- und Kreditbank Persiens aufgenommen wurden, und die Erträge der Zollämter von Farsistan und dem Persischen Golf, wie auch die Erträge vom Fischfang an der persischen Küste des Kaspischen Meeres, ebenso vom Post- und Telegraphenwesen, wie früher für die Zahlungen auf die bei der persischen Schahinschah-Bank aufgenommenen Anleihen verwandt würden (Art. IV). Im Falle unpünktlicher Zahlungen und wenn sich für Rußland oder England die Notwendigkeit ergeben sollte, „eine Kontrolle über die Einnahmequellen, die den ordentlichen Einlauf der Zahlungen auf die Anleihen garantieren, festzusetzen", verpflichten sich beide Regierungen, „zunächst in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch zu treten, um nach gegenseitigem Einvernehmen die erwähnten Kontrollmaßnahmen zu treffen und eine jede Einmischung zu vermeiden, die im Widerspruch mit den Prinzipien gewesen wäre, die dem vorliegenden Abkommen als Grundlage dienten" (Art. V).

2. Afghanistan. „Die Regierung Seiner britischen Majestät erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die politische Lage Afghanistans zu ändern", sie „verpflichtet sich außerdem, ihren Einfluß in Afghanistan nur im friedliebenden Sinne geltend zu machen", indem sie sich selbst in

Digitized by Google

Afghanistan zurückhalten wird von „Maßnahmen, die Rußland bedrohen". Ihrerseits anerkennt die russische Regierung, „daß Afghanistan außerhalb der russischen Einflußsphäre steht", sie wird für alle politischen Beziehungen die Vermittlung Englands gebrauchen, und „verpflichtet sich, keinerlei Agenten nach Afghanistan zu schicken" (Art. I). England verpflichtet sich, keinen Teil vom Territorium Afghanistans zu besetzen, nicht in seine inneren Angelegenheiten einzugreifen, wenn der Emir seine Verpflichtungen erfüllt (Art. II).

3. Tibet. „Beide hohen Kontrahenten verpflichten sich, die territoriale Integrität Tibets zu achten und sich eines jeden Eingriffs in seine innere Verwaltung zu enthalten" (Art. I). „Dem anerkannten Prinzip der Souzeränität Chinas über Tibet entsprechend, verpflichten sich Rußland und Großbritannien, mit Tibet nur durch Vermittlung der chinesischen Regierung zu verhandeln" (Art. II).

Beide Regierungen verpflichten sich, „keine Vertreter nach Lhassa zu schicken" (Art. III), keine Konzessionen in Tibet zu erwerben und sie weder für sich noch für ihre Untertanen anzustreben (Art. IV); „beide Regierungen kommen darin überein, daß kein Teil der Einnahmen Tibets weder in natura noch in Geld an Rußland und Großbritannien, wie auch an ihre Untertanen, verpfändet oder ihnen überlassen werden kann" (Art. V).

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des anglo-russischen Abkommens wandte sich der englische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten an den englischen Botschafter in Petersburg mit einer Depesche, die im Blaubuch veröffentlicht worden ist und als eine wesentliche Ergänzung zu den übrigen Akten betrachtet werden

Digitized by Google

kann. In dieser Depesche erklärte Sir Edward Grey, weshalb die Frage über den Persischen Golf keinen Platz in der Konvention gefunden hätte. Nach seinen Worten ist das Persien betreffende Abkommen auf Gebiete beschränkt, die sich mit dem territorialen Besitz Englands und Rußlands berühren. Der Persische Golf gehört nicht zu dieser Kategorie, und seine Küsten gehören nicht ganz zum territorialen Bestand Persiens. Infolgedessen wurde es als unangemessen anerkannt, im Abkommen eine Deklaration über Sonderinteressen Englands, die „das Ergebnis der Betätigung Großbritanniens in diesen Gewässern seit mehr als hundert Jahren" darstellen, aufzunehmen. Im Laufe der Verhandlungen erklärte die russische Regierung „unumwunden, daß sie die Sonderinteressen Großbritanniens im Persischen Golf nicht leugne", und die englische Regierung nahm diese Erklärung zur Kenntnis. Deshalb bestätigte sie ihrerseits ihre Absicht, „alle Anstrengungen auf die Erhaltung des status quo im Golf und die weitere Förderung des britischen Handels zu richten", „ohne den Wunsch, den legitimen Handel irgendeiner anderen Macht auszuschalten".

Die Veröffentlichung des anglo-russischen Abkommens rief interessante und inhaltsreiche Debatten in beiden englischen Kammern und bemerkenswerte Kommentare in der Presse hervor. Obwohl in England Stimmen laut wurden, die der Regierung die angeblich allzu weit gehenden Konzessionen an Rußland, besonders in Persien, vorwarfen, erklärte der schärfste, aber zugleich berufenste Kritiker des Abkommens, nämlich der frühere Vizekönig von Indien, Lord Curzon, daß nach seiner Meinung die englische Regierung in den letzten fünfzig Jahren keinen wichtigeren

Digitized by Google

und folgenschwereren Akt abgeschlossen hätte. Keiner der Redner begann oder schloß seine Rede ohne die Erklärung, daß die Tatsache der Liquidierung der alten Streitigkeiten zwischen Rußland und Großbritannien selbst einen zweifellos großen Erwerb darstelle, der durchaus zu begrüßen wäre. So bestand der Unterschied in der Würdigung nur in der Frage über die Höhe des Preises, mit dem England seine Konzessionen zu zahlen hatte.

Die Kritiker wiesen darauf hin, daß die Teilung der Einflußsphären Rußland den Löwenanteil in wirtschaftlicher und handelspolitischer Beziehung sicherte, weil alle wichtigen Handelsstraßen in unserer Sphäre lägen; sie enthalte die reichsten und dichtbevölkertsten Bezirke mit den Hauptzentren des Handels, darunter die Residenz Persiens, Teheran. Nach der Meinung Curzons hat England leichten Herzens zugunsten Rußlands jahrhundertealte Bemühungen geopfert. „Was haben wir in den letzten hundert Jahren getan?" erwidert Sir Edward Grey. „Im Laufe des größten Teiles dieses Jahrhunderts hatten wir weder einen politischen noch einen Handelsrivalen in Persien. Von Süden vorrückend, konnten wir alles tun, was wir wollten. Wir erhielten Konzessionen für die kaiserliche persische Bank, für die Schiffahrt auf dem Kharun, zur Errichtung einer Linie von Ahwas nach Teheran und eine andere Konzession auf die Linie von Ahwas, die sich offensichtlich infolge des Charakters der dortigen Bevölkerung als undurchführbar erwiesen haben. Dies alles erhielten wir, aber wenn dies das Ergebnis unserer diplomatischen und industriellen Bemühungen im letzten Jahrhundert war, was für ein Ergebnis würden wir im Laufe der nächsten hundert Jahre ohne das jetzige Abkommen erzielen? Ich

Digitized by Google

bitte die Kammer, an den Umschwung zu denken, der sich in Persien in den letzten zwanzig Jahren vollzogen hat. In Südpersien gab es vor zwanzig Jahren weder russische Konsuln noch einen russischen Handel; es existierte keine russische Bank. Jetzt ist in diesen zwanzig Jahren die transkaspische Eisenbahn gelegt, drei Linien nach Teheran und Meschhed sind errichtet worden. Der russische Handel dehnt sich nach dem Süden aus und wetteifert mit dem unsrigen; die russischen subventionierten Dampfer verkehren im Persischen Golf; Rußland hat Generalkonsuln in Ispahan, Buschir, Konsuln in Bender-Abbas, Kirman, Hamada und Seiistan, und es hat eine Telegraphenverbindung nach Seiistan gelegt. Und hinter all dem erhebt sich der kriegerische Schatten der russischen Streitkräfte. Ein jeder, der auf die Karte hinsieht und sich überzeugt, wie der russische und persische Territorialbesitz liegt, ein jeder, der nicht nur das erwägt, was Rußland in Persien auf dem Gebiete der Konzessionen und des politischen Einflusses in Teheran erreicht hat, sondern auch die erheblichen Militärkräfte, die es jeden Augenblick über die Nordgrenze Persiens werfen kann, der wird erkennen, wie der russische Einfluß in den letzten zwanzig Jahren sich über den ganzen Norden Persiens ausgedehnt hat. Fügen wir noch hinzu, daß während dieser zwanzig Jahre die persische Regierung russische Anleihen aufgenommen hat, die von den Einnahmen der Zollämter in ganz Persien, mit Ausnahme des Persischen Golfs, garantiert sind, und daß die persische Regierung ein Abkommen unterzeichnet hat, in welchem sie sich verpflichtet, nirgends als in Rußland neue Anleihen aufzunehmen, keine neuen Eisenbahnkonzessionen im Laufe einer gewissen Frist zuzulassen;

Digitized by Google

die persischen Zollämter sind in die Verwaltung einer auswärtigen Kontrolle übergegangen, die für uns ungünstig ist."

Dieses Fragment aus der Rede des englischen Ministers charakterisiert glänzend die Lage, die in Persien durch die Bemühungen der russischen Diplomatie und Industrie geschaffen wurde.*) Wir finden darin eine Anerkennung der von Rußland erzielten Resultate, die uns nach den soeben erlittenen Niederlagen in der Mandschurei eine moralische Genugtuung gewähren konnte. Das wurde aber auch seinerzeit von der russischen Presse hinlänglich festgestellt; was die Engländer betrifft, so zogen sie es mit dem ihnen eigentümlichen Realismus vor, mehr mit den Tatsachen als mit der Eigenliebe zu rechnen, und beschlossen deshalb, um diese Tatsache zu legalisieren, dem Abkommen zuzustimmen. Der von ihnen für diese Anerkennung erlangte Vorteil bestand, nach den Worten Sir Edward Greys, in der strategischen Bedeutung des Abkommens, die es „erwünscht und wichtig" erscheinen ließ. „Seiistan bildet einen wichtigen Hauptpunkt, in welchem sich die allergrößte Gefahr für die Interessen Indiens konzentrierte. Wenn die russischen Eisenbahnen und der russische Einfluß in Seiistan eingedrungen wären, so wäre dadurch selbst eine neue Tür zum Vorrücken nach Indien, eine neue Linie, die noch nicht eröffnet war, aufgetan . . . Hin-

*) Als eine treffende Illustration dieser Lage können folgende vor kurzem veröffentlichte Daten des Außenhandels Persiens gelten:

	1901—02	1904—05	1905—06	1906—07	1907—08	1908—09
	in Millionen Kronen					
England .	150,68	147,25	148,42	168,93	205,64	182,80
Rußland .	202,18	317,54	391,84	447,79	393,83	408,63

(„Kreuzzeitung", 27. Oktober 1910, Nr. 503.)

Digitized by Google

sichtlich dieser Provinzen Asiens waren für uns bei Abschluß des Abkommens strategische Erwägungen maßgebend. Ich will, was die Gefahr eines Einfalls in Indien betrifft, nicht unnötig alarmieren. Ein solcher Einfall könnte niemals ein leichtes Unternehmen sein. Meine persönliche Überzeugung ist, daß dieser Versuch eines Einfalls für denjenigen, der ihn machen würde, mit einer unfruchtbaren Verschwendung von Geld und Menschenleben verbunden wäre und immer an den gigantischen natürlichen Festungen, die die Grenze Indiens bilden, zerschellen würde. Aber dies ist nur eine persönliche Meinung. Auch wenn man sie teilt, muß man immerhin anerkennen, daß die indische Regierung, je näher sich die russischen Eisenbahnen und die russische Macht an die allerschwächsten Stellen an der Grenze heranschöben, desto mehr in Unruhe und Befürchtungen versetzt werde und ihre Forderungen nach Verstärkung der Landesverteidigung, um für alle Zufälligkeiten gerüstet zu sein, bedeutend steigern würde."

Somit war für die Engländer das Hauptmotiv und die Grundlage bei der Lösung der konkreten Fragen des Abkommens das Verlangen, eine Garantie gegen die Möglichkeit eines russischen Einfalls in Indien zu erlangen. Dasselbe Interesse war für sie auch in anderen Fragen maßgebend: in Afghanistan, Tibet und im Persischen Golf.

Was Rußland und seine konkreten Interessen in diesem Teil Asiens betrifft, so haben auch wir ohne Zweifel von der Abgrenzung der Einflußsphären in Persien große Vorteile. Indem wir die Anerkennung unserer vorwiegenden Interessen in einem weiten Gebiet erlangten, das ein natürlicher Markt für unsere Waren und ein Betätigungsfeld

Digitized by Google

für unsere Unternehmungen war, bedeutete das Aufhören der ständigen Konkurrenz, der ständigen Rivalität und Feindschaft für uns einen Gewinn; denn jene gespannte Lage konnte, nach der treffenden Bemerkung von Lord Lansdowne, nur für einen tertius gaudens von Vorteil sein. Unser Verzicht auf eine aktive Politik im Süden Persiens war mit keinen wirklichen materiellen Verlusten verbunden. Tatsächlich gravitierte der südpersische Handel kraft vollkommen natürlicher Bedingungen nach den Küsten des Persischen Golfs, und der Durchfuhrverkehr unserer Waren zu Lande fand eine natürliche Grenze in jenem Gebiet, wo er mit der billigen Seebeförderung konkurrieren mußte. Die Ergebnisse zeigten bald, wie wichtig in politischer Hinsicht das Abkommen über Persien war, das uns gestattete, unsere Truppen in die angrenzenden Gebiete einrücken zu lassen, wobei wir nicht nur keine Gefahr liefen, auf den Widerstand Englands zu stoßen, sondern bei ihm nur Unterstützung und Zustimmung fanden. Ganz abgesehen von der Zweckmäßigkeit der Expeditionen, die stattgefunden haben, muß man die Möglichkeit, im Notfalle die erforderliche Pression auf Persien zum Schutze unserer dortigen Interessen auszuüben, als ernsten Vorteil anerkennen.

Wir dürfen uns natürlich vom Protest der Politikaster in Teheran nicht beirren lassen, die einen zustimmenden Widerhall bei unseren Gegnern in der europäischen Presse finden. Wenn man sie hört, so stammen alle Mißstände in Persien vom Aufenthalt der russischen Truppen her: dabei wird nur noch durch sie der Handelsverkehr mit dem Norden Persiens aufrechterhalten. Dieselben Kritiker verschweigen aus irgendeinem Grunde die Besetzung von

Digitized by Google

Urmien durch die Türken, deshalb wohl, weil sie gegen Rußland gerichtet ist.*)

Wollen wir das Abkommen über Afghanistan einschätzen, so müssen wir anerkennen, daß wir hier eine Konzession ohne eine entsprechende Kompensation von englischer Seite gemacht haben. Unsere Politik war vollkommen konsequent, insofern wir unsere Uninteressiertheit in Afghanistan zugaben. Schon im März 1869 schrieb Fürst Gortschakow an den russischen Botschafter in London: „Sie können dem Staatssekretär Ihrer britischen Majestät die absolute Zusicherung wiederholen, daß Seine kaiserliche Majestät Afghanisten als vollkommen außerhalb der Sphäre stehend betrachtet, in der Rußland sich berufen fühlen könnte, einen Einfluß auszuüben. Keine Art Einmischung, die der Integrität dieses Staates zuwiderläuft, gehört zu seinen Kombinationen." Diese Erklärung wurde mehrmals, und zwar bis zum Jahre 1902 wieder-

*) Die Lage in Persien in der letzten Zeit muß jedoch ernste Besorgnis einflößen. Wir sind in eine Sackgasse geraten, aus der wir nicht leicht heraus können. Der Unterhalt unserer Truppen ist sehr teuer. Wir stellten als Bedingung ihrer Entfernung einige maßvolle Forderungen, aber die Perser sind trotzig, scheinbar unter fremder Einwirkung. Es ergibt sich eine Lage, die auf die Dauer kaum ersprießlich ist. Die Truppen zurückzuziehen, ist jedoch ohne Schädigung unseres Prestiges unmöglich. Es kam noch die nicht ganz vorsichtige Drohung Englands hinzu, nach 3 Monaten auf Kosten Persiens Polizei unter dem Kommando englischer Offiziere einzuführen, wenn bis dahin die Ordnung auf den Straßen Südpersiens nicht wiederhergestellt sei. Dieses Auftreten auszunutzen, beeilten sich alle, die das anglo-russische Abkommen erschüttern wollten. Wir hoffen, daß unsere Politik sich nicht auf den Weg gefährlicher Abenteuer wird hinreißen lassen, und daß die Verhandlungen zwischen London, Petersburg und Berlin zu einer befriedigenden Lösung führen werden.

Digitized by Google

holt. Wir betrachteten Afghanistan als einen Pufferstaat, dessen Existenz und Integrität zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Rußland und England notwendig wären. Indes verletzt das Abkommen vom Jahre 1907 die Gleichheit der Lage beider Mächte in Afghanistan. Wir verpflichteten uns, keinen Vertreter in Kabul zu haben, und uns zwecks politischer Beziehungen zur Regierung des Emirs an die Vermittlung Englands zu wenden. Letzteres versicherte uns allerdings, daß es nicht nur seinen Einfluß niemals in einem Rußland feindlichen Sinne ausnutzen, sondern im Gegenteil Afghanistan von Feindseligkeiten gegen Rußland zurückhalten werde. Ohne die Aufrichtigkeit dieser Zusicherung nur im geringsten anzuzweifeln, darf man darauf hinweisen, daß ähnliche Erklärungen, die sich auf keine realen Garantien stützen, bei rein konkreter Abgrenzung der Einflußsphären nicht ganz angebracht sind, weil die Regierungen wechseln und nicht weniger die Stimmungen, während die realen Garantien in der Hand dessen bleiben, der sie ursprünglich erhalten hat.

Wenn in Afghanistan wir die größeren Konzessionen machten als die Engländer, so war es in Tibet umgekehrt. Beide Mächte kamen überein, die Tore Lhassas, das durch die Expedition des Obersten Younghousband beunruhigt worden war, geschlossen zu lassen. Die englische Kritik warf ihrer Regierung den Verzicht auf die angeblichen Vorteile vor, die aber durch eine entsprechende Garantie von seiten Rußlands, daß es Tibet nicht für Agitationszwecke unter den Buddhisten benutzen werde, vollkommen ausgeglichen werden. Im vorliegenden Falle war der Verzicht den Engländern ebenso nützlich wie uns

Digitized by Google

selbst, indem er uns vor der Wiederholung zweifelhafter Unternehmungen unverantwortlicher Politiker schützte, deren Treiben leider noch allzu wenig beleuchtet worden ist.*)

Von diesem Standpunkt aus können wir auch die Erklärung unserer Regierung über den Persischen Golf, die in der oben erwähnten Depesche Sir Edwards enthalten ist, beurteilen.

Die Versuche unserer Regierung, regelmäßige Dampferrouten auf dem Persischen Golf zu organisieren, waren nur mit überflüssiger Aufwendung von Staatsgeldern zur Subventionierung dieses verfehlten Unternehmens verknüpft, das sich ebensowenig rentierte wie die Beförderung russischer Waren mit diesen Schiffen. Die Industriellen gingen auf diesen Versuch ohne jedes Vertrauen zum Erfolg des bureaukratischen Unternehmens ein, das eher von dem Verlangen, den Engländern eine Unannehmlichkeit zu bereiten, eingegeben war, als von verständigen kommerziellen und politischen Rücksichten.

Die Anerkennung der Sonderinteressen Englands im Persischen Golf hat in unseren Augen noch ein positives Interesse für uns. Bekanntlich wurde nach dem Aufkommen des neuen Regimes in der Türkei die Pforte mit allen

*) Im August 1910 erschienen in der „Times" zwei Artikel von Herrn Younghousband, in denen der Autor das anglo-russische Abkommen, das beide Mächte zur Tatenlosigkeit in Tibet verurteilt, einer scharfen Kritik unterzieht. Von einem solchen Sachverhalt gewinnen, nach Ansicht des Autors, nur die Chinesen, während er zwei solchen fortgeschrittenen Mächten wie England und Rußland keine Ehre mache.

Wir unsererseits hoffen jedoch, daß unsere Regierung den festen Boden nicht verlassen wird, den sie in dieser Frage bei dem Abkommen mit England betreten hat.

Digitized by Google

möglichen Projekten für Errichtung neuer Eisenbahnlinien in Kleinasien bestürmt. Leider muß man eingestehen, daß eine jede neue Linie auf diesem Gebiet eine neue Besorgnis darstellt, indem sie die Mobilisierung der türkischen Truppen an unserer Grenze erleichtert. Aber es gibt Tatsachen, die allerdings unangenehm sind, mit denen man jedoch rechnen muß. Der Bau von Eisenbahnlinien gehört zu den unvermeidlichen Folgen des allgemeinen Erwachens der Türkei. Glücklicherweise hatten wir eine gewisse Garantie in dieser Hinsicht, die seinerzeit unser früherer Botschafter in Konstantinopel, J. A. Sinowjew, in Form einer Kompensation für die Deutschland gewährte Konzession auf den Bau der Bagdadbahn von der Türkei erhalten hat. Die türkische Regierung verpflichtete sich, keiner ausländischen Gesellschaft, außer einer russischen, Konzessionen zum Bau von Eisenbahnen in einem bestimmten Gebiet, das an die Küste des Schwarzen Meeres angrenzt, zu erteilen. Dabei behielt sie jedoch das Recht, Linien in dem erwähnten Gebiet aus eigenen Mitteln zu errichten.

Wir glauben, daß eine gewisse Überstürzung, die unsere Diplomatie in der letzten Zeit in dieser Frage augenscheinlich zeigte, viel weniger unseren Interessen entspricht als ein ruhiges Abwarten, das sich auf jene Einwirkungsmittel stützt, die uns in der Türkei zu Gebote stehen. Wir haben keinen Grund, uns mit dem Bau von Eisenbahnen im Schwarzmeergebiete zu beeilen, aber andererseits müßten wir, wenn wir sähen, daß die Türken ernstlich an deren Errichtung denken, die vertraglichen Vergünstigungen ausnutzen und den Bau der Eisenbahn selbst in die Hand nehmen, um so mehr, als nach allen

Digitized by Google

vorliegenden Angaben das auf dieses Unternehmen verwendete Kapital in diesem am dichtesten bevölkerten und fruchtbaren Teil Kleinasiens sich reichlich verzinsen könnte.

Dasselbe politische Interesse, das uns bestimmt, auf dem Schutz der Vorzugsrechte Rußlands beim Bau der Eisenbahnen im Gebiet der Schwarzmeerküste zu bestehen, liegt für England im Gebiet des Persischen Golfs vor. Und ebenso wie wir, können die Engländer den Bau von nach dem Golf laufenden Linien verhindern, aber sie werden natürlicherweise danach streben, daß dieser Bau ihnen überlassen wird. Auf diese Weise sind Rußland und England gleichmäßig daran interessiert, daß beim Eisenbahnbau in Kleinasien das Prinzip eines gewissen Gleichgewichts der Einflüsse beobachtet wird. Es versteht sich von selbst, daß, wenn dieser Ausdruck der erregten Eigenliebe der Jungtürken unangenehm erscheinen könnte, man ihn auch nicht anzuwenden brauchte, um so mehr, als im vorliegenden Fall durchaus nicht von etwas die Rede ist, was für sie verletzend wäre oder die Hoheitsrechte der Türkei in diesen Provinzen berührte. Im Gegenteil, wenn die Pforte ihre Integrität schützt, so muß sie selbst auf die Wahrung des Gleichgewichts zwischen den Interessen der einzelnen Mächte aufmerksam bedacht sein. Und nur von einem solchen Gleichgewicht in Kleinasien kann denn auch die Rede sein. Uns liegt der Gedanke fern, die Interessen Deutschlands beim Eisenbahnbau in Kleinasien nicht zu berücksichtigen. Wir sind aber überzeugt, daß es auch für Deutschland äußerst wichtig wäre, zu einem Abkommen zu gelangen, das die Anlässe zu Mißverständnissen und Konflikten beseitigen würde. Zur Vollendung des grandiosen Baus der Bagdadbahn sind immer noch

Digitized by Google

bedeutende Anstrengungen und Geldaufwendungen erforderlich. Ihn zu verhindern, sind wir nicht imstande. Ist es nicht statt dessen besser, sich aktiv an dem Abkommen zu beteiligen, durch welches auch unsere Interessen eine gesetzliche Anerkennung und Befriedigung erlangen würden?*)

*) Diese Zeilen waren gesetzt, als wir die Nachricht lasen, daß die Türken beschlossen haben, die Samsun—Siwas-Linie zu bauen. Unwillkürlich drängt sich die folgende Gegenüberstellung auf. Unter der alten Ordnung erhielten wir von den Türken die Zusage, daß wir im Falle der Errichtung dieser Linie die bevorzugten Konzessionäre sein würden. Um diese Zusage zu erlangen, hatten wir weder den Sultan noch seine Minister der Gefühle besonderer Liebe und Freundschaft zu versichern. Unter der neuen Ordnung scheint unsere Diplomatie mit Ausdrücken und Beweisen herzlicher Freundschaft, von der sie plötzlich der Türkei gegenüber erfaßt wurde, nicht zu sparen. Das Resultat: Die Türken befestigen den Bosporus, kaufen Panzerschiffe und eilen mit dem Bau der Samsun—Siwas-Linie.

Digitized by Google

VI

Wenn das anglo-französische Abkommen die erste Etappe in der Bildung der neuen politischen Konstellation war, so bedeutete das darauffolgende anglo-russische Abkommen einen weiteren wichtigen Schritt in derselben Richtung. Die darauffolgenden Jahre haben noch bestimmter die neue Gruppierung der Mächte unterstrichen, und zwar: England, Frankreich, Rußland einerseits, Deutschland und Österreich andererseits. Zwischen ihnen balancierte Italien, wobei es Mitglied des Dreibundes gegen den eigenen Willen blieb und sich gleichzeitig dem Viermächteabkommen als Mitglied anschloß.

Tatsächlich haben sich die Bedingungen, unter denen sich Italien dem austro-deutschen Bündnis im Jahre 1882 anschloß, wesentlich verändert. Damals mußte Italien zwischen einem Bündnis mit diesen Mächten oder mit Frankreich wählen. Aber ein Bündnis mit Frankreich war für die Sicherheit des jungen Königtums unzureichend; die Befestigung der inneren Lage stand im Vordergrund seiner Interessen. Außerdem legte Italien Wert auf das monarchische Prinzip, das soeben im neuen Staate Wurzel gefaßt hatte; ein Bündnis mit der Republik würde kaum zur Befestigung dieser Wurzel beigetragen haben. Aber das Haupthindernis für ein Bündnis mit Frankreich und

Digitized by Google

gleichzeitig der wichtigste Grund für den Anschluß an den Dreibund war die Besetzung von Tunis durch die Franzosen. In der geographischen Nähe von Tunis zu Sizilien, das der Vorposten Italiens im Mittelmeer ist, erblickten die italienischen Staatsmänner eine Gefahr für ihr Land. Zur Annäherung an Deutschland bewog sie andererseits die Hoffnung, daß die italienischen Häfen die natürlichen Durchfuhrpunkte für den deutschen Handel sein würden; — damals konnte man noch nicht die gigantische Entwicklung der Seeschiffahrt Deutschlands wie seiner Nordhäfen voraussehen.

Über das Verhältnis Italiens zu Österreich vor dem Eintritt in den Bund gibt folgender Auszug aus dem Artikel eines der angesehensten Anhänger des Dreibundes, Marselli, im Jahre 1881 einen Begriff: „Stellen wir uns nun folgende Frage vollkommen klar," schrieb er, „da die Macht der Umstände Österreich nach Saloniki drängt und Frankreich antreibt, sich längs der Nordküste Afrikas auszudehnen; da es ferner nicht in der Gewalt Italiens liegt, sich gleichzeitig der einen wie der anderen Bewegung zu widersetzen — welche von beiden bedeutet für uns das kleinere Übel? . . . Es genügt, einen Blick auf die Karte des Mittelmeerbeckens zu werfen, um zu begreifen, daß die größte Gefahr für uns darin besteht, daß Frankreich sich gegenüber von Sizilien und in geringer Entfernung von diesem unserem Vorposten festsetzt, den wir im Kriegsfall einbüßen würden. Das Ägäische Meer ist weit, aber einen schmalen Wasserweg zwischen Marsala und der Landzunge von Kap Bon bildet der gegenwärtige sizilianische Golf. Die Gefahr seiner Besetzung durch eine Großmacht wie Frankreich ist viel ernster als die, die durch die Fest-

Digitized by Google

setzung einer Seemacht zweiten Ranges in Saloniki entstünde.“*)

In dem Maße, wie die Jahre gingen, erfaßte Italien eine immer wachsende Enttäuschung über die Illusionen, die es sich über die ökonomischen Vorteile des Dreibundes gemacht hatte. Andererseits blieb in den breiten Volksschichten Norditaliens ein lebensstarkes Gefühl des Widerwillens und sogar des Hasses von den Erinnerungen an die österreichische Herrschaft zurück. Dieses Gefühl wurde durch die Blutsverwandtschaft mit der Bevölkerung der angrenzenden italienischen Provinzen Österreichs wach gehalten. Der Irredentismus stand der Begründung absolut aufrichtiger Beziehungen zwischen den Verbündeten als unüberwindliche Schranke im Wege. Dazu kam noch die allmählich steigende Entwicklung der Industrie in Italien hinzu, wie auch das Bestreben, eine Großmacht zu sein und zu scheinen.

Derselbe französische Minister, der das anglo-französische Abkommen zustande brachte, Herr Delcassé, betrachtete die Besserung der Beziehungen zu Italien als seine Aufgabe. Diese erfüllte er denn auch vollkommen, unter Mitwirkung eines der hervorragendsten französischen Diplomaten, Herrn Barrère, der noch jetzt Botschafter der Republik beim Quirinal ist. Zwischen Frankreich und Italien kam im Jahre 1901 ein Abkommen zustande, das sich in Noten und mündlichen Erklärungen bezüglich des Mittelmeeres äußerte. Infolgedessen vollzog sich augenscheinlich die Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1902 unter veränderten Bedingungen. Als Erwiderung auf die

*) Angeführt bei Loiseau, L'équilibre adriatique, Paris 1901, Perrin, p. 12.

Digitized by Google

Frage des Deputierten Chastené am 3. Juli 1902 erklärte Herr Delcassé, daß die Bundesverpflichtungen Italiens „weder direkt noch indirekt gegen Frankreich gerichtet seien" und daß „in keinem Fall und in keiner Form Italien Helfershelfer oder Werkzeug eines Überfalles über unser Land werden könne".*) Kraft des Abkommens erlangte Italien völlige Aktionsfreiheit in Tripolis und Frankreich in Marokko.

Wir haben bereits gesehen, daß auf der Konferenz in Algeciras der italienische Bevollmächtigte für Frankreich stimmte. Im vorliegenden Falle ließ sich die italienische Politik nicht nur von der Treue dem Abkommen vom Jahre 1901 gegenüber leiten, sondern auch von der Besorgnis, daß anstatt Frankreichs Deutschland in Marokko Fuß fassen könnte, was für die italienischen Interessen im Mittelmeer eine unvergleichlich größere Gefahr bilden würde.

Zur Besserung der Beziehungen Italiens zu Frankreich hat nicht wenig der Bruch des letzteren mit dem Balkan beigetragen. Unserer Ansicht nach war dies ein großer Fehler der französischen Regierung, die allzusehr dem Druck der Freimaurer nachgab und leichten Herzens ihre Politik im Orient einer jahrhundertealten Stütze beraubte, die das Protektorat Frankreichs über die katholischen Institute bedeutet. Wie dem aber auch sei, der Bruch mit dem Vatikan näherte Frankreich dem Quirinal. Die italienische Politik schenkte seit der Thronbesteigung des Königs Viktor Emanuel dem nahen Osten besondere Aufmerksamkeit; sie bemühte sich, sich den Umschwung der franzö-

*) Vgl. Lemonon, loco cit., p. 484.

Digitized by Google

sischen Politik zunutze zu machen und ihre Stelle im Protektorat der italienischen religiösen Institute einzunehmen.

Dies Interesse für den nahen Osten wurde mit jedem Jahr zu einem immer stärkeren Ferment der Entfremdung zwischen Italien und Österreich. Die wirtschaftlichen Interessen des südwestlichen Italiens lenkten natürlicherweise die Aufmerksamkeit der italienischen Diplomatie auf die gegenüberliegende Küste der Adria. Hier stieß sie auf die alten Tendenzen Österreichs. Als zu Beginn des Jahres 1908 Baron Aehrenthal mit dem Projekt der Sandschakeisenbahn hervortrat, war die Erregung in Italien kaum geringer als in Rußland. Das serbische Projekt der durchschneidenden Eisenbahnlinie mit dem Ausgang nach der Adria fand die lebhafteste Zustimmung Italiens. Die russische Politik ihrerseits, die keine Möglichkeit hatte, das Durchsickern des wirtschaftlichen Einflusses Österreich-Ungarns in die ihm benachbarten slawischen Staaten und Provinzen zu bekämpfen, nahm mit Vergnügen die Möglichkeit wahr, dem österreichisch-deutschen Bazillus das italienische Gegengift entgegenzustellen. Baron Aehrenthal, der die schlummernden Gewalten der slawischen Einigkeit weckte, unterstrich gleichzeitig die Interessengemeinschaft Italiens und Rußlands auf dem Balkan.

Digitized by Google

VII

Im Frühling 1908 blieb im nahen Osten formell alles beim alten. Das austro-russische Abkommen war noch nicht gelöst, und in Saloniki lebten ein russischer und ein österreichischer Zivilagent. Aber im Juni desselben Jahres tauschten in Reval der russische und der englische Monarch hochbedeutsame Trinksprüche aus, die eine Anspielung darauf enthielten, daß das Abkommen zwischen ihren Regierungen sich bei weitem nicht auf die Interessen in Asien beschränke. Bald meldete die Presse von einem von der russischen und der englischen Regierung gemeinsam ausgearbeiteten neuen Aktionsprogramm in Mazedonien.

Schreiber dieser Zeilen bereiste damals gerade den nahen Osten. Die neuen Strömungen in Europa konnten wie immer am stärksten in Konstantinopel wahrgenommen werden. Der Einfluß Österreichs und Deutschlands auf die türkischen Regierungskreise schien unbegrenzt. Im Zusammenhang mit der Ankunft des bekannten Reformators der türkischen Armee, von der Goltz-Pascha, in der ottomanischen Residenz, die er fünfzehn Jahre vorher verlassen hatte, sprach man sogar vom Abschluß eines Bündnisses zwischen den beiden germanischen Staaten und der Türkei. Es ist schwer zu sagen, inwiefern diese periodisch wiederkehrenden Gerüchte zutreffend waren. Am wahrscheinlichsten ist, daß die Türkei sich damals

Digitized by Google

nicht entschlossen hätte, wie sie sich auch heute nicht entschließen würde, ihr Schicksal mit einer europäischen Kombination zu verknüpfen, in der richtigen Annahme, daß ihre Verbündeten sich bemühen würden, möglichst viele Vorteile für sich herauszuschlagen und möglichst wenige als Ersatz dafür der Türkei zu bieten. Aber jedenfalls kennzeichnen diese Gerüchte die allgemeine Orientierung der politischen Lage an den Ufern des Bosporus sehr zutreffend.

Während die diplomatischen Kanzleien sich mit Reformprojekten beschäftigten und mit Projekten darüber, wie diese Reformen zu vereiteln wären, trugen sich in der Türkei, unerwartet für sie selbst, Ereignisse zu, die alle diese schlau erdachten Berechnungen und Erwägungen auf den Kopf stellen sollten. Mir war es beschieden, den ersten Schuß zu hören, mit dem am 23. Juni 1908 die jungtürkische Revolution in Monastir ausbrach, die am 11. Juli mit der Proklamierung der Verfassung enden sollte. Indem ich der Lockung widerstehe, mich den lebhaften Erinnerungen an diese jüngste Zeit hinzugeben, will ich nur in Kürze die folgenden Ereignisse ins Gedächtnis rufen.

Sie trugen einen ebenso impulsiven unerwarteten Charakter wie die Ursache, die sie hervorgerufen. Die Umwälzung kam, wie oben bemerkt, unerwartet für die Türkei selbst, ja man kann sagen sogar für die eigentlichen Urheber, deren Erfolge ihre stolzesten Erwartungen übertrafen. Diese Tatsache wird einfach und natürlich dadurch erklärt, daß die ganze Vorbereitungsarbeit der Jungtürken einen heimlichen, unterirdischen Charakter trug, und sie nicht wissen konnten, inwiefern ihre Ideen für das allgemeine Verständnis zur Reife gediehen waren, inwiefern

Digitized by Google

sie in der Armee und in der gebildeten türkischen Gesellschaft Widerhall gefunden hatten.

Nachdem die Jungtürken zur Macht gelangt waren und die alte Ordnung niedergeworfen hatten, wandten sie sich, wie es natürlich war, anfangs gegen alle, die das alte Regime unterstützt hatten. Diese Stimmung spiegelte sich sogleich auch auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen wider. Deutschland schien über Nacht seine ganze frühere Stellung in Konstantinopel eingebüßt zu haben. Das gesteigerte nationale Selbstbewußtsein der Schöpfer der Umwälzung machte dem alten Regime einen besonders schweren Vorwurf aus der erniedrigenden Haltung der Türkei vor den Mächten. Davor hatten die früheren Freunde der Türkei sie nicht schützen können und wollen, da sie ihre privilegierte Stellung nur zu deren Ausbeutung benutzten.

Die Mißstimmung gegen Deutschland wurde von einem Aufschwung der Sympathie für England begleitet, das die Schöpfer der neuen Ära als das Palladium der politischen Freiheit feierten.

Die unerwartete jungtürkische Umwälzung, ihre Schnelligkeit und straffe Organisation, die sich in einer erstaunlichen Ordnung äußerte, machten auf die europäische öffentliche Meinung einen enormen Eindruck. Die Engländer änderten auf einmal ihre Politik, indem sie Gönner der türkischen Regierungsgewalt wurden, in demselben Maße, in welchem sie bis dahin die Beschützer der Christen in der Türkei waren.*) Die russische Diplomatie

*) Wie ephemer alle diese Veränderungen waren, können wir jetzt beurteilen, wenn wir von dem zahlreich besuchten Meeting in Konstantinopel am 10./23. Oktober 1910, der zum Protest gegen die

Digitized by Google

war in der ersten Zeit mit diesem Ausweg aus der Sackgasse, in die sie die mit Österreich gemeinsame Reformpolitik getrieben hatte, zufrieden. Alle, schien es, waren bereit, der neuen Türkei Kredit zu gewähren und an den realen Sinn jener symbolischen Manifestationen zu glauben, die die Jungtürken in der ersten Zeit veranstalteten, indem sie veranlaßten, daß ein griechischer Bischof einen bulgarischen Priester, ein Serbe und Armenier einen türkischen Mullah oder Soldaten umarmte.

Aufmerksame Beobachter konnten jedoch bald unterscheiden, daß diese Verbrüderung nur eine Dekoration bildete und daß das Wesen der neuen Ordnung in einem starken Aufschwung des türkischen Nationalismus bestand, der von der Wiederherstellung eines mächtigen Ottomanischen Reiches träumte, in welchem die bürgerliche Gleichheit mit der Idee einer einzigen ottomanischen Nation verknüpft wäre. Die Österreicher und Bulgaren haben zuerst die wahrscheinlichen Folgen dieser Stimmung vorausgesehen; die Lage Österreichs in den besetzten

Politik der Engländer in Persien einberufen war, lesen. „Reschid Ibrahim entfesselte einen wilden Enthusiasmus, indem er die Hörer daran erinnerte, daß Persien als Bindeglied zwischen der Türkei und Indien dient. „Sobald die Türkei ihren Einfluß in Indien spüren lassen und die „moslemische" Armee auf ihre Seite bringen wolle, werde die Herrschaft Britanniens ein Ende nehmen." Ein anderer Redner, Abdullah-Efendi, der England ein Jahr zuvor als Mitglied der Parlamentsgruppe besucht hatte, erklärte, daß die westlichen Länder von ihrer Zivilisation, von ihrem Christentum, vom 20. Jahrhundert sprechen mögen, daß aber ihre Zivilisation eine Fäulnis, ihr Christentum eine Schmach sei, und was das 20. Jahrhundert anbetrifft, so anerkenne der Islam nur das 14. Jahrhundert. Auf demselben Meeting wurde mit großem Enthusiasmus der Antrag angenommen, an Kaiser Wilhelm ein Telegramm zu senden, mit der Bitte, die Rolle des Retters des moslemischen Reichs zu übernehmen. (Vgl. „Times", 24. Oktober 1910.)

Digitized by Google

Provinzen hätte sich sehr schwierig gestalten können; gleicherweise hätte die Fiktion eines Vasallenverhältnisses Bulgariens dem Sultan gegenüber in den Türken leicht das Bestreben wachrufen können, diesem Verhältnis eine reale Bedeutung zu verleihen. Unter dem Einfluß dieser Erwägungen meinten die Österreicher und die Bulgaren, sie dürften nicht zögern, ihre faktischen Rechte zu legalisieren, solange die junge Türkei noch nicht organisiert sei und äußere Verwicklungen sich vermeiden ließen.

Baron Aehrenthal benutzte seine Zusammenkunft mit dem russischen Minister in Buchlau im September 1908, um in der Form eines „akademischen Vorschlags" auf die Möglichkeit einer endgültigen Annexion von Bosnien und Herzegowina aufmerksam zu machen, und fragte ihn nach seiner Meinung darüber. Der überrumpelte Iswolski schickte voraus, daß er, da er keine Instruktionen habe, nur seine persönliche Meinung äußern könne; diese bestand darin, daß die Annexion der besetzten Provinzen eine wesentliche Verletzung des Berliner Vertrages wäre, wenn sie auch keine Kriegserklärung nach sich ziehen würde; sollte jedoch der Berliner Vertrag, der für alle Signatarmächte eine Verpflichtung darstelle, von einer von ihnen in irgendeinem Teile verletzt werden, so würde Rußland seine allgemeine Revision und entsprechende Kompensationen fordern. Die Revision des Berliner Vertrags müsse die Aufhebung der Rechte Österreichs im Sandschak Novibazar und innerhalb des Fürstentums Montenegro nach sich ziehen, ferner die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens. Die Kompensationen müßten in wirtschaftlichen Vorteilen für Serbien bestehen, und endlich in der Lösung der Meerengenfrage im Sinne einer freien Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe.

Digitized by Google

Beide Minister schätzten die Bedeutung des zwischen ihnen stattgehabten „akademischen" Meinungsaustausches ganz verschieden ein. Während Iswolski den Schwerpunkt seiner Erklärung darin sah, daß Rußland seine Zustimmung nur zu einer vollständigen Revision des Berliner Vertrags und nicht zu einer partiellen Verletzung desselben geben würde, entnahm Baron Aehrenthal der Unterhaltung nur die Folgerung, die ihn interessierte, und zwar die, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina keinen casus belli bilden würde. Diese Erklärung gab ihm ohne Zweifel bedeutende Aktionsfreiheit, und er hatte nicht einmal nötig, beim verbündeten Deutschland die Zustimmung für weitere Schritte im voraus nachzusuchen. Es sei nebenbei bemerkt, daß unsere öffentliche Kritik die Haltung des russischen Ministers in Buchlau allzu streng kritisiert hat. Es wurde sein Vertrauen in den „akademischen" Charakter der Unterhaltung ins Lächerliche gezogen. Aber dabei blieb es den breiten Kreisen des Publikums unbekannt, daß ähnliche akademische Vorschläge als roter Faden durch alle Beziehungen Rußlands und Österreichs laufen, begonnen vom austro-russischen Abkommen vom Jahre 1897, das seinerseits nur eine Fortsetzung der vorhergehenden Aussprachen zwischen beiden Mächten, begonnen von der berühmten Zusammenkunft in Reichstadt im Jahre 1875, war. Es blieb auch die kategorische Zusage wenig bekannt, die unser Minister von seinem österreichischen Kollegen in Buchlau erhalten hatte, daß man ihn jedenfalls rechtzeitig verständigen werde, wenn ein endgültiger Entschluß über die Annexion der Provinzen gefaßt sein würde. Während aber der russische Minister durch Europa reiste, um den Boden zur Durchführung seiner Anschauung über

Digitized by Google

die Revision des Berliner Vertrages vorzubereiten, verlor Baron Aehrenthal keine Zeit. Als Iswolski in Paris eintraf, erhielt er gleichzeitig die zugesagte „rechtzeitige Verständigung" und sah sich zwei vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt: der Proklamierung der Unabhängigkeit Bulgariens und der Annexion Bosniens und der Herzegowina.

Für unsere Aufgabe genügt es, an die Entwicklung der weiteren Ereignisse nur kurz zu erinnern. Als Iswolski nach Petersburg zurückgekehrt war, begegnete er dort unerwartet einem wahren Sturm der öffentlichen Meinung, die über Österreich empört war und von der russischen Diplomatie eine feste Haltung in der Verteidigung der slawischen Interessen forderte. Die Voraussetzung von „Kompensationen" in Form der Öffnung der Meerengen wurde geradezu als ein Verrat an der slawischen Sache betrachtet, und der Minister wurde verurteilt, weil er die Frage über die Provinzen zum Gegenstand eines Handels habe machen können.

Heute, im Lichte der Mitteilungen, die in die Presse gedrungen sind und kontrolliert werden können, muß man anerkennen, daß viele dieser Beschuldigungen in sich zusammenfallen. Die Frage über die mögliche endgültige Annexion beider Provinzen durch Österreich wurde, wie wir bereits sagten, wiederholt erörtert und im positiven Sinne gelöst, wobei sie nur durch gewisse entsprechende Kompensationen bedingt wurde. A. P. Iswolski mußte mit der bereits lange vor ihm entstandenen Fragestellung rechnen. Man kann die Bedeutung dieser Kompensationen verschieden einschätzen, insbesondere derjenigen, die die Meerengenfrage betrifft — aber das steht schon wieder auf einem andern Blatt. An und für sich war die Frage der Kompensationen, zu der auch die für

Digitized by Google

Serbien ausbedungenen Vorteile gehörten, eine rein praktische Erörterung, die für den verantwortlichen Leiter der äußeren Politik eines Staates absolut natürlich ist. Schließlich hat die Veränderung des Besitztitels im Verhältnis der österreichischen Krone zu den Provinzen faktisch nichts geändert. Wie die Ereignisse zeigten, hat sie sogar auf das Schicksal der letzteren wohltuend gewirkt, weil die österreichische Regierung ihren Entschluß durch die Einführung einer solch umfassenden Autonomie in der Provinz rechtfertigen mußte, daß die Manifestationen der Loyalität, die von seiten der Bevölkerung dem österreichischen Monarchen bei seinem Besuche in Sarajevo im Frühjahr 1910 dargebracht wurden, vollkommen verdient waren. Aber abgesehen von diesen Erwägungen, mußte sich der russische Minister zunächst fragen, ob Rußland die Durchführung des österreichischen Projekts verhindern könne. Die Antwort konnte damals nach der Ansicht von Leuten, die über den Zustand unserer Landesverteidigung am besten unterrichtet sind, nur negativ ausfallen. Man durfte auch nicht die Bedingungen des österreichisch-deutschen Vertrages aus dem Auge verlieren, der jede der beiden Mächte bei einem Angriff Rußlands zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichtet.

Berücksichtigt man dies alles, so gelangt man zum Schluß, daß man unserem Minister die von ihm ursprünglich eingenommene Position nicht so sehr zum Vorwurf machen kann wie die Tatsache, daß er nach seiner Rückkehr nach Petersburg sich allzusehr von der damals herrschenden allgemeinen Erregung fortreißen ließ und keine genügenden Maßnahmen traf, um die öffentliche Meinung über den wirklichen Sachverhalt und alle Be-

Digitized by Google

dingungen, mit denen er rechnen mußte, aufzuklären. Die politisch unerfahrene und in internationalen Fragen nicht unterrichtete Gesellschaft verlangte von der Kunst des einzelnen Diplomaten das, was nur durch die Mittel einer realen Pression erreicht werden konnte, und der Minister seinerseits hatte zu sehr auf seine Geschicklichkeit vertraut. Der ganze Winter 1908/09 verstrich auf diese Weise für die russische Diplomatie in der Verteidigung schwer zu verteidigender Positionen. Diese undankbare Bemühung endete schließlich damit, daß wir unter dem Druck Deutschlands plötzlich nachgaben, nachdem Österreich sich mit der Türkei über die Anerkennung der Annexion gegen eine bestimmte Entschädigung verständigt hatte. Die Annexion der Provinzen durch Österreich wurde von uns und daraufhin auch von den anderen Mächten anerkannt. Als ernsthafte Kompensationen kann man dabei den Verzicht Österreichs auf die Rechte, die es im Berliner Vertrag im Sandschak Novibazar erlangt hatte, und ebenso die faktische Emanzipation Montenegros von seiner Kontrolle anerkennen. Die Proklamierung Montenegros zu einem Königreich im August 1910 war der letzte Widerhall des stürmischen Winters.

Der für unsere Eigenliebe peinliche Vorfall hatte für uns auch seine gute Seite: er bestimmte die Regierung und die Duma, Maßnahmen zur raschen Wiederherstellung unserer Armee zu ergreifen; im November 1910 meinte der „Temps", daß die russische Armee in Europa wieder dieselbe Macht darstelle wie im Jahre 1904. Übrigens bleibt, nach der Meinung kompetenter Persönlichkeiten, auf diesem Gebiete noch viel mehr zu vollbringen übrig, als schon geschehen ist.

Digitized by Google

VIII

Wir haben die knappe Darstellung der Hauptereignisse der äußeren Politik bis zur jüngsten Zeit durchgeführt und müssen nun noch einen letzten Blick auf die allgemeine internationale Lage werfen und die Position feststellen, die Rußland, kraft historisch entstandener Aufgaben und Bedingungen, darin einnimmt.

Wir können aus der letzten Krise einige Lehren für uns ziehen. Im Streit mit Österreich sah sich die russische Diplomatie bei weitem nicht isoliert. Ihre Vorstellungen fanden tatsächlich die Unterstützung und die Sympathie erstens Frankreichs, zweitens Englands und drittens Italiens. Möglich, daß in der Überschätzung dieser Unterstützung auch einer der Fehler in den Berechnungen der Leiter unserer äußeren Politik bestand. Wir wollen durchaus nicht den Wert des Bündnisses mit Frankreich leugnen, das seiner Bestimmung in Friedenszeit vollkommen gerecht wird. Es ist sehr möglich, daß es im Kriegsfalle auch der Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht ausweichen würde, aber wir müssen uns darüber genau Rechenschaft geben, inwiefern die Möglichkeit eines Krieges für Frankreich selbst eine viel ernstere Frage bildet als für die Mehrzahl der übrigen Großmächte. Seit dem Jahre 1871 hat Frankreich nicht aufgehört, einen verzweifelten Kampf mit Deutschland auf dem Gebiete der Rüstungen zu führen. Es mußte

Digitized by Google

die ganze Zeit das Prozentverhältnis der Reserven der allgemeinen Bevölkerungszahl gegenüber erhöhen, aber es gelang ihm nicht, Deutschland einzuholen. Während die Bevölkerung Frankreichs stationär geblieben ist, indem sie sich im ganzen um 30000 bis 40000 im Jahr erhöhte,*) übertrifft der jährliche Zuwachs Deutschlands 900000 Personen. Zugleich mit dem Geburtenrückgang steigt der Reichtum Frankreichs. Die Pariser Börse allein setzt jährlich 100 Milliarden verschiedener Werte um. Frankreich ist der Bankier der ganzen Welt geworden, und der Einfluß der Finanzen äußert sich mit jedem Jahr stärker in seiner äußeren Politik, deren Vorzüge und Mängel er ausmacht. Einerseits ist die französische Diplomatie die eifrigste Anhängerin des Friedens in allen Ecken des Erdballs, weil es, glaube ich, keinen Ort gibt, an den das französische Kapital nicht gedrungen wäre oder dessen Verwicklungen sich nicht in der Börse widerspiegelten. In diesen ihren Bemühungen zeigt die französische Diplomatie viel Glanz und Talent und erwarb sich die Achtung und die Anerkennung der ganzen zivilisierten Welt. Aber das Kapital hat letzten Endes nur einen schwachen Zusammenhang mit der Heimat und ist geneigt, eine kosmopolitische Färbung anzunehmen. Und die äußere Politik Frankreichs, die den Frieden predigt und die Geschäfte seiner

*) Der Bevölkerungszuwachs in Frankreich im Jahre 1909 sank bis auf 13424. Man muß berücksichtigen, daß nach der Zahl der Ehen im Verhältnis zur allgemeinen Bevölkerungszahl Frankreich eine der ersten Stellen einnimmt; zugleich hat die Zahl der Totgeborenen während der vier Jahre von 1905 bis 1908 den Geburtenzuwachs für dieselben Jahre um 21072 übertroffen. Diese Ziffern führen an und für sich eine zu beredte Sprache, als daß man sie noch mit Kommentaren versehen müßte.

Digitized by Google

Bankiers besorgt, lähmt immer mehr die Fähigkeiten zu entschlossenen Aktionen, indem sie den Weg der Kompromisse beschritt, worin sie eine wirkliche Meisterschaft erlangt hat.*) So haben die Franzosen während des Hauptgefechts unserer diplomatischen Kampagne von 1908 bis 1909 ein Abkommen mit Deutschland über die Marokkoangelegenheiten geschlossen. An und für sich hätte natürlich dieses Abkommen unsere vollste Sympathie haben können, aber die Wahl des Augenblicks, während zwischen Petersburg und Wien das Duell stattfand, war kaum ganz einwandfrei für eine Abmachung unseres Sekundanten mit dem Sekundanten des Gegners. Was Deutschland betrifft, so hat es, indem es das Abkommen traf, natürlich Ziele verfolgt, die einen nur indirekten Zusammenhang mit Marokko haben, weil es seinerseits nur Konzessionen machte. Wir irren kaum, wenn wir annehmen, daß es zu dieser Nachgiebigkeit kam, teils um Österreich gefällig zu sein, das Frankreich von Rußland weglocken wollte, teils

*) Im Herbst 1910 machte die französische Regierung den interessanten Versuch, die Interessen des Kapitals den Forderungen der äußeren Politik zu unterstellen. Ungarn wurde das Recht verweigert, eine 500-Millionen-Anleihe in Paris zu realisieren, von der ein Teil für Rüstungen, d. h. jedenfalls für die Verstärkung des Dreibundes, bestimmt war. Gleichzeitig wurde die Erlaubnis zu einer Anleihe an die Türkei zurückgehalten, bis letztere einige Bedingungen teils finanziellen, teils politischen Charakters erfüllt haben würde. Schließlich ist auch keine Verständigung erzielt worden, und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Der autoritative Finanzkorrespondent des „Temps" warnte seine Regierung vor einem Mißbrauch des Vetorechts, das das Kapital veranlassen werde, nach Umwegen zu suchen. Nach seinen Worten „haben leider die Moral und der Patriotismus bei der Wahl der Werte für die Kapitalsanlage keine praktische Bedeutung!"

Digitized by Google

weil es hoffte, die Kotierung seiner Werte an der Pariser Börse zu erlangen.

Aus diesem Grunde mußte man, als für die russische Diplomatie der Augenblick kam, den Tatsachen scharf ins Auge zu sehen und sich selbst zu fragen (andere zu fragen, wäre unvorsichtig gewesen), in welcher Form eine fremde Unterstützung geleistet werden könnte, zu der Einsicht gelangen, daß unser Bundesgenosse Frankreich sich kaum ernstlich die Möglichkeit vorgestellt hatte, uns dieselbe energische, durch tatsächliche Kriegsbereitschaft bekräftigte Unterstützung angedeihen zu lassen, die Deutschland durch seinen „freundschaftlichen" Rat in Petersburg Österreich erwiesen hatte. Noch weniger konnte man auf England rechnen, das es wahrscheinlich vorgezogen hätte, wenn in Europa, wie kürzlich in Asien, seine Freunde und Rivalen ohne es, aber für es seine Rechnungen beglichen. Hinsichtlich Italiens besteht kaum ein Zweifel: wie stark auch die Stimme seiner Neigung sein mochte, die Stimme der Vernunft hätte es wahrscheinlich überredet, den Augenblick abzuwarten, da es sich herausstellen würde, wer der Sieger sei, und diesem dann zu helfen, seinen Sieg zu vollenden.

Deutschland hat augenscheinlich die unzulängliche Festigkeit im anderen Lager benutzt, indem es hoffte, durch sein Auftreten zwei Ziele zu erreichen: Österreich fester an sich zu ketten und die Angehörigen der Quadrupelentente einander zu entfremden. Diese Aufgabe ist jedoch dem Berliner Kabinett nicht gelungen. Die Gegenbesuche unseres Kaisers in England und Italien im Sommer und im Herbst 1909, ebenso die Reise unserer Deputierten nach London und Paris haben die neue politische Grup-

Digitized by Google

pierung, die so vielen wesentlichen Interessen der zu ihr gehörigen Mächte entspricht, eher befestigt als geschwächt.

Welcher Schluß kann aus dieser Situation gezogen werden? Auf den ersten Blick nur der eine: die Notwendigkeit, die bestehenden Abkommen zwischen den vier Mächten durch Bündnisverpflichtungen zu ersetzen und zu ergänzen. Wir finden diesen Schluß jedoch allzu voreilig und teilen ihn bei weitem nicht.

Zunächst darf man Verpflichtungen und papierne Garantien allein nicht als zureichende Sicherstellung ihrer Durchführung betrachten. Wir wollen das Vertrauen weder zu unserem Verbündeten noch zum Prinzip der Bündnisse überhaupt untergraben. Einer der wesentlichsten Vorzüge der letzteren besteht nach unserer Ansicht in der Möglichkeit für die Verbündeten, in Friedenszeiten ein allgemeines Programm der Kriegsbereitschaft vorzubereiten und die Übereinstimmung ihrer Streitkräfte anzustreben. Eine derartige vorbereitende Arbeit kann im Falle des Kriegsausbruchs unersetzliche Dienste leisten.

Aber um einen Krieg zwecks Durchführung der Bündnisverpflichtungen allein und nicht wegen eigener Lebensinteressen zu riskieren, dazu ist immerhin eine bedingungslose Entschlossenheit notwendig, zu der sich nicht jeder Staat — und nicht immer — fähig erweisen würde.

Man darf auch nicht übersehen, daß schon der Abschluß eines neuen Bündnisses von den anderen Mächten nicht gleichgültig hingenommen werden würde. Indem sie das vorhandene allgemeine Kräfteverhältnis einer bedeutenden Verschiebung unterzieht, kann schon die Tatsache eines neuen Bündnisses, mag dieses auch von der aufrichtigsten Friedensliebe diktiert sein, ein den Wünschen

Digitized by Google

seiner Urheber gerade entgegengesetztes Ergebnis zur Folge haben.

Von diesen allgemeinen Erwägungen wollen wir zur konkreten Aufrollung der Frage übergehen, inwiefern die Durchführung eines Quadrupelbündnisses möglich und erwünscht ist. Da die Lösung dieser Frage mit dem Austritt Italiens aus dem Dreibund verknüpft ist, so wollen wir uns zunächst mit dieser Macht beschäftigen. Oben sahen wir, wie das Auftreten des Freiherrn v. Aehrenthal mit dem Projekt der Sandschakeisenbahnlinie zuerst eine Annäherung zwischen Italien und Rußland herbeiführte, indem es diesen Mächten die Solidarität ihrer Interessen auf dem Balkan zum Bewußtsein brachte. Nebenbei sei bemerkt, daß das Hauptverdienst in dieser Sache unserem verstorbenen Botschafter in Rom, N. W. Murawjew, gehört, dessen Tod für die russische Diplomatie einen schweren Verlust bedeutet.

Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich einer von mir seinerzeit aufgezeichneten Unterhaltung mit einem der hervorragendsten französischen Diplomaten, der zugleich der beste Kenner des modernen Italiens ist. Die Unterhaltung wurde im Mai 1908 geführt. Ich will sie hier wiedergeben, weil ich die internationale Lage Italiens und sein Verhältnis zu dem Drei- und Zweibund nicht besser charakterisieren könnte.

„In Rußland hat man allzulange Italien als eine quantité négligeable betrachtet," begann der Diplomat. „Dieses Verhalten Ihrer Regierung ist mir immer falsch erschienen. Erstens gibt es in der Politik keine quantités négligeables. Zweitens wäre eine solche Schätzung speziell Italiens unrichtig. Gewiß, es ist noch keine Großmacht

Digitized by Google

im vollen Sinne des Wortes, aber für alle Mächte bildet es eine äußerst wichtige ergänzende Kraft. Wenn Sie wollen, entspricht die reale Macht Italiens noch nicht ganz den Aufgaben, die es sich in der äußeren Politik stellt. Dadurch ist zum Teil die eigenartige politische Lage Italiens zu erklären.

„Es ist Mitglied des Dreibundes. Ab und zu unterstreichen die Italiener demonstrativ ihre Treue gegen dieses Bündnis. Was für eine reale Bedeutung hat es jedoch in Wirklichkeit? Haben sich die Bedingungen, unter denen das Bündnis entstanden war, nicht von Grund aus verändert? Seinerzeit erblickte Italien in Frankreich einen Feind. Alle Anstrengungen seiner Rüstungen waren auf die französisch-italienische Grenze gerichtet. Aber während es im Nordwesten in dieser Richtung arbeitete, hat es im Osten nichts unternommen. Es besann sich erst, als ihm durchaus nicht dort, wo es sich zur Abwehr vorbereitet hatte, ein wirklicher, gefährlicher Rivale erstanden war. Es war genau so, wie wenn ein Mensch seinen Rücken mit einem Panzer bedecken und seine Brust ungeschützt lassen wollte.

„Der Antagonismus zwischen Italien und Österreich wegen der Vorherrschaft in der Adria ist eine Tatsache, über die keine äußeren Freundschaftsbezeugungen hinwegtäuschen können. Es liegt im Wesen der Sache, sowohl im Wesen ihrer Grenzbeziehungen wie auch in den sich gegenseitig ausschließenden Aufgaben beider Mächte im nahen Osten.

„Weshalb bleibt Italien im Dreibund?

„Zunächst deshalb, weil es nicht stark genug ist, um sich offen von Deutschland zu trennen. Ein solcher Bruch

Digitized by Google

würde die austro-italienischen Beziehungen aufs äußerste zuspitzen, während Deutschland jetzt ein friedenstiftendes Element unter den Bundesgenossen ist. Aber im positiven Sinne des Wortes können weder Italien noch die Bundesgenossen auf irgendwie ernsthafte gegenseitige Unterstützung im Kriegsfalle rechnen. Einerseits wird Deutschland immer die Interessen Österreichs in der Adria unterstützen, andererseits wird Italien niemals etwas unternehmen, um seinem deutschen Verbündeten gegen den einzigen Feind, auf den man es bei Gelegenheit hetzen könnte: gegen Frankreich, zu helfen. Als Gewähr dienen nicht nur die direkten Interessen Italiens, sondern schon allein die Existenz des anglo-französischen Abkommens. Für Italien ist es faktisch unmöglich, wenn es auch wollte, gegen Englands Willen einen Finger zu rühren. Sein Schicksal ruht in der Hand Englands. England kann Italien vernichten, und die italienischen Staatsmänner sind sich darüber völlig klar.

„Wollen Sie meine persönliche Ansicht wissen? Mir scheint, daß dieser Sachverhalt vielleicht in mancher Beziehung für Rußland wie für Frankreich vorteilhafter ist als eine entschiedene Sprengung des Dreibundes. Bei den bestehenden Beziehungen kann Italien gar keine Gefahr für sie bilden. Seine Interessen drängen es in konkreten Fragen zu einer Annäherung an sie und an England. Deutschland und Österreich drücken bei diesen „Extratouren" ein Auge zu, indem sie sich bemühen, Italien im Bunde zu behalten. Wenn aber Italien offen in das Lager des Zweibundes überginge, so könnte es, ohne für den letzteren nützlicher geworden zu sein, an die neuen Bundesgenossen Forderungen stellen, auf die

Digitized by Google

es jetzt kein Recht hat. Gar nicht davon zu reden, daß die allgemeine politische Lage sich dann nur zuspitzen würde."

Dieser Ansicht des französischen Diplomaten schließen wir uns ganz an, wie auch seiner Abschätzung einer gegenwärtig für Rußland und für Frankreich unerwünschten scharfen Trennung Italiens von seinem deutschen Bundesgenossen. Die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibund bedeutet kaum etwas mehr als das Versprechen der Neutralität von seiner Seite, ein Versprechen, das ohne Zweifel nach dem Bismarckschen Rezept den unausgesprochenen Vorbehalt: rebus sic stantibus, enthält. Ein Bruch hingegen könnte nur in dem Falle eintreten, daß Italien entschlossen wäre, Österreich den Krieg zu erklären. Können wir etwas Ähnliches wünschen?

Noch eine andere Frage haben wir unbeantwortet gelassen. Wenn der Anschluß Italiens an den Zweibund sich uns gegenwärtig als nicht zweckentsprechend darstellt, so würde sich vielleicht die Lage ändern, wenn sich England dem russisch-französischen Bündnis anschlösse. Was würde ein Bündnis mit England Rußland einbringen?

Bevor ich eine Antwort auf diese komplizierte Frage gebe, betrachte ich es als Pflicht, zu betonen, daß ich nicht die geringste Kompetenz auf militärisch-maritimem Gebiete für mich in Anspruch nehme; wenn ich jedoch einige allgemeine Erwägungen strategischen Charakters nicht ganz vermeiden kann, so geschieht dies nur, weil es angesichts des engen Zusammenhangs zwischen ihnen und den allgemein politischen Abschätzungen unvermeidlich ist. Infolgedessen muß ein jeder Stratege auch Politiker sein und ein jeder Politiker gewissermaßen Stratege . . .

Digitized by Google

Welche Folgen würde ein anglo-russisches Bündnis in Asien haben können? Wir sahen bereits, daß eine der Haupttriebfedern der Annäherung an Rußland für England das Verlangen war, die Sicherheit Indiens garantiert zu sehen. Wir hätten ähnliche Forderungen dem neuen Verbündeten bezüglich des fernen Ostens stellen und ein Bündnis mit England wünschenswert, z. B. für den Fall von Verwicklungen mit Japan, finden können. Erinnern wir uns jedoch, daß gerade gegen Japan England uns keine Hilfe leisten könnte, weil es mit dieser Macht schon durch ein Abkommen verbunden ist, das im Jahre 1905 auf zehn Jahre verlängert wurde. Kraft dieses Bündnisses ist jede der kontrahierenden Mächte verpflichtet, der anderen im Kriegsfalle, wenn auch gegen einen Gegner allein, zu Hilfe zu kommen. Außerdem haben gegenwärtig unsere Beziehungen zu Japan eine viel sicherere Garantie in dem oben erwähnten Abkommen mit dieser Macht erlangt. Wenn ein Bündnis mit England im fernen Osten nutzlos und unrealisierbar ist, so liegt diese Frage bezüglich unserer Lage in Europa viel komplizierter. Würde ein Bündnis mit England unsere Sicherheit in Europa erhöhen?

Wenn man als wahrscheinlichen Hauptgegner des gedachten Bündnisses Deutschland voraussetzt, so werden wir wohl begreifen, daß es im Interesse Englands liegt, solche kontinentale Mächte zu Bundesgenossen zu haben, die über bedeutende Armeen verfügen, weil es unzweifelhaft ist, daß sie die Hauptlast und die Schrecken des Krieges zu tragen hätten. Man kann sich übrigens vorstellen, daß bei einer weiteren Reorganisation der englischen Armee Großbritannien vielleicht in der Lage sein würde, eine hunderttausendköpfige Armee zur Unterstützung

Digitized by Google

Frankreichs nach dem Kontinent zu werfen, und daß es auf diese Weise für den letztgenannten Staat unter gewissen Bedingungen vorteilhaft sein könnte, ein Bündnis mit England einzugehen. Aber was würde ein ähnliches Bündnis Rußland einbringen? Und die ungeheure Flotte, deren Hilfe gerade uns, die wir gar keine Flotte haben, so nützlich sein könnte? hören wir erwidern. Aber gerade dieser Umstand, d. h. das Fehlen einer eigenen ernst zu nehmenden Flotte im Baltischen Meere, würde die Unterstützung der englischen Flotte für uns, wenigstens unter den gegenwärtigen Bedingungen, im Falle eines Krieges kaum wertvoll machen. Nehmen wir einmal an, daß es Deutschland tatsächlich einfallen würde, Krieg mit uns zu führen. Ist es nicht natürlich, anzunehmen, daß es sich bemühen würde, alles Vorteilhafte seiner Technik zur raschesten Mobilisierung der Armee, der Flotte und zur Konzentration einer möglichst großen Anzahl von Transporten in seinen Häfen auszunutzen, was durch seine enorm entwickelte Handelsschiffahrt erleichtert wird? Falls es dabei mit einer eventuellen Einmischung Englands rechnen müßte, würde es nicht die notwendigen und augenscheinlich gar nicht schwierigen Maßnahmen ergreifen, um die von der Nordsee ins Baltische Meer führenden Meerengen zu schließen? Binnen einer kurzen Frist würde die deutsche Flotte kraft dieses Umstandes Herrin der Lage im Baltischen Meer werden, und unter ihrer Deckung wäre eine deutsche Landung von 150000 bis 200000 Mann an jedem beliebigen Punkt der baltischen Küste möglich. Diese plötzliche Landung erhält erst ihre volle Bedeutung, wenn man gerade den Vorsprung der rascheren deutschen Mobilisierung vor der unseren berücksichtigt, wie auch die

Digitized by Google

Möglichkeit, gleich nach Beginn der kriegerischen Operationen unsere Residenz zu bedrohen. Da muß man doch eingestehen, daß solange wir im Baltischen Meere keine Flotte haben, die stark genug wäre, einen Überfall der deutschen Flotte zurückzuschlagen oder wenigstens die Möglichkeit einer feindlichen Landung für eine gewisse Zeit zu verschieben, um durch diese Verschiebung die Langsamkeit unserer Mobilisation auszugleichen — solange auch ein Bündnis mit England uns kaum vor der Gefahr einer plötzlichen Landung schützen könnte.

Aus diesem Grundsatz können verschiedene Schlüsse gezogen werden. Erstens: wenn unsere Sicherheit auf dem Baltischen Meere durch aktive Seekräfte und die Art der Mobilisierung ungenügend gesichert ist, so muß man sich bemühen, sowohl die Flotte als auch die Mobilisierungsmittel auf die angemessene Höhe zu bringen. Wir wollen diesen Schluß, dessen Ausführung Spezialisten auf militärisch-maritimem Gebiete zusteht, nicht bestreiten. Es genügt zu bemerken, daß wir noch lange nicht in der Lage sein werden, an die Schaffung einer Flotte zu denken, die der Deutschlands gleichkäme; zunächst müssen wir uns mit bescheideneren Aufgaben der Landesverteidigung begnügen, und zwar damit, die Berechnungen des Feindes zu vereiteln, die sich darauf stützen, daß eine Landung an unserer Küste rascher zu ermöglichen wäre, als für uns eine entsprechende Mobilisierung der Armee.

Dann erhebt sich folgende Frage: Wenn sich diese Aufgabe dank den Maßnahmen, die bei uns auf dem Gebiete der Landesverteidigung getroffen werden würden, als durchführbar erwiese, würde da nicht die Einwendung gegen die Zweckmäßigkeit eines Bündnisses mit England

Digitized by Google

beseitigt und wäre dieses dann nicht in jeder Beziehung wünschenswert? Bemerken wir zunächst, daß, da England nicht in der Lage ist, uns vor einer plötzlichen deutschen Landung zu schützen und diese Aufgabe nur unseren eigenen Kräften gestellt werden kann, die spätere Hilfe Englands, wie siegreich auch die Aktionen ihrer Flotte sein mögen, unsere Aufgaben in einem Kriege mit Deutschland kaum erheblich erleichtern könnte; nach den ersten Aktionen wird sich der Krieg bestimmt auf dem Festlande und nicht auf der See konzentrieren. Je mehr Niederlagen zur See Deutschland erleidet, desto weniger Gründe würde es haben, Frieden zu schließen, bis die Niederlagen zur See durch Siege zu Land wettgemacht sein werden.

Ein Bündnis zwischen zwei oder drei Mächten kann als zweckmäßig nur in dem Falle betrachtet werden, wenn eine jede von ihnen sich ungefähr in den gleichen Bedingungen befindet. Die dargelegten Anschauungen müssen uns dahin führen, daß die Bündnisverpflichtungen im vorliegenden Fall bei weitem nicht gleichmäßig verteilt wären. Aber vielleicht wird diese Ungleichheit aufgewogen dadurch, daß ein Krieg mit Deutschland ein größeres — oder auch nur das gleiche — Risiko bedeutet als ein Krieg mit England.

Beide Fragen können nur negativ beantwortet werden. Wenn wir die gegenwärtige internationale Lage genau betrachten, so überzeugen wir uns, daß man sie ohne jede Gezwungenheit in den Hauptzügen als eine grandiose Rivalität zwischen England und Deutschland charakterisieren kann. Dieser Rivalität liegen nicht Zufall, Neigungen oder Antipathien, sondern tiefe soziale und wirtschaftliche Ursachen zugrunde. Die Bevölkerung Deutschlands hat

Digitized by Google

sich seit seiner Einigung mehr als um das Anderthalbfache vermehrt und zählt gegenwärtig gegen 65 Millionen. Laut der Zählung vom Jahre 1907 waren nur 27,4 Prozent der Bevölkerung im Ackerbau tätig, während in der gesamten Industrie 42,75 Prozent, im Handel 13,41 Prozent beschäftigt waren.

Das Wachstum der Ein- und Ausfuhr in Deutschland in einem Jahrfünft ersieht man an folgender Zusammenstellung nach Tausenden von Mark:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1903	6321146	5130271
1904	6854465	5315437
1905	7436263	5841817
1906	8438553	6478608
1907	9003323	7100583

Diese Ziffern sind natürlich nur ein sehr knapp gefaßter Beleg für das Wachstum der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Man darf auch nicht aus dem Auge verlieren, daß der jährliche Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahren zirka 900000 erreicht. Wenn wir jetzt die Karte des Kolonialbesitzes beider Mächte überblicken, so wird sie uns, wie vorbereitet wir auf den zwischen ihnen bestehenden ungeheuren Unterschied auch sein mögen, äußerst nachdenklich stimmen. Bereits vor zehn Jahren verglich der verstorbene Fürst S. N. Trubetzkoi Deutschland mit „einem ungeheuren Dampfkessel, der mit außerordentlicher Schnelligkeit einen Überschuß von Dampf entwickelt, der eines Ausweges bedarf; einen solchen Ausweg zu schließen, Deutschland seiner Sicherheitsventile zu berauben, hieße eine Explosion hervorrufen, die sowohl

Digitized by Google

für Deutschland selbst wie für seine Verbündeten und seine Nachbarn gefährlich wäre." *)

Dem Wachstum des Außenhandels entsprechend, vermehrt sich auch die Kriegsflotte Deutschlands. Im Jahre 1909 riefen in England die Ziffern über die gigantische Entwicklung des deutschen Schiffbaus, des Ausbaus der Werften und Docks, wie auch über die enorme Ausdehdehnung der Kruppschen Werke eine Panik im Parlament hervor. Im Jahre 1910 hat der englische Premierminister eingestanden, daß das traditionelle Prinzip des Zweimächtestandards für Zahl und Stärke der englischen Flotte schon nicht mehr wie früher angewandt werden könne. Das liberale Kabinett mußte trotz seiner Antipathie gegen „unproduktive" Ausgaben im Jahre 1909 einen Kredit für acht Panzerschiffe statt vier nachsuchen, um die Lücke auszufüllen, die infolge der Verzögerungen entstanden war. Alljährlich entstehen Debatten über die Notwendigkeit für beide Mächte, zu einem Abkommen zu gelangen, um das Wachstum des Flottenbaues zu regulieren, aber bisher hatten diese Versuche kein anderes Ergebnis als immer steigende Kredite für die Flotte hüben wie drüben. Schließlich erscheint trotz den zahlreichen wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Kriegshemmungen, die mit jedem Jahre zunehmen, das Wachstum des Kriegsmarineetats als eine gewisse Gefahr, weil die Zahlungsanspannung sogar solcher reichen Staaten wie Deutschland und England ihre Grenzen hat; sie erfordert diese oder jene Lösung, die entweder durch ein Abkommen, das ihr Einhalt tut, oder durch die Ausnutzung der angehäuften Vernich-

*) Vgl. Gesammelte Werke von Fürst S. N. Trubetzkoi, Bd. 1, S. 44 (russisch).

Digitized by Google

tungswerkzeuge herbeigeführt werden kann. Wir wissen nicht, welche von beiden Strömungen die Oberhand gewinnen wird, wir nehmen aber an, daß eine jede neue Anhäufung von Kräften, die dank neuen Bündnissen entstehen kann, ein Abkommen zwischen den rivalisierenden Mächten eher verschieben als herbeiführen würde.

Leider zeigen die letzten Wahlen in England, neben dem auch von dem jetzigen liberalen Kabinett öfter geäußerten aufrichtigen Verlangen, ein Abkommen mit Deutschland zu treffen, den Erfolg der Ideen des Protektionismus und des Begünstigungssystems in den Beziehungen der Metropole zu den Kolonien Englands. Wenn diese Ideen in England siegen, so werden dadurch viele der „Sicherheitsventile" für den Überschuß des deutschen Dampfes geschlossen werden. Die Ausfuhr Deutschlands nach dem Vereinigten Königreich bezifferte sich in dem relativ wenig günstigen Jahre 1908 auf 38030642 Pfund Sterling, die Einfuhr auf 33400273; die auswärtigen und kolonialen Produkte mit eingeschlossen, belief sich die allgemeine Einfuhr Deutschlands aus dem Vereinigten Königreich auf 46381882 Pfund Sterling.*) Man darf wohl fragen, wie sich ein Sieg des Protektionismus in England in diesen Ziffern des anglo-deutschen Warenaustausches widerspiegeln und ob Deutschland angesichts der wahrscheinlichen schweren Folgen für seine Industrie sich teilnahmlos verhalten würde?

Es liegt uns fern, Alarm schlagen zu wollen. Wir sind davon überzeugt, daß die ganze heutige Entwicklung Englands und Deutschlands, der wachsende Wohlstand

*) Statesman's year-book 1910, S. 849.

Digitized by Google

und die Demokratisierung dieser Länder den stärksten Einfluß im Sinne der Wahrung des Friedens, mit dem die Interessen so vieler Millionen arbeitender Klassen und Kapitalisten verbunden sind, ausüben. Aber wir sahen bereits, daß dieselben Interessen unter gewissen Bedingungen die deutsche Regierung zu einer gewaltsamen Lösung der allzu angespannten Lage zwingen können.

Welche Haltung ist für Rußland angesichts derartiger Tatsachen am natürlichsten? Sollen wir wirklich unser Schicksal mit dem einer der Parteien in diesem Streit, der uns nicht direkt angeht, verknüpfen? Ist denn eine absolut natürliche Neutralität nicht vorzuziehen, die den Interessen des Friedens und folglich auch England und Deutschland viel mehr nützen würde?

Wir haben bereits auf die unbestimmte und gefahrdrohende Lage hingewiesen, die durch die englisch-deutsche Rivalität geschaffen wird. Existieren ähnliche Motive in unseren Beziehungen mit Deutschland?

Zunächst wollen wir bemerken, daß von keiner wirtschaftlichen oder kolonialen Rivalität zwischen den beiden Mächten die Rede sein kann. Im Gegenteil, die inneren Produktionsverhältnisse und die geographische Lage schufen für den Absatz der Industrieerzeugnisse Deutschlands in Rußland, wie für unseren Getreideabsatz in Deutschland, absolut natürliche Bedingungen; diese Tatsache können weder der landwirtschaftliche Protektionismus Deutschlands noch die hohen Schutzzölle unserer Industrie aus der Welt schaffen. Wie die Statistik zeigt, steht unser Handelsumsatz mit Deutschland unabänderlich in erster Reihe, sowohl der Ausfuhr wie der Einfuhr nach, indem er den Handel mit England, der seiner Bedeutung nach

Digitized by Google

die zweite Stelle in unserem Außenhandel einnimmt, erheblich übertrifft. Dies wird durch folgende Ziffern klar vor Augen geführt:

Einfuhr aus	1906	1907	1908
	in Tausenden von Rubeln		
Deutschland	270390	315688	320061
England . .	104415	114598	121043

Ausfuhr nach	1906	1907	1908
	in Tausenden von Rubeln		
Deutschland	283950	290846	278648
England . .	225431	228494	220059

Im Falle eines Krieges würde Deutschland riskieren, wenn nicht ganz den russischen Markt zu verlieren, so doch jedenfalls die von ihm auf demselben eingenommene ausschließliche günstige Lage für lange einzubüßen. Was würde es statt dessen erhalten, sogar im Falle eines raschen und ihm günstigen Kriegsausganges? Einen bedeutenden Teil der baltischen Küste einstecken? Aber es genügt doch nicht, in Kriegszeit ein gewisses Territorium zu okkupieren, man muß es auch nach Friedensschluß behalten können. Welche Anspannung von Kräften und Mitteln würde von Deutschland die Besitzergreifung eines Teiles des russischen Territoriums erfordern, der nicht in irgendeinem entfernten Grenzgebiet läge, sondern schon seit Jahrhunderten mit Rußland ganz eins geworden und für die staatliche und wirtschaftliche Selbständigkeit dieses Volkes von 160 Millionen Köpfen unentbehrlich ist! Wir sprechen gar nicht davon, was Deutschland seine Siege kosten würden. Für uns persönlich stellt sich eine solche Perspektive als etwas absolut Sinnloses und

Digitized by Google

Unmögliches dar, und wir sind davon überzeugt, daß alle mehr oder minder ernstlich Denkenden in Deutschland dies vollkommen verstehen und mit der Ansicht Bismarcks über die Nachteile, das sogar ein siegreicher Krieg mit Rußland für Deutschland haben müsse, übereinstimmen.

Noch eine andere Eroberung könnte Deutschland im Falle eines Krieges mit uns machen, nämlich Russisch-Polen. Deutschland weiß schon jetzt nicht, wie es jenen relativ geringen Teil des früheren polnischen Königreichs verdauen soll, der ihm eine ebenso notwendige wie schwere Last ist. Das Königreich Polen Österreich zu überlassen, im Falle eines gemeinsamen Krieges und Sieges über Rußland, hieße den ersten ernsten Schritt zur Wiederherstellung des geschichtlichen Polens machen, weil Russisch-Polen, mit Galizien vereinigt und die gleiche Autonomie genießend, die drohendste Gefahr für die Sicherung der Integrität und der Ruhe im preußischen Posen werden würde. Noch mehr, eine derartige Kompensation an Österreich würde der Anfang vom Ende des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich werden; denn auch ohne dies ist das natürliche Anwachsen des Slawentums in Österreich eine ernste Gefahr für die Vorherrschaft des Deutschtums in diesem Staat.

Auf Grund aller dieser Tatsachen darf man annehmen, daß ein Krieg mit Rußland keine realen Vorteile für Deutschland bietet. Es bleiben jedoch zwei Möglichkeiten bestehen, die Anlaß zu einem solchen Krieg bieten könnten. Die erste wäre die, daß Deutschland ernste Ursachen hätte, ein englisch-russisches Bündnis zu fürchten, oder daß ein solches wirklich zustande käme. Dann würde der traditionelle *cauchemar des coalitions* eine konkrete und

Digitized by Google

positive Rechtfertigung erhalten. Zum Zwecke der Selbsterhaltung und der Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts könnte Deutschland natürlich den günstigen Augenblick erfassen, um einer solchen Koalition einen entscheidenden Hieb zu versetzen. Wahrscheinlich würde Deutschland einen Augenblick benutzen, da England anderweit beschäftigt wäre, um zum Schlag gegen Rußland auszuholen.

Als anderer Anlaß könnte das Erwachen der panslawistischen Tendenzen in der äußeren Politik Rußlands dienen. Dieser traditionelle schwarze Punkt in den Beziehungen des europäischen Westens uns gegenüber legt der russischen öffentlichen Meinung wie auch den verantwortlichen Leitern der Politik die Verpflichtung auf, die sogenannte slawische Frage nur mit der größten Behutsamkeit und Vorsicht zu behandeln.

Digitized by Google

IX

Wir haben gesehen, wieviel Blut und Opfer uns die Versuche einer Lösung dieser Frage im Südosten Europas gekostet haben. Nicht nur die Neigung und die Sympathie für die Stammesgenossen bestimmten Rußland dabei, indem sie Wellen nationalen Mitgefühls mit den leidenden Brüdern aufpeitschten. Hier sprach scheinbar ein sicherer Staatsinstinkt mit, der Rußland veranlaßte, treue und zuverlässige Bundesgenossen inmitten seiner moralischen und politischen Einsamkeit in Europa zu suchen und sich zu schaffen. Aber gerade weil in der slawischen Frage unsere Politik sich selten über das Gefühlsmäßige erhoben und niemals die Lage, die sich aus den Wechselbeziehungen Rußlands und des Slawentums ergab, bis zu Ende durchdacht hatte, gerade darum haben die Ergebnisse unseren Opfern nicht ganz entsprochen, und die Beziehungen zwischen Rußland und den Slawen behielten weiter einen zweifelhaften Charakter.

Der edle Schwung, mit dem unser letzter Krieg mit der Türkei begonnen hatte, endete mehr als jämmerlich auf dem Berliner Kongreß. Sind wir denn aber auch nach ihm der Befreiungssache der Slawen treu geblieben, als wir die Bulgaren unter unsere Vormundschaft bringen wollten und uns einer partiellen Durchführung desselben Programms widersetzten, das wir in San Stefano aufgestellt

Digitized by Google

hatten? Und wenn trotzdem die lichten Erinnerungen und Traditionen über die dunkeln auf dem Balkan überwiegen, können wir uns damit denn auch in unseren Beziehungen zu den anderen Slawen, zu den Polen, trösten? Drückt denn die Teilung Polens nicht auf uns wie eine sittliche und politische Sünde, die wir schwer bis auf den heutigen Tag büßen müssen?

Die vorliegende Skizze ist nicht der Ort, die innere Politik Rußlands an und für sich abzuschätzen. Außerdem möchten wir zunächst vermeiden, in der Beurteilung der realen Interessen des russischen Staatswesens die Maßstäbe der „Rechten" oder „Linken" anzulegen. Aber leider lenken gerade die allerrealsten Interessen, und durchaus kein Doktrinarismus, die Aufmerksamkeit auf einige schwerwiegende Fragen zurück, weil die Einsicht früher begangener Fehler und Sünden das Verständnis für die Gegenwart erschließt. Haben wir denn nicht mit eigenen Händen den natürlichen Puffer zwischen Rußland und dem Deutschtum vernichtet? Ist denn nicht auf den Ruinen Polens die Macht unserer Nachbarn entstanden?

Und schließlich, ist es nicht durch das Gespenst der polnischen Revolution Bismarck gelungen, die Aufmerksamkeit der russischen Regierung einzuschläfern, die ihm seinerzeit gestattete, Frankreich zu zermalmen und auf dessen Niederlage den wuchtigen Bau des Deutschen Reiches zu errichten?

Aber dies alles gehört jetzt der Vergangenheit an, und es liegt nicht in unserer Kraft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wie wir die Teilung Polens auch werten mögen, von seiner Wiederherstellung in den historischen Grenzen können nur Ideologen oder Dichter träumen; in

Digitized by Google

den Rahmen der Realpolitik gehört sie absolut nicht. Uns sind bescheidenere, aber durchführbare Aufgaben gestellt.

Gewährt dem Königreich Polen dieselben Rechte, die Galizien besitzt, oder beginnt wenigstens mit den allerelementarsten: mit der Volkssprache in den Schulen, mit der Freiheit der Religion und der Selbstverwaltung, flößt den Polen Glauben an die Aufrichtigkeit und die Festigkeit einer solchen Politik ein, und indem ihr diese Schritte zur Aussöhnung unternehmt, werdet ihr hundertfach in jeder Beziehung belohnt werden. Zunächst werdet ihr in der Lage sein, von den Russen auf die Polen einen bedeutenden Teil der Last zu übertragen, die jetzt in der Notwendigkeit besteht, den polnischen Boden mit ausschließlich russischem Blut zu schützen. Die Einführung des Prinzips der territorialen Mobilisierung in Polen würde uns von anderen unproduktiven Ausgaben befreien und die Möglichkeit schaffen, die freigewordenen Mittel mit größerem Nutzen zum Zwecke der Landesverteidigung und im Interesse des autochthonen Rußlands zu verwenden.

Leider hat unsere Regierung, abgesehen von den im Laufe der Geschichte angehäuften gegenseitigen Vorurteilen, an denen sowohl die Russen als die Polen schuld sind, niemals in ihrer Politik im Königreich Polen das ewige Schielen danach, was man in Berlin sagen werde, unterlassen können. Wir sprechen nicht davon, wie unangemessen eine solche Rücksichtnahme an und für sich, die dem Bundesgenossen Deutschlands, Österreich, in Galizien fremd ist, uns für eine slawische Großmacht erscheint. Ein solches Vorurteil muß sowohl im Interesse Rußlands als auch Deutschlands ausgerottet werden, weil

Digitized by Google

es nur die Beziehungen zwischen ihnen verschlechtert und nicht zur Befestigung jener traditionellen Freundschaft beiträgt, die zu schätzen wir allen Grund haben.

Wirklich, hat denn der Gedanke nicht etwas Beleidigendes, daß in bezug auf das Königreich Polen Rußland sich von anderen Besorgnissen leiten ließe als von denen, die ihm durch seine Würde und seine Interessen eingegeben werden? Hat denn Deutschland den leisesten Grund zur Unzufriedenheit in dem Falle, daß die russische Regierung es für notwendig erachten würde, normale Beziehungen mit einigen Millionen ihrer polnischen Untertanen herzustellen? Anzunehmen, daß ein Umschwung der Politik im Königreich Polen den Sieg der panslawistischen Ideen, den Deutschland befürchten könnte, bedeuten würde, hieße, sich eine absolut falsche Vorstellung von der Bedeutung eines ähnlichen Umschwungs machen.

In Wirklichkeit ging die russische Regierung in ihren Beziehungen zu Polen bisher gerade von jenen Ideen der Russifizierung und der gewaltsamen Stammesvereinigung aus, die dem Panslawismus zugrunde liegen. Dieselben Ideen haben eine Zeitlang auch unsere Politik Bulgarien gegenüber beseelt. Aber dieses Beispiel ist gerade mit der Erinnerung an ein vollständiges Fiasko des Panslawismus verknüpft. Gibt es wirklich noch Leute in Europa, die dies Gespenst noch immer spuken sehen? Der Panslawismus, oder vielmehr der Panrussismus, d. h. die Idee der Vereinigung des Slawentums unter der Vorherrschaft Rußlands, ist ein innerlich unhaltbares, praktisch undurchführbares Prinzip. Zunächst haben die Geschichte und Geographie es so gewollt, daß zwischen Rußland und den slawischen Territorien in Österreich und auf dem Balkan

Digitized by Google

nichtslawische Gebiete liegen, die noch zu unterwerfen wären; schon aus diesem Grunde allein ist in den Beziehungen Rußlands und des Slawentums kein vollständiger Vergleich mit der gegenseitigen Lage Preußens und der anderen deutschen Staaten möglich. Aber ferner schließt der ungeheure territoriale Umfang Rußlands den Wunsch nach jedem weiteren Landzuwachs aus, der den ohnehin ungefügen Staatsapparat nur noch komplizierter gestalten würde. Die Einigung Rußlands und des Slawentums und ihre Interessengemeinschaft können demnach auf eine völlig andere Basis begründet werden. Für Rußland ist es wichtig, daß in Europa das politische Gleichgewicht, das den Frieden garantiert, gewahrt werde, aber eine der Bedingungen des letzteren ist das nationale Gleichgewicht. Darin besteht das Interesse unserer persönlichen Selbsterhaltung, aber mit ihm berührt sich aufs engste die durch Formeln der Politik und des nüchternen Verstandes nicht zu erfassende Stammeszusammengehörigkeit mit den slawischen Völkern, deren selbständige und unabhängige Entwicklung eine notwendige Bedingung des oben erwähnten nationalen Gleichgewichts in Europa darstellt.

Wir können keine feindlichen Absichten gegen andere Völker und Staaten hegen; wenn aber Nationalitäten, die in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung stärker sind, die natürliche Tendenz äußern, schwächere, uns verwandte Völkerschaften und Staaten zu unterwerfen und zu assimilieren, so besteht unser Interesse darin, die letzteren nach Kräften zu unterstützen und ihre Rechte auf ihre Existenz und Selbstbestimmung zu schützen. Darin müßte nach unserer Anschauung auch die Hauptaufgabe der slawischen Politik Rußlands und ihr Unter-

Digitized by Google

schied von dem eroberungslustigen Panslawismus bestehen. Und der erste Schritt zur richtigen Selbstbestimmung Rußlands als slawischer Großmacht ist — wir wiederholen das als unsere feste Überzeugung — ein entsprechender Umschwung in seiner Politik in Polen. Ohne diesen Umschwung, wie überhaupt ohne eine Umkehr auf dem Gebiete der inneren nationalen Fragen zum Zwecke der Versöhnung mit den „Fremdvölkern" und der Befestigung des allgemeinrussischen Patriotismus, wird Rußland den Zustand der Schwäche, die seine äußere Macht paralysiert, nicht überwinden.

Ein Rußland aber, das mit den Polen und Finnen ausgesöhnt, das in seiner inneren Einheit stark und mächtig ist, wird den Slawen gegenüber ein Magnet werden, der sie alle anziehen und ihm in Europa wesentliche Stützen bei der Durchführung der Aufgaben des Friedensschutzes auf den Grundlagen nationalen Gleichgewichts schaffen wird. Vieles von dem, was hier gesagt ist, mag wie Zukunftsmusik klingen. Aber genießt denn eine derart verstandene slawische Politik, die für niemand eine Drohung ist, nicht Sympathie und Unterstützung in England, Frankreich und Italien? Schon jetzt hat man in diesen Ländern aufgehört, die „Verkosackung" Europas zu fürchten, und begreift, daß die Förderung einer selbständigen Entwicklung der slawischen Staaten und Völker das beste Gegengewicht gegen die Ausdehnung des Pangermanismus bildet. Nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die verantwortlichen Politiker in London, Paris und Rom sind ihrerseits bereit, Rußland in dieser Richtung zu unterstützen, die mit ihren Bestrebungen, dem Frieden feste innere Garantien zu sichern, zusammenfällt.

Digitized by Google

Wir sagten bereits, daß mit Berlin uns nur eine Politik des Panslawismus, die wir überhaupt als schädlich verwerfen, verfeinden könnte. Man darf jedoch nicht vergessen, daß auch aus der slawischen Politik des Schutzes des nationalen Gleichgewichts, die wir empfehlen, Gefahren erwachsen können, die uns vor möglichen Übertreibungen zurückhalten sollten. Keine Großmacht kann eine fremde Einmischung oder Pression auf ihre inneren Angelegenheiten und Zustände dulden. Wir müssen dessen stets in unseren Beziehungen mit Österreich, dessen slawische Bevölkerung die deutsche übertrifft, eingedenk sein. Es kann nicht die Aufgabe der russischen Regierung sein, auf das gegenseitige Verhältnis der nationalen Gruppen in Österreich-Ungarn einwirken zu wollen. Aber ein Umschwung in der inneren nationalen Politik und ein konsequentes diplomatisches Vorgehen auf dem Balkan würde natürlich von selbst endlich einen Umschwung im Verhältnis Österreich-Ungarns uns gegenüber zur Folge haben — dazu wäre es durch die slawische Majorität bei sich zu Hause gezwungen. Die österreichischen Polen würden natürlich ihr Verhältnis zu Rußland ändern, sobald sie den Glauben an einen Umschwung im Verhalten der russischen Regierung zu ihren Stammesgenossen gewonnen haben. Gegenwärtig aber bildet die Hauptstütze der deutschen Regierung Österreichs und folglich seiner Treue dem Dreibund gegenüber — der Block der Deutschen und Polen. In diesem Sinne gewinnen eine gewisse Bedeutung die Worte des Grafen Aehrenthal, die er dem Korrespondenten der „Nowoje Wremja" im Dezember 1909 sagte: „Wenn jemand einen Einfluß auf die Angelegenheiten Österreich-Ungarns ausüben könnte, so ist das nicht Deutschland, sondern Rußland."

Digitized by Google

Die Verhandlungen zwischen Rußland und Österreich, denen diese Erklärung vorausging, haben die gehegten Erwartungen nicht vollauf gerechtfertigt. Man muß dies bedauern, weil im Grunde eine Annäherung an Österreich für uns erwünscht ist, insofern sie dieser Macht Deutschland gegenüber größere Freiheit gewährt. Die Existenz eines unabhängigen Österreich ist eine ebensolche Notwendigkeit für Rußland wie für Europa, weil hier der Schwerpunkt des europäischen Gleichgewichts liegt.

Aus der offiziellen Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur, die die Ergebnisse der austro-russischen Verhandlungen verkündete, ging hervor, daß das Petersburger Kabinett als allgemein leitende Prinzipien der Politik auf dem Balkan folgende Grundsätze vorschlug: „1. die Aufrechterhaltung des Statusquo auf der Balkanhalbinsel; 2. da dem neuen Regime der Türkei die Rechtsgleichheit aller Nationalitäten zugrunde gelegt ist — der Schutz und die Befestigung dieser neuen Ordnung und 3. die Unabhängigkeit, Kräftigung und natürliche Entwicklung der kleineren Balkanstaaten." Das Wiener Kabinett anerkannte seinerseits, „daß in bezug auf die Balkanangelegenheiten eine völlige Übereinstimmung der politischen Prinzipien Österreich-Ungarns und Rußlands besteht", verzichtete aber auf die offizielle Mitteilung der Ergebnisse der Unterhandlungen an die interessierten Mächte, wie Iswolski angenommen hatte.

Uns interessiert in diesem Augenblick nicht so sehr die Tatsache, daß beide Mächte über eine Formfrage nicht zur Verständigung gelangt sind, wie der Umstand, daß sie offiziell die gleichen Prinzipien*) verkündeten, die in

*) Diese Tatsache hat Graf Aehrenthal zweimal in der Sitzung der Delegationen im Herbst 1910 betont.

Digitized by Google

ihrer Vertretung durch jene beiden Mächte, die zwei entgegengesetzten politischen Gruppierungen angehören, die Sanktion von ganz Europa gefunden haben. Indes enthalten sie ein ganzes Programm für die russische Politik auf dem Balkan; es kann ihm selbstverständlich manches hinzugefügt, aber kaum etwas genommen werden: ein Programm, das in unseren Augen einen Wert hat, insofern es mit jenen allgemeinen Anschauungen über die Beziehungen Rußlands zum Slawentum übereinstimmt, die uns als die einzig richtigen erscheinen.

In Wirklichkeit muß unsere Politik auf dem Balkan gegenwärtig zu erreichen suchen, daß die rein slawischen Interessen gleichzeitig allgemein-europäische Interessen werden. Zur Erlangung dieses Zieles ist es taktisch viel richtiger, das Prinzip der Unabhängigkeit der Balkanstaaten in den Vordergrund zu rücken als eine der Bedingungen des allgemeinen europäischen Gleichgewichts, und nicht als Forderung jener Rassen- und Gefühlsgründe, die in demselben Maße Rußland und das Slawentum vereinigen, wie sie die anderen Mächte abkühlen oder direkt verstimmen. Der erwähnten Aufgabe entsprechen vollkommen „die Unabhängigkeit, Kräftigung und die natürliche Entwicklung der kleineren Balkanstaaten", von denen in dem Projekt die Rede ist.

Eine solche Losung kann auf viel weiteren Widerhall und größere Unterstützung rechnen als das eine Zeitlang erörterte unpraktische und undurchführbare Projekt einer Balkanföderation. In der Presse wurden hauptsächlich zwei Projekte einer Föderation behandelt: das eine mit der Beteiligung der Türkei, das andere ohne sie.

Ein Bündnis der Türkei mit den Balkanstaaten stellt sich uns als eine Idylle dar, zu der das Bild der Wirklichkeit gar

Digitized by Google

nicht stimmen will. Hat denn aber gegenwärtig ein Bündnis zwischen Serbien und Bulgarien mehr Aussichten? Wir haben bereits gesehen, wie nahe einst eine Zollunion beider Staaten der Verwirklichung war und wie sie durch die Politikaster in Sofia und in Belgrad verhindert wurde. Leider ist die Idee einer Annäherung und eines Bündnisses, im allgemeinen gesprochen, nur bei den schwächeren Serben populär, während die Stärkeren, die Bulgaren, ihr viel weniger zuneigen. Beide slawischen Staaten konnten sich niemals über das Fell des Bären einigen, das sie schon teilten, bevor sie ihn erlegt hatten. Und wenn jetzt die Gerüchte von einer serbisch-bulgarischen Annäherung wieder auftauchen, so scheint es uns leider nur deshalb, weil der Bär auferstanden ist und es nichts zu teilen gibt, nicht nur in der Wirklichkeit, sondern einstweilen nicht einmal in den Träumen.

Das Gerede von einer Balkanföderation hat, ohne zu einem Resultat zu gelangen, jedoch die unerwünschte Folge, daß es den Verdacht der Türkei und der beiden germanischen Staaten erregt. Dabei wird gewöhnlich das Gerücht von einem angeblichen Bündnis Rußlands mit den Slawenstaaten angeführt. Dieses Gerede halten wir gleichfalls für schädlich. Im Falle, daß im nahen Osten Verwicklungen eintreten und Rußland aktiv vorgehen müßte, versteht es sich von selbst, daß die Slawen zusammen mit Rußland marschieren werden. Da wir aber alles, was von uns abhängt, tun wollen, um entscheidende Verwicklungen ganz zu vermeiden, so ist es für uns das Beste, weder in Bulgarien noch in Serbien trügerische Hoffnungen zu nähren, als ob Rußland bereit sei, jederzeit, wann sie es wünschten, ihnen zu helfen, statt abzuwarten, bis Rußland selbst fände, daß die Stunde dafür gekommen sei.

Digitized by Google

X

Die Unterstützung des neuen Regimes in der Türkei ist nach dem russischen Projekt durch die Beobachtung des in ihm verkündeten Prinzips der Gleichberechtigung der Nationalitäten bedingt. In Wirklichkeit bestand das Wesen des türkischen Nationalismus bisher tatsächlich im Entgegengesetzten. Die Jungtürken neigen dazu, keine Nationalitäten innerhalb der Grenzen des Ottomanischen Reiches, außer der einzigen ottomanischen Nation, anzuerkennen. Das Prinzip der persönlichen Gleichberechtigung machen sie von der Zugehörigkeit zu dieser Nation abhängig. Dieser Widerspruch wurzelt tief in der heutigen Lage der Türkei selbst und bildet ihre tragischste Seite.

Die jungtürkische Bewegung ging ausschließlich von den Türken, vornehmlich von der Armee, aus. Die Manifestationen von Gleichheit und Brüderlichkeit unter den Nationalitäten des Ostens, von denen wir sprachen, waren in der ersten Zeit nur unter dem frischen Einfluß der berauschenden Erfolge möglich. Aber sogar diese Kundgebungen flößten bald den strenggläubigen Türken Entsetzen ein, die sich allzusehr daran gewöhnt hatten, sich als die Herren, und die Christen als die unterjochten Rajahs zu betrachten. Als nun nach dem Honigmond der Freiheit die Zeit der Verwirklichungen herankam,

Digitized by Google

trat auch sofort das schicksalsschwere Dilemma hervor: Die Türkei ist in keiner Hinsicht dafür reif, sich in einen Verband autonomer und halbautonomer Provinzen nach der Art Österreichs zu verwandeln, zugleich aber kann die Beruhigung und die Verjüngung des Reiches nicht erreicht werden ohne die Befriedigung der loyalen Bestrebungen der Nationalitäten nach kultureller Selbstbestimmung. Ohne diese letztere Bedingung darf man auf einen sicheren Frieden mit den Balkanstaaten nicht rechnen, auch nicht darauf, daß die zentrifugale Bewegung aufhören wird, die die Hauptgefahr für die europäischen Provinzen der Türkei bildet. Was blieb nun übrig? Die Gewalt ging an diejenigen über, die sie mit Hilfe der Armee erobert haben. Die letztere ist die einzig sichere Stütze des jungtürkischen Regimes. Daraus wurde der notwendige Schluß gezogen: allen Reformen müsse die Reorganisation der Landesverteidigung und die Stärkung der Armee vorausgehen. Und die Jungtürken sparen keine Mittel für diese Aufgaben. Dies beweist ihr Budget für 1910, das mit einem Defizit von 10 Millionen Pfund abschloß, die Neuversorgung der Festungen, die ungeheure Bestellung von Gewehren und Artilleriegeschützen im Auslande und endlich der Ankauf neuer Kriegsschiffe in Deutschland.

Dabei werden in Mazedonien Maßnahmen angewendet, die sich mit dem Prinzip der Gleichberechtigung der Nationalitäten schwerlich vereinbaren lassen. Das Gesetz, das Gesellschaften von nationaler Färbung verbietet; die Maßnahmen, die, angeblich zum Kampf gegen die Banden getroffen, nur der Willkür der Behörden dienen; die Strafaktionen der Kriegsschiffe; Grausamkeiten, die bei der

Digitized by Google

Entwaffnung der Bevölkerung in Mazedonien verübt werden — dies alles unterscheidet die neue Ära nur wenig von den bösesten Tagen des alten Regimes. Am schlimmsten ist, daß man im vorliegenden Falle nicht nur die lokalen Behörden verantwortlich machen kann. Ihr Eifer wird augenscheinlich von den einflußreichen Organen der Jungtürken in Konstantinopel angefeuert. „Wir sind durchaus keine Anhänger von Weichheit und Mitleid," schrieb die Zeitung „Tanin" am 31. Oktober 1910. „Es ist zweifellos, daß Gerechtigkeit und Großmut nur schädliche Früchte in Mazedonien zeitigen. Während die Regierung gerecht und weise handelt, wächst die Gewalt und die Wut der wilden bulgarischen Bestien immer an. Die einzige Pflicht der Regierung besteht darin, eine Politik der Repressionen à outrance zu verfolgen."

Dies Urteil eines der einflußreichsten Organe in Konstantinopel genügt als Beispiel, um begreiflich zu machen, daß von innerer Beruhigung einstweilen keine Rede sein kann. Nicht nur die christliche Bevölkerung, sondern auch die wilden moslemischen Bergbewohner Albaniens geben sich mit den Ansprüchen der Jungtürken nicht zufrieden, und den letzteren hat es nicht wenig Mühe gekostet, mit dem albanischen Aufstand im Frühjahr 1910 fertig zu werden; um ihn zur Ruhe zu bringen, mußten den Forderungen der Rebellen große Konzessionen gemacht werden, die dem Nimbus des neuen Regimes zweifellos erheblich geschadet haben.

Die Unsicherheit der allgemeinen Lage der Türkei, die Schutzlosigkeit unserer Stammes- und Glaubensgenossen und, im Zusammenhang damit, die erwähnte Vermehrung der Rüstungen der Türkei und die neue Tendenz, große

Digitized by Google

Panzerschiffe zu erwerben — dies alles bedeutet für die russische Politik den Gegenstand ernster Besorgnis für Gegenwart und Zukunft. Man darf auch die Machenschaften der Türken in der an türkisches Gebiet angrenzenden persischen Provinz in der Nähe von Urmien, wo sie sich festsetzen wollen, nicht übersehen. Wenn wir natürlich auch die möglichst sichere Erhaltung des Friedens und die Beobachtung des Statusquo in der Türkei wünschen, so müssen wir doch die strategische Bedeutung einiger Maßnahmen, die direkt gegen uns gerichtet sind, aufmerksam verfolgen. So z. B. hat der Besitz von Urmien für die Türkei ein Interesse nur insofern, als er die Verbindung zwischen dem 6. Armeekorps in Bagdad und dem 4., das an der kaukasischen Grenze liegt, erleichtert. Andererseits befinden sich die Türken in ihrer maritimen Politik in viel günstigeren Bedingungen als wir. Gewiß, die jüngst in Deutschland erworbenen ziemlich alten Kriegsschiffe haben eher eine Bedeutung für den Fall eines Krieges mit Griechenland als mit uns.*) Aber in Zukunft kann es anders werden. Der Erwerb neuer Panzerschiffe ist für die Türken eine Frage der Zeit und des Geldes, wie auch des Eifers der guten Freunde, die diese Aufgabe erleichtern können, indem sie jederzeit das Erforderliche zu liefern vermögen. Für uns bildet die Verstärkung unserer

*) Die Türkei erwarb in Deutschland im August 1910 für den Betrag von 18 Millionen Mark zwei Panzerschiffe: „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ und „Weißenburg“ mit einer Wasserverdrängung von 9840 Tonnen ein jedes; die Frist des Dienstalters des ersten Panzerschiffes verstrich im April 1911, des zweiten im April 1912. — Fügen wir noch hinzu, daß unsere Schwarzmeerflotte gegenwärtig acht Panzerschiffe zählt, von denen vier eine Wasserverdrängung von 12480 Tonnen haben.

Digitized by Google

Schwarzmeerflotte durch große Kampfeinheiten von neuem Typ eine viel kompliziertere Aufgabe. Infolge der Sperrung der Meerengen für Kriegsschiffe in Friedenszeiten können wir keine Panzerschiffe im Auslande kaufen und zu uns bringen. Wir müssen sie auf dem Schwarzen Meer bauen und uns mit allem Notwendigen ausrüsten, entsprechend den maritimen Maßnahmen der Türken, die in jedem Augenblick einen für unsere Interessen äußerst bedenklichen Charakter annehmen können. Dabei können die Türken ihre Schiffe, wo und wie es ihnen beliebt, verwenden, während die unseren im Becken des Schwarzen Meeres festgehalten sind. Für den Fall, daß die Türkei Schiffe vom Dreadnoughttyp anschafft, würde in der Zeit, bis wir uns aufrafften, ähnliche Schiffe bei uns zu bauen (und für den Bau eines großen Panzerschiffes, vorausgesetzt, daß wir schon genügend leistungsfähige Werften dafür hätten, wären kaum weniger als drei Jahre erforderlich),*) die Bedeutung der Schwarzmeerflotte völlig zusammenschrumpfen. Noch mehr, wir würden nicht nur unser früher so drohendes Werkzeug der Pression auf die Türkei einbüßen, sondern es kann sogar ihre Flotte für uns eine gewisse Gefahr werden. Es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß im Falle eines Krieges der Türkei mit Rußland die Frage, in wessen Händen die Herrschaft

*) Es ist noch zu bemerken, daß drei Jahre eine Frist sind, die für den Bau eines Panzerschiffes in England und Deutschland ausreicht; aber bei uns wurden bisher die Panzerschiffe so langsam gebaut, daß sie veralteten, bevor sie fertig waren. Unter solchen Bedingungen kann man kaum auf rasche Ergebnisse des Schiffbaus im Schwarzen Meer rechnen. Es ist klar, daß nicht nur die veralteten Schiffe eines gründlichen Umbaues bedürfen, sondern das Marineressort selbst.

Digitized by Google

auf dem Schwarzen Meer bleibt, eine Bedeutung ersten Grades haben wird. Von der selbständigen Rolle der Flotte ganz zu schweigen, ist besonders zu Beginn der Kampagne für uns die Sicherung des Seeverkehrs zwischen unseren Schwarzmeerhäfen und dem Kriegsschauplatz in Asien äußerst wichtig.

Da wir einmal von den Maßnahmen des maritimen Schutzes sprechen, können wir die periodisch erörterte Frage von den Meerengen nicht mit Schweigen übergehen. Gegenwärtig bewahren die Bestimmungen der Londoner Konferenz vom Jahre 1871 über die Sperrung der Meerengen in Friedenszeiten für Kriegsschiffe aller Nationen ihre Geltung. Es ist bemerkenswert, daß in der Sitzung des Berliner Kongresses vom 11. Juli 1878 der englische Bevollmächtigte Lord Salisbury die ins Protokoll aufgenommene Erklärung abgab, daß in der Meerengenfrage sich England nur dem Sultan gegenüber gebunden fühle. In der nächsten Sitzung hingegen gab der russische Bevollmächtigte Graf Schuwalow eine Gegenerklärung, die ebenfalls zu Protokoll genommen wurde, daß „das Prinzip der Sperrung der Meerengen ein europäisches Prinzip", und daß dessen Wahrung nicht nur dem Sultan gegenüber obligatorisch sei, sondern auch allen Mächten gegenüber, die das Londoner Protokoll vom Jahre 1871 unterzeichnet haben.

Zwanzig Jahre gingen dahin. Im Jahre 1898 erhob die englische Presse Lärm, weil Schiffe der Freiwilligen Flotte, die Soldaten aus Odessa nach Wladiwostok beförderte, durch die Meerengen gefahren waren. Unter dem Einfluß der neuen Situation wurden die Rollen vertauscht. Rußland begann den englischen Standpunkt vom Jahre

Digitized by Google

1878 zu verteidigen, England den russischen. Als während des Krieges mit Japan die Vermutung auftauchte, daß Rußland das Schwarzmeergeschwader durch die Meerengen schicken werde, ließ England unzweideutig durchblicken, daß seine Flotte sich dieser Durchfahrt widersetzen würde. So änderte sich während der ganzen Zeit die Haltung der Mächte in dieser Frage, deren Geschichte mit dem Augenblick begann, da sich Rußland und Europa zum erstenmal der sogenannten orientalischen Frage gegenübergestellt sahen.*)

Unseren Interessen entsprach noch vor relativ kurzer Zeit die Anschauung, daß, solange die Türkei keine ernste Flotte hat, die Sperrung der Meerengen zweifellos gewisse Vorteile biete. Im Falle eines Krieges mit irgendeiner Macht sind wir, bei Neutralität der Türkei, bis zu einem gewissen Grade gesichert, daß der Kriegsschauplatz nicht nach dem Schwarzen Meer verlegt werden kann. Die mit uns Krieg führende Macht müßte mit dem Verhalten der anderen neutralen Staaten, die das Londoner Protokoll vom Jahre 1871 unterzeichnet haben, ernstlich rechnen. Ferner würde die Schließung der Meerengen in Friedenszeit einen gewissen Vorsprung im Falle des Ausbruchs eines Krieges gewähren, einen Vorsprung, den unsere Schwarzmeerflotte ausnützen würde, um im Notfall den Ausgang aus dem Bosporus zu sperren. Das sind die rein lokalen strategischen Vorteile der Schließung der Meerengen. Das Unvorteilhafte der Situation liegt ebenfalls im lokalen Charakter, durch den die Bedeutung der Schwarzmeerflotte beschränkt wird. Wir müssen unsere

*) Vgl. La mer Noire et les détroits de Constantinople par***, Paris 1889, S. 592—601.

Digitized by Google

Schiffe am Orte bauen und unterhalten, ihr Tätigkeitsgebiet ist auf das Schwarzmeerbecken beschränkt. In dieser Hinsicht befinden wir uns in einer weniger günstigen Lage als die Türkei und die anderen Mächte. Die gleichen Bedingungen für Rußland und die Türkei auf dem Schwarzen Meere zu schaffen, ist augenscheinlich eine der Aufgaben unserer Politik seit dem Abschluß des austro-russischen Abkommens. Zuletzt wurde die Frage der Meerengen vom russischen Minister des Äußern berührt im Zusammenhang mit der im Jahre 1908 geplanten europäischen Konferenz zur Revision des Berliner Vertrags. Soviel bekannt geworden ist, plante das russische Projekt die freie Durchfahrt durch die Meerengen nur für die Mächte, die an das Schwarze Meer angrenzen, d. h. für Rußland und die Türkei, vielleicht auch für Bulgarien und Rumänien. Aber zur Durchführung dieses Projekts war die Zustimmung des Konzerts der Mächte und zu allernächst der Türkei erforderlich. Wenn wir uns jetzt erinnern, daß Rußland nur einmal das Recht der Durchfahrt seiner Schiffe erhalten hat, und zwar laut Vertrag vom Jahre 1833, als Belohnung für die Unterstützung, die es dem Sultan gegen den ägyptischen Pascha erwiesen hatte, und daß nach acht Jahren es freiwillig auf dieses Recht unter dem Druck der Mächte verzichten mußte, so gelangen wir zum Schluß, daß wir gegenwärtig kaum ernste Aussichten haben, das Gewünschte zu erlangen. Im Jahre 1833 zitterte die schwache Türkei vor Rußland und warb um seine Gunst. Gegenwärtig befindet sich die Türkei in einem Aufschwung des nationalen Gefühls und betrachtet als ihr Hauptziel die Befestigung zu Land und zur See. Außerdem ist die internationale Lage bei weitem nicht derart, daß Rußland

Digitized by Google

auf die Zustimmung aller übrigen Mächte und sogar auf die zureichende Unterstützung Englands rechnen könnte. Jedenfalls würde die Lösung der Frage in dem oben angedeuteten Sinn, d. h. daß die Meerengen nur für die Küstenstaaten des Schwarzen Meeres geöffnet werden, natürlich für uns äußerst wichtig und wünschenswert sein, und wir meinen, sie sollte von unserer Diplomatie für jeden Fall bis zu einer bestimmten Zeit im Auge behalten werden. Was den Plan der Öffnung der Meerengen für die Schiffe aller Nationen betrifft, so protestieren wir entschieden gegen eine derartige Fragestellung. Die Möglichkeit, unsere Schwarzmeerschiffe nach dem Mittelmeer hinauszuführen, würde für uns sehr viel an Wert verlieren, wenn die ausländischen Mächte das Recht hätten, jederzeit ihre Schiffe in der unmittelbaren Nähe von Sebastopol und Odessa zu haben. Wir würden nicht nur die oben erwähnten Vorteile bei der Verteidigung, sondern auch unsere Lage als die stärkste Seemacht auf dem Schwarzen Meer einbüßen.

In der türkischen Presse wurde ein Projekt erörtert, das Schwarze Meer zu neutralisieren, nachdem all unsere Schiffe auf dem Weg durch die Meerengen nach dem Baltischen Meer gebracht worden wären. Dieses Projekt würde kaum der Erwähnung verdienen, wenn hinter ihm sich nicht augenscheinlich der Wunsch einiger einflußreicher Persönlichkeiten verbärge; der Erfindungsgabe der Jungtürken oder ihrer Einschätzung des gesunden Menschenverstandes der Russen macht es keine Ehre. Wirklich, welche Garantie kann uns eine solche Neutralisierung im Falle eines Krieges mit der Türkei bieten? Geht denn wirklich die Selbstsicherheit der Jungtürken so weit, daß

Digitized by Google

sie ernstlich hoffen, Rußland überreden zu können, daß es den Schutz seiner Würde und seiner Interessen ihrem guten Willen und ihrer Stimmung überlasse?

Die Lage, die sich für uns aus den neuen Tendenzen der maritimen Politik der Türkei ergab, veranlaßte unser Marineministerium, sich mit der Ausarbeitung folgender Projekte zu befassen: 1. die Neurüstung und die Umpanzerung der Schwarzmeerpanzerschiffe, 2. die Instandsetzung der Nikolajewschen und Sebastopoler Admiralitäten zwecks des Baues neuer Schlachteinheiten und 3. die Durchführung des ausgearbeiteten Planes der Verstärkung der Schwarzmeerflotte durch eine neue Brigade von Panzerschiffen von modernem Typ und moderner Leistungsfähigkeit.

Während wir diese Zeilen schreiben, ist es noch unbekannt, in welcher endgültigen Gestalt diese Projekte in der Reichsduma auftauchen werden, wie diese sich zu ihnen verhalten wird angesichts des verdienten Mißtrauens, das bisher unserem Marineministerium von unseren Volksvertretern entgegengebracht wurde. Uns scheint jedoch, daß, wie groß die Mißstände im „Tschusima-Ressort" auch sein mögen, unsere Volksvertreter eine schwere Verantwortung auf sich nehmen würden, wenn sie unter gewissen Bedingungen die Kredite zur Verstärkung der Schwarzmeerflotte verweigern würden. Sie müssen sich erinnern, daß auch bei den Türken nicht alles so mustergültig ist, wie es aus der Ferne erscheint. Außerdem, welcher Art die Mängel unserer Flottenmannschaft auch sein mögen, so hat sie doch einen unvergleichlichen Vorsprung vor den Türken durch die Tatsache der langjährigen Existenz unserer Flotte allein, während jene mit allem von vorne anfangen müssen.

Digitized by Google

Bevor jedoch die neuen großen Aufwendungen diskutiert werden, kann man sich fragen, ob nicht eine andere Lösung dieses Problems möglich ist, die sowohl uns als den Türken gestatten würde, eine Periode kostspieliger maritimer Rivalität zu vermeiden und zugleich die Aufrollung der ganzen Meerengenfrage zu umgehen.

Unseren gegenseitigen Interessen würde vielleicht ein Übereinkommen entsprechen, das das Wechselverhältnis des Kriegsschiffbaus der Türkei und Rußlands regulierte. Von diesem Grundsatz ausgehend, könnte man festsetzen, daß wir uns verpflichten, keine Schiffe auf dem Schwarzen Meer zu bauen von einer Tonnage, die unsere gegenwärtige übertrifft, unter der Bedingung einer entsprechenden Verpflichtung von seiten der Türken. Ein jeder Bau oder Erwerb eines Schiffes mit größerer Wasserverdrängung auf türkischer Seite würde Rußland das Recht gewähren, ein Schiff entsprechenden Kalibers durch die Meerengen ins Schwarze Meer zu führen. Die Türken riskieren nichts durch die Annahme dieses Vorschlags, weil sie einsehen müssen, daß im Falle der Weigerung uns kein anderes Mittel bleibt als die Verstärkung des eigenen Schiffbaus im Schwarzen Meer. Immerhin wissen sie, wie sehr unsere Mittel die ihren übertreffen, und andererseits ist eine maritime Rivalität kaum geeignet, die Beziehungen zwischen beiden Mächten zu bessern.

Für den Fall, daß sich dieses Abkommen als undurchführbar erweist, überlassen wir es Spezialisten, darüber zu urteilen, inwiefern der gegenwärtige Zustand unserer Defensive im Schwarzen Meer den Forderungen entspricht, die an sie gestellt werden können. Die unaufschiebbare Notwendigkeit eines zweckmäßigen und in allen Zeiten über-

Digitized by Google

einstimmenden Programms muß außer allem Zweifel bleiben. Indes, wie hat es sich damit bis in die letzte Zeit verhalten?

Seit dem Jahre 1883 war man entschlossen, die Schwarzmeerflotte neu zu schaffen; die Truppen des Odessaer Militärbezirks wurden in den Zustand des verstärkten Friedensbestandes versetzt. Dies alles verschlang erhebliche Gelder, unser Schiffbau richtete sich jedoch durchaus nicht nach den Bedürfnissen und Stärken der Landarmee. Die Schiffe wurden system- und planlos gebaut, wahrscheinlich nur dazu, um ab und zu dem feigen Sultan Furcht einzujagen und rasch nach Hause zurückzukehren, wenn eine irgendwie ernste Verwicklung während einer Flottendemonstration unsere Geschwader in eine schwierige Lage hätte bringen können. Könnte denn in der Tat die Flotte an und für sich bei einem ernsten Konflikt mit der Türkei eine erhebliche Rolle spielen, wenn hinter ihr nicht eine erhebliche Zahl von Transporten stünde, um eine bedeutende Armee nach dem feindlichen Territorium zu werfen?

Diese Frage wurde aktuell, als zur Zeit der armenischen Unruhen von einer, vielleicht sogar im Einverständnis mit einigen anderen Mächten auszuführenden, provisorischen Besetzung Konstantinopels die Rede war.

Und was geschah? Es zeigte sich, daß wir nicht genügend Transportmittel dafür haben. Diese traurige Entdeckung gab jedoch nicht den Anstoß zu einer zweckmäßigeren Verwendung der Staatsmittel. Wie früher wirkten drei Ressorts Seite an Seite: das eine schaffte Schiffe in Sebastopol an, das andere konzentrierte Truppen in Odessa, das dritte türmte Haufen von Papieren und Depeschen zwischen Petersburg und Konstantinopel auf, durch die die Sache nur wenig vorwärts kam.

Digitized by Google

Es versteht sich von selbst, daß derartige Zustände gegenwärtig vollkommen unzulässig sind. Wenn wir den Frieden im Orient wünschen, so dürfen wir nie vergessen, daß eine seiner Hauptbedingungen der Besitz einer achtunggebietenden Land- und Seemacht ist. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß Verwicklungen gegen unseren Willen entstehen können, und wenn wir nicht in der Lage sein sollten, sie abzuwenden, so dürfen sie uns jedenfalls nicht unvorbereitet überraschen. Niemand weiß, wie sich die Ereignisse in der Türkei gestalten werden. Möglich, daß die pessimistischen Befürchtungen sich nicht erfüllen werden und die Türkei die jetzige Krise überstehen wird, indem sie die Forderung „der Gleichberechtigung aller Nationalitäten" befriedigt. Desto besser für uns, weil Rußland eines langen, ungestörten Friedens bedarf. Sollte aber wider Erwarten die Stunde für die Lösung der jahrhundertealten Orientfrage schlagen — und diese Möglichkeit dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren —, so müssen wir eingedenk sein, daß Rußland nicht teilnahmlos dabei bleiben kann. Jene zwei Grundprobleme, von denen wir gesprochen haben: die Besorgnis über das Schicksal unserer Stammesgenossen in der Türkei und die Meerengenfrage, werden sich wieder vor uns erheben, und wenn Rußland nicht in der Lage wäre, sein entscheidendes Wort dabei zu sagen, so wäre seine Rolle als europäische Großmacht erledigt.

Wir gelangen auf diese Weise zum selben Schluß, der sich uns am Beginn unserer Darstellung aufdrängte, als wir zusammenfassend die Vergangenheit überblickten. Die Lage Rußlands in Europa wird hauptsächlich durch seine Interessen im nahen Orient bestimmt. Hier liegt der

Digitized by Google

Schwerpunkt unserer europäischen Politik, und um diese Frage müssen sich vorwiegend die Besorgnisse über unsere aktiven Kräfte drehen.

Gewiß, Verwicklungen im nahen Orient können uns nicht nur mit der Türkei allein in Konflikt bringen. „Die Orientfrage ist im Grunde genommen die Frage zwischen Rußland und Europa" — sagte vor vielen Jahren der österreichische Diplomat Baron Prokesch-Osten. Dieser Grundsatz bleibt auch gegenwärtig wahr, aber man darf ihn nicht im früheren Sinne auffassen. In der neuen Phase seiner Entwicklung sieht sich Rußland nicht mehr einer europäischen Koalition gegenüber. Indem Rußland seinen, von den anderen verschiedenen, Interessen und Aufgaben treubleibt, kann es bei deren Durchführung gute Freunde finden, ebenso wie ihm Gegner entstehen können, die es früher nicht hatte. Trotz der Hoffnung auf Freunde muß es immerhin zuallermeist auf seine eigenen Kräfte rechnen. Seine Politik, allen eroberungssüchtigen Absichten fremd, darf nicht seine vertraglichen Verpflichtungen noch vermehren, sondern muß das Netz von Abkommen auszudehnen suchen, die sie mit allen Mächten abschließen kann, sei es England oder Deutschland, mit dem wir in den alten gutnachbarlichen Beziehungen weiterleben müssen. Unsere Politik muß sich von allem Jagen nach äußeren Erfolgen, von jeder überflüssigen Hast fernhalten. Vom Bewußtsein der eigenen Würde durchdrungen, wohlwollend gegen alle, kann sie ihre Interessen und Rechte fest verteidigen, ohne die Aufgaben preiszugeben, die ihr durch die ganze Vergangenheit und Zukunft wie durch die Blutsbande, die uns mit den über Europa verstreuten Slawen vereinigen, gestellt werden.

Digitized by Google

XI

Rußland ist nicht nur eine europäische Macht; wir dürfen nicht, dem Rufe wohlmeinender und interessierter Freunde folgend, der Verlockung nachgeben, ganz „nach Europa zurückzukehren". Heute ist es zu spät, zu untersuchen, inwiefern wir recht daran taten oder nicht, als wir zuerst den jahrhundertealten Schlaf Chinas störten und mit Japan auf den Feldern der Mandschurei zusammenstießen, aber wir tun jetzt gewiß recht daran, daß wir uns ohne Umschweife von einer Politik des eroberungssüchtigen Imperialismus in Asien, die fortzusetzen wir nicht in der Lage sind, lossagten. Uns bleiben dabei ja doch an den Küsten des Stillen Ozeans die mit unserem Blut erworbenen Gebiete, durch die Mandschurei zieht sich unsere Eisenbahnlinie hin, die die Grenzländer mit dem Zentrum vereinigt. Und jetzt, nachdem wir selbst den fernen Osten aufgerüttelt haben, sind wir gezwungen, unsere Wachsamkeit zu verdoppeln, nicht um irgendwelche neue Eroberungen zu machen, sondern nur, um uns auf den uns verbliebenen Positionen zu halten.

Als wir darlegten, wie sich allmählich die gegenwärtige Lage im fernen Osten gebildet hat, gelangten wir zum Schluß, daß das Abkommen mit Japan ein natürlicher und verständiger Abschluß unserer Politik nach dem Kriege gewesen sei. Wir stießen jedoch auf andere, nega-

Digitized by Google

tive Einschätzungen dieses Schrittes in der russischen Presse. Einer dieser Einwände argumentiert mit unserer Eigenliebe, die es kränke, daß wir mit dem Feinde von gestern eine friedliche Abmachung schlossen. Sich dabei auf historische Analogien berufen zu wollen, wäre unserer Ansicht nach äußerst gewagt, weil gerade das stärkste Bündnis in Europa, das zwischen Deutschland und Österreich, nach vorausgegangenem Krieg zwischen beiden Mächten geschlossen wurde.

Andere weisen darauf hin, daß Japan die Aufgabe seines Imperialismus noch nicht als vollendet betrachte und danach strebe, unsere Besitzungen am Stillen Ozean zu erobern. Wir wollen nicht untersuchen, inwiefern diese Vermutungen zutreffen, uns scheint aber, man müsse im vorliegenden Fall die Frage etwas anders stellen. Ist die Eroberung unserer Gebiete „Zukunftsmusik" für die Japaner, oder bedroht sie uns in der Gegenwart? Ferner: wenn wir kein Abkommen mit Japan treffen wollen, besitzen wir denn für die allernächste Zeit andere Garantien der Sicherheit im fernen Osten? Dabei wäre es natürlich naiv, an die Möglichkeit eines Bündnisses, das wir mit anderen Mächten gegen Japan schließen könnten, zu denken. Wenn wir einstweilen selbst keine genügenden Schutzmittel besitzen, wie dürfen wir darauf rechnen, daß uns andere schützen würden? Übrigens mußten wir schon diese Frage im Zusammenhang mit dem amerikanischen Projekt der Neutralisierung berühren, als sich die gegenwärtige Richtung unserer Politik im fernen Osten endgültig abgezeichnet hatte.

Wir meinen, die Notwendigkeit eines Abkommens mit Japan leuchte schon beim bloßen Studieren der Karte ein,

Digitized by Google

auf der die Grenzen, die die Besitzungen und die Einflußsphären Rußlands und Japans trennen, eingetragen sind.

Erinnern wir uns, daß Rußland Japan die Hälfte von Sachalin und die Eisenbahnlinie von Port Arthur bis zur Station Kwantschensi abgetreten hat. Der berühmte Kenner des fernen Ostens, Putnam Will, macht darüber dem russischen Bevollmächtigten in Portsmouth, Graf Witte, bittere Vorwürfe. Die Geschichte wird entscheiden, inwiefern diese Vorwürfe berechtigt sind. Ohne Zweifel begannen ja für die Japaner zu der Zeit, als die Verhandlungen angeknüpft wurden, erhebliche Schwierigkeiten. Aber in diesem Falle spielt ein rein psychologisches Moment eine bedeutende Rolle: die Japaner beseelte der von den Siegen eingegebene Enthusiasmus, wir hingegen hatten den Glauben an die Kräfte unserer Armee verloren. War denn nicht dieser Mangel an Vertrauen den Mißerfolgen von General Kuropatkin zuzuschreiben? Ist es verwunderlich, daß diese Stimmung sich auch der russischen Gesellschaft mitteilte und unserem Bevollmächtigten die notwendige moralische Unterstützung nahm? Andererseits mußte man mit der Tatsache rechnen, daß die revolutionäre Welle Rußland immer mehr überflutete. Wie dies auch sei, wir überließen den Japanern Positionen, die sich faktisch im Besitz der russischen Truppen befunden hatten; deshalb behaupten einige, daß die Japaner, während sie die Siege auf den Schlachtfeldern um einen teuern Preis erkaufen mußten, sie in Portsmouth den glänzendsten Sieg davongetragen hätten, weil sie uns zum Rückzug zwangen, ohne eine einzige Patrone abzufeuern. Die von uns überlassene Grenze bei der Station Kwantschensi be-

Digitized by Google

findet sich 106 Werst nördlich von dem Endpunkt, der von den japanischen Vordertruppen bei Schantufu besetzt wurde. Nach den Worten von Putnam Will liegt die Bedeutung dieses Verzichts darin, daß damit „der Schlüssel zu den fruchtbaren Tälern von Sungari tatsächlich in die Hand Japans übergeht, weil bei der Station Huntschulin, die 60 Werst südlich von der Station Kwantschensi liegt, wir vom Becken des Flusses Liao zum Becken von Sungari übergehen, und von Kwantschensi bis Girin ist im ganzen 70 Meilen östlich auf dem Wege, der bald mit Schienen bedeckt sein wird. Ferner, da Japan aus dem nordöstlichen Korea, das ja in seinem Besitz ist, leicht in die ausgedehnte Provinz Girin eindringen kann, wird es immer in der Lage sein, uns von zwei Seiten zu bedrohen, was vom strategischen Standpunkt aus enorm wichtig ist, solange von dieser Linie über die Mandschurei der Verkehr Rußlands mit Wladiwostok, mit dem Küstengebiet und im Grunde genommen mit seinem ganzen fernasiatischen Grenzland abhängt. Weil die Besetzung Girins durch fliegende japanische Korps Charbin und die mandschurische Eisenbahn gefährdet, können diese leicht Beute der Japaner werden (wenn nur die erheblich stärkeren russischen Verteidigungskräfte nicht mit größerer Schnelligkeit konzentriert würden); ebenso würde eine Besetzung von Nikolajewsk, die von Sachalin ausginge, ihnen das ganze Gebiet des unteren Amurs unterwerfen".*)

Man darf nicht außer acht lassen, daß die Annexion Koreas Japan die Möglichkeit gibt, auf dieser Halbinsel in Friedenszeit erhebliche Militärkräfte zu konzentrieren,

*) Putnam Will, The coming struggle in Eastern Asia, London 1908, S. 313—314.

Digitized by Google

ohne auch nur unseren Verdacht zu wecken. Außerdem haben die Japaner noch vor der Einverleibung, ohne Zeit zu verlieren, sich energisch mit der Schaffung von Eisenbahnen und der Instandsetzung von Häfen auf der Halbinsel beschäftigt. Als erste war die Eisenbahn von Fusan nach Söul fertig. Der weitere Weg nördlich von Söul bis Wiju am Yalu wurde rasch während des Krieges gebaut, zuerst schmalspurig; gegenwärtig wird diese Linie von neuem umgebaut, wobei das Gleis bis zur normalen Größe erweitert wird, genau wie die ihr als Fortsetzung dienende Andun—Mukden-Linie. Zwischen Japan und Korea ist ein regelmäßiger Schiffsverkehr eingerichtet: drei Schiffe verkehren alle zwei Tage zwischen Fusan und Simonoseki. Außer den Eisenbahnen sind Chausseestraßen errichtet, und es sind neue Wege geplant, die die Halbinsel nach verschiedenen Richtungen durchschneiden sollen. Die Hauptzentren wurden, als die Japaner sich festsetzten, telegraphisch verbunden.*) Jetzt wird das alles natürlich in noch größerem Maßstab organisiert und dahin ausgestaltet werden, daß Korea eine starke Basis wird, die mit der südlichen Mandschurei verbunden ist.

Zu den neuen geographischen Bedingungen sind die Veränderungen zu rechnen, die in der Zusammensetzung der japanischen Armee vor sich gingen. Als die militärischen Aktionen begannen, zählte sie 12 Divisionen; während des Krieges wurden drei neue Divisionen formiert und nach dem Krieg weitere drei. Das Budget für das Jahr 1907 rechnete mit 19 Divisionen, wobei die Präsenzstärke einer jeden Division um 1000 Mann erhöht wurde; zu-

*) Vgl. Backhausen, Die japanische Verwaltung in Korea und ihre Tätigkeit, Berlin 1910, S. 38—41.

Digitized by Google

gleich wurde die Militärdienstzeit von drei Jahren auf zwei Jahre herabgesetzt und dadurch das Kontingent der geübten Reservisten erhöht. Aus all diesen Tatsachen zieht Putnam Will den Schluß, daß im Jahre 1915 die erste Mobilisierung der japanischen Armee ungefähr eine Million ergeben könne.*) Wie N. Alexandrow, der Autor einer interessanten Arbeit über „das Wachstum der japanischen Armee" in dem kürzlich erschienenen Sammelwerk „Denke an den Krieg" meint, „kann die Gesamtstärke der mobilisierten japanischen Armee gegenwärtig auf 970000 bis 1200000 Mann geschätzt werden".**) Über die japanische Flotte, die in ihrem Bestand acht eroberte russische Schiffe zählt, brauchen wir uns nicht zu verbreiten, weil es klar ist, daß im Falle eines Krieges mit Rußland die Herrschaft auf dem Meere ungeteilt in den Händen Japans wäre. Nach dem Krieg verlangsamte Japan das Tempo des Schiffbaus, aber im Oktober 1910 erklärte der japanische Ministerpräsident die Absicht der Regierung, einen außerordentlichen Kredit von 80 Millionen Jen für sechs Jahre zur Beschleunigung des Schiffbaus nachzusuchen. Diesen Beschluß bringt man in Zusammenhang mit der Bildung eines pazifischen Geschwaders durch die Vereinigten Staaten.

Diese Tatsachen sollten es anschaulich zeigen, welche Macht Japan gegenwärtig im fernen Osten bedeutet und wie sehr ein Abkommen mit ihm von den elementarsten Erwägungen der Staatssicherheit diktiert war.

Bedenken könnte jedoch eine andere Frage erwecken: Welche Motive für das Abkommen hatte Japan?

*) Putnam Will, S. 484.

**) Vgl. „Denke an den Krieg" (russisch), Moskau 1911, S. 209.

Digitized by Google

Die heutige Lage im fernen Osten birgt viele Unklarheiten, viele verwickelte und verworrene Probleme. Ihre Lösung denken sich jene übermäßig einfach, die nur einen Hauptfaktor, eine Macht sehen und ihr alle übrigen unterordnen wollen. Indes, wie stark die strategische Lage Japans auch sein mag, im Falle eines Krieges mit Rußland müßte es mit einigen neuen Schwierigkeiten rechnen, die es im früheren Krieg nicht gegeben hat. Zunächst ist die Zahl der Truppen, über die Rußland im ersten Augenblick verfügt, erheblich bedeutender als bei Beginn des letzten Krieges. Wir führen hier keine Ziffern an, um nicht ungenau zu sein, um so mehr, als in allerjüngster Zeit, seit dem Frühjahr 1910, auf diesem Gebiete eine ganze Reihe umfassender Maßnahmen vorgesehen sind, die zweifellos die ernsteste Bedeutung haben werden. Ferner waren schon während des Krieges Maßregeln getroffen worden, die die Transportfähigkeit der sibirischen Eisenbahn erheblich steigerten. Der Bau der Amureisenbahn ist ohne Zweifel ein weiteres bedeutsames Novum für die Mobilisierung und die Ausrüstung unserer Armee. Wir übergehen hier andere Pläne, die von unseren Regierungskreisen erwogen wurden, wie die Legung eines zweiten Schienenweges der sibirischen Eisenbahn und die Vereinigung unserer zentralasiatischen Besitzungen mit dieser sibirischen Linie. Das alles sind Fragen der Zukunft, die ohne Zweifel früher oder später ihre Verwirklichung finden werden, aber eine Würdigung der konkreten Pläne würde uns allzu weit auf diesem Gebiete führen. Die ungeheuren, wenig bevölkerten und wenig kultivierten Gebiete unseres Grenzlandes mit ihren undurchdringlichen Wäldern und einem veränderlichen Klima

Digitized by Google

bieten ebenfalls für die Operationen der feindlichen Armee kaum sehr günstige Bedingungen.

Es gibt noch andere Ursachen, die Japan friedliebend stimmen. Seine wohlmeinendsten Kritiker selbst heben sie hervor.

„Die Japaner brauchen den Frieden und gestehen das ein," schrieb der Spezialberichterstatter der „Times", der Autor einiger vorzüglicher Aufsätze, die in diesem Blatte vom 9. August bis zum 19. Oktober 1909 veröffentlicht wurden. Sie brauchen den Frieden „nicht nur deshalb, weil der Krieg mit Rußland die finanziellen Quellen des Landes stark erschöpft hat. Zwischen dem 31. März 1904 und dem 31. März 1907 ist die Staatsschuld in runden Ziffern von 56 Millionen Pfund Sterling bis auf 227 Millionen angewachsen. Japan scheut keine Opfer, die es als notwendig für den Schutz seiner vitalen Interessen in Ostasien und seiner Großmachtstellung betrachtet. Aber um die Position zu behaupten, die es durch die militärischen und maritimen Kräfte erlangt hat, muß es seine wirtschaftliche Lage auf ebenso gesunder und sicherer Grundlage befestigen. Diese Aufgabe muß seine Energie für viele kommende Jahre aufbrauchen, weil jene Traditionen, die es dank dem Heldenmut der Armee und Flotte befähigten, sich seine Stellung zu erringen, es zur Durchführung der erwähnten zwei Aufgaben gar nicht vorbereitet haben. Als Togo und Nogi die Einnahme von Port Arthur und den Sieg von Tschusima den Geistern der Ahnen zuschrieben, war dies nicht einfach ein schönes rhetorisches Bild. Es war wirklich der Geist des alten Japans, ausgerüstet mit den vervollkommneten Werkzeugen des modernen Krieges, der diese Siege errungen hat.

Digitized by Google

Aber der Geist des alten Japans hat mit dem kommerziellen Geist unserer Zeit nichts Gemeinsames. Es war eine relativ leichte Aufgabe, die Feudalaristokratie aus der Vor-Meiji-Periode in die Bedingungen der Panzerschiffe und der Armeekorps hinüberzuleiten. Viel schwerer ist es, den Geist des Handels und der Industrie aus einem sozialen System hervorzurufen, das für Handel und Industrie nur Verachtung hatte."

Das moderne Japan verdankt seine Erfolge einer kleinen Schar begabter Nachkommen der früheren Feudalherren oder den Mitgliedern der machthabenden Klassen, die Unterstützung von seiten ihres Kaisers gefunden haben. Die Regierung benutzte seine ungeheure Gewalt nicht nur zur Durchführung von Reformen auf allen Gebieten des Staatslebens, sondern auch dazu, der nationalen und öffentlichen Entwicklung eine ihren Absichten entsprechende Richtung zu geben. Und die öffentliche Meinung, geleitet vom Geist eines traditionellen Patriotismus, und die Gewalt des Mikado verherrlichend, folgte, im allgemeinen mit einer erstaunlichen Disziplin, den Anordnungen ihrer Führer.

Eisenbahnbauten, Banken, Industrie — das alles wurde in Japan durch die Regierungsgewalt eingeführt und zeitigte, man muß es gestehen, äußerst beachtenswerte Resultate. Die Regierung übt in ausgedehntem Maße das System der Subventionen, insbesondere auf jenen Gebieten, die für die imperialistischen Aufgaben Japans in Betracht kommen. So verwendet sie mehr als 6 Millionen Rubel im Jahr für Subventionierung der Handelsschiffahrt. Dank diesem Umstande gab es Ende 1908 in Japan 236 Privatwerften und 52 Docks, und der allgemeine Raumgehalt

Digitized by Google

der Handelsschiffe (über 20 Tons) betrug 728678 Nettoregistertons. Die Bedeutung der Handelsschiffe während des Krieges hat die Opfer, die der Staat in dieser Richtung brachte, glänzend gerechtfertigt.

Alle diese Maßnahmen kosten jedoch nicht wenig Geld, und das ist die Kehrseite der Medaille. Die Staatsausgaben in den Jahren 1898—99 erreichten keine 21 Millionen Pfund Sterling. Im Jahre 1908—09 übertrafen sie 62 Millionen. Gleichzeitig stieg die Verzinsung der Anleihen von 2726000 Pfund Sterling auf 17683000. Allein die Grundsteuer wuchs in dieser Zeit von 3844000 bis auf 8571000 Pfund Sterling an, und die Einkommensteuer von 235000 auf 2757000 Pfund Sterling, d. h. sie erhöhte sich um mehr als das Zehnfache. Man muß noch berücksichtigen, daß Japan sich nicht durch Naturreichtümer auszeichnet und die Hauptgrundlage seines Wohlstandes der Fleiß der ackerbautreibenden Klasse bildet. Viele Zweige der extraktiven Industrie sind völlig abhängig von der Unterstützung durch die Regierung, und diese neigt dazu, die einträglichsten Posten in Monopole zu verwandeln, wodurch sie wieder das Feld der persönlichen Initiative einengt.*)

Trotzdem es an Geld mangelt, überwacht die japanische Regierung aufs schärfste das Land vor dem Zustrom ausländischer Kapitalien. Dieselbe Politik begann sie gleich nach dem Krieg in Korea und in der Südmandschurei konsequent durchzuführen. „Die offene Tür" schloß sich viel fester vor den anderen Mächten, als Japan, das dieses Prinzip so eifrig gegen Rußland verteidigt hatte,

*) Vgl. „Times", 13. Oktober 1909.

Digitized by Google

an dessen Stelle getreten war. Das empfanden natürlich recht bald die interessierten Freunde der Japaner, und die von ihnen gemachte Entdeckung ließ die Japanfreundlichkeit in Amerika und in England in erheblichem Grade erkalten.

In dieser Hinsicht war es interessant, zu beobachten, wie sich der Ton der Presse nicht nur auf dem Kontinent, sondern auch in England änderte, als die Nachricht von der Annexion Koreas eintraf. Gegenwärtig zweifeln manche sogar, ob England das Bündnis mit Japan nach Ablauf seiner zehnjährigen Frist im Jahre 1915 erneuern wird.

Wie dem auch sei, diese Stimmung der früheren Freunde Japans, die jetzt in ihm einen ernsten Rivalen auf dem Gebiete des Handels und der Industrie im fernen Osten zu erblicken beginnen, war fast der schwerwiegendste Grund für die Regierung des Mikado, eine Annäherung an Rußland zu suchen. Nur eine ganze Reihe von Jahren ungestörten Friedens kann es Japan ermöglichen, mit der gigantischen Aufgabe des inneren ökonomischen Umbaus fertig zu werden, die neuerworbenen ungeheuren Territorien ordentlich zu verdauen. Außerdem würde eine Eroberung unseres fernasiatischen Grenzlandes an und für sich ihm in der nächsten Zukunft nichts einbringen als neue, völlig unerschwingliche Ausgaben. Man darf nicht vergessen, daß das Hauptbedürfnis Japans, das Fischereigewerbe, gegenwärtig auch ohnedies in unseren territorialen Gewässern dank der Fischfangkonvention vom Jahre 1907 vollauf befriedigt wird.

Rußland und Japan verständigten sich bei dem gemeinsamen Interesse an der Sicherung des Friedens im fernen Osten, aber wenn wir auch von dessen Festigkeit über-

Digitized by Google

zeugt wären und unsererseits eine Stärkung unserer gutnachbarlichen Beziehungen mit Japan für ewige Zeiten wünschen würden, so bliebe doch zu bedenken, daß keine papierenen Garantien an und für sich unbedingt zuverlässig, geschweige denn unvergänglich sein können. Unser Abkommen mit Japan wird uns zum Schaden, statt zum Nutzen gereichen, wenn wir uns von ihm verleiten lassen, uns in Sicherheit zu wiegen und auf den fernen Osten zu verzichten. Das getroffene Abkommen muß vielmehr betrachtet werden als eine Bedingung für ruhige, planmäßige Arbeit zur Befestigung und dauernden Behauptung unserer Grenzländer. Diese Aufgaben sind so natürlich und notwendig, daß sie bei niemand Verdacht erwecken, niemand mit uns verfeinden können. Aber wenn wir von der Befestigung der Grenzländer sprechen, denken wir dabei nicht nur an Festungen, strategische Wege und Maßnahmen maritimen Schutzes. Alle diese Maßnahmen können sich als notwendig erweisen; wenn wir aber nur auf sie rechnen würden, so würden wir jahraus, jahrein ungeheure unproduktive Ausgaben vergrößern müssen, ohne Hoffnung, für unsere Grenzländer endlich eine wirkliche Sicherheit zu erlangen. Dabei kommt nicht nur die Höhe der ausgeworfenen Kredite in Betracht, sondern auch das, wie und für welche Zwecke sie verwendet werden. Wir freuen uns, uns hier auf das Zeugnis eines Mannes berufen zu können, den niemand im Verdacht tendenziöser Kritik haben wird. Man höre, was Fürst A. M. Wolkonski, ein überzeugter Vorkämpfer für stärkere Verteidigung des fernen Ostens, aus Wladiwostok schreibt: „Den Leuten, die von der Notwendigkeit außerordentlicher Maßnahmen zur Befestigung des fernen Ostens

Digitized by Google

sprechen, antwortet man mit dem üblichen: „Es ist kein Geld da." Aber es scheint vielmehr überflüssiges Geld zu geben. Siehe Wladiwostok: Hier baut man einen neuen Wartesaal für eine halbe Million, man legte die Eisenbahn bis zur Swietlankastraße (was für London Sinn hätte) — noch anderthalb Millionen; insgesamt zwei Millionen, und für weniger als für eine hätte man eine Anschlußlinie bis zum östlichen Ende der Stadt legen können: sie würde den Hauptbahnhof entlastet und die Versorgung der Forts des großen Festungsareals erleichtert haben. Scheinbar ist die Schönheit der Stadt wichtiger als die Kampffähigkeit der Festung. Man baut ein Haus für den Marinestab (eine halbe Million) und ein Marinekasino, man plant den Bau einer Marinekirche, und die ganze Flotte außer den Minenbooten umfaßt zwei Kreuzer und ein Kanonenboot. Hätte man statt des Aufwandes für alle diese Pracht nicht einen Ort finden können, wo man ein Fort oder eine Batterie in der Festung, deren russische Insel allein größer ist als zwei deutsche Fürstentümer, errichten könnte? Es gibt Marinewerkstätten, die das Höchste an Pracht auf diesem Gebiete sind, aber es gibt in ihnen nichts zu arbeiten. Die Flotte hat sich um das Zehnfache verringert, aber der Personalbestand der Küstenkanzleien ist derselbe geblieben. Das sind Beispiele von einem einzigen Punkte; Ähnliches aber kommt in ganz Sibirien vor. Einzelne Ressorts verschaffen sich Millionen, führen irgendwas aus und, wie Sie sehen, nicht selten zum Schaden der allgemeinen Sache. Erstaunlich ist die Isoliertheit dieser verstreut wirkenden, sich feindlich gegenüberstehenden, einander hassenden, ja fast verachtenden Ressorts. Erstaunlich ist auch der Ressortpatriotismus:

Digitized by Google

nicht die allgemeine Sache ist wichtig, sondern wichtig ist es, die Ressortarbeit in besonders vorteilhaftem Licht zu zeigen." ... „Das Landressort lud eine achtzöllige Kanone im Hafen aus, das Marineressort verweigerte seinen Kran, um sie dorthin zu schaffen, wo die Batterie sein sollte. Sie verstehen, eine Batterie zum Schutze unserer letzten Festung am Stillen Ozean, die zugleich mit Nikolajewsk und Nikolsk bis zu den Zähnen bewaffnet sein muß! Möglich, daß, während ich diesen Aufsatz schreibe, unter dem Druck von Petersburg der Kran hergegeben wurde, aber wenn man auch nur einen Tag lang daran zweifeln konnte, ob man ihn geben solle, so genügt dies, um einem bestimmten Teil des Marineressorts die Diagnose einer eiternden Blutvergiftung zu stellen. Eine solche Auffassung der korporativen Interessen ist dem Sinne nach (und bei einem Zusammentreffen von Umständen vielleicht auch den Folgen nach) nicht viel weniger als Staatsverrat." ... „Kurz vor einem neuen Mongoleneinfall in Rußland gedieh der Zwist neuer Teilfürstentümer. Und es scheint, nirgends gedieh er so üppig als im fernen Osten: Hier gibt es Ressorts, aber keine Staatsgewalt, kein Rußland." *) „Der Zwist der Teilfürstentümer", von dem Wolkonski spricht, zeigte sich nicht nur auf dem Gebiete der Verteidigung. Indem er eins der schlimmsten Gebrechen des bureaukratischen Regimes widerspiegelt, drückt er seinen Stempel der Vergangenheit und der Gegenwart unserer ganzen Politik im fernen Grenzland auf. Seine unvermeidliche Folge war der Mangel eines Gesamtplanes und -systems.

*) „Nowoje Wremja", 6. Oktober 1910.

Digitized by Google

Die Geschichte unserer Ansiedlungspolitik zeugt von ständigem Schwanken und ständigen Änderungen in den Anschauungen unserer Regierung, die Ursachen für diese Schwankungen hatten manchmal nur einen recht entfernten Zusammenhang mit den Interessen der Provinz selbst, welche besiedelt werden sollte. Die Kolonisierung wurde bald mit allen Mitteln zurückgehalten, bald eifrigst gefördert. Nur in der allerletzten Zeit ist augenscheinlich die Regierung zur Einsicht gelangt, daß die Überführung landarmer und schwacher Bauern, die es nicht vermochten, sich in der Heimat einzurichten, aus den autochthonen Gouvernements des europäischen Rußlands äußerst betrübende Resultate hat: der ungeheure Prozentsatz völlig ruiniert zurückkehrender Ansiedler und die erhöhte Sterblichkeit unter ihnen im Jahre 1907, als nach dem fernen Osten 74000 Personen hinauszogen, d. h. eine Quantität, die dem dritten Teil der Gesamtbevölkerung des Grenzlandes gleickommt, konnten nicht unbeachtet bleiben. Die komplizierten Probleme der Ansiedlung und der Kolonisierung des fernen Ostens lenkten die Aufmerksamkeit der allgemeinen Semstwoorganisationen auf sich, die sie im Jahre 1908 eingehend untersuchten. Als Resultat der an Ort und Stelle gesammelten „Zahlen, Tatsachen und Beobachtungen" erschien das Sammelwerk „Priamurje".*) Allerdings würde der Leser vergebens darin nach einer Lösung der Grundfrage suchen: Was soll Rußland mit Amurland machen, auf welche Weise können wir es in unseren Händen behalten, und welcher Art ist der all-

*) „Priamurje" (russisch), 992 Seiten (mit drei Karten). Moskau 1909.

Digitized by Google

gemeine Plan einer wirtschaftlichen Ausbeutung und Belebung des Grenzlandes? Aber die Autoren des „Priamurje" verfolgten auch kein derartiges Ziel. Ihre Aufgabe war, ein allgemeines Bild der natürlichen Lebensbedingungen der ungeheuren und noch wenig erforschten Provinz zu geben und jene Hauptbedingungen festzustellen, die man notwendig erfüllen muß, um die größten Mängel des jetzigen Systems oder viel richtiger der Systemlosigkeit in der Ansiedlungsfrage zu beseitigen. Im allgemeinen gelangen sie zu wenig trostreichen Schlüssen bezüglich des kolonisatorischen Fassungsvermögens des Amurlandes in der allernächsten Zeit und empfehlen das System der intensiven Kolonisierung statt der extensiven Ansiedlung, d. h. eine Reduktion der Ziffer der alljährlichen Ansiedlung der Provinz, um Aufwendungen für die Schaffung von Wegen und die Verbesserung der Lebensbedingungen an den bereits besiedelten Orten zu machen. Augenscheinlich beabsichtigt unsere Regierung denn auch, diese Politik zu verfolgen.

Aus der Schilderung der Naturreichtümer der Provinz, des Fischerei-, Rauchwerk- und Waldgewerbes und der Goldgrubenindustrie, empfängt der Leser einen gemischten Eindruck. Die Provinz ist mit allen Gaben der Natur reichlich ausgestattet, aber zugleich begegnet man bei der Ausbeutung all dieser Reichtümer solchen Schwierigkeiten, daß die produktive Arbeitsanwendung in erheblichem Maße gelähmt und manchmal geradezu unmöglich gemacht wird.

Wir hätten erwartet, daß man daraus zu dem Wunsch kommen würde, in möglichst ausgedehntem Maße auswärtige Kapitalien heranzuziehen, aber in dem Abschnitt

Digitized by Google

über die Goldgrubenindustrie finden wir im Gegenteil ein äußerst ablehnendes Verhalten dieser Idee gegenüber.

Eine Kritik der achtbaren Arbeit der Autoren des „Priamurje" gehört nicht zu unserer Aufgabe. In den erwähnten Widersprüchen erblicken wir eher den Wert dieses Buches, das ein umfassendes Material zur Beurteilung der Verwickeltheit und der Widersprüche in den der Lösung harrenden Problemen enthält. Die offizielle Untersuchung, die sich in den Spuren der von den Semstwos angestellten Untersuchung bewegt, wird vielleicht neue Angaben zutage fördern, über die zu urteilen wir einstweilen keine Möglichkeit haben. Jedenfalls aber ist die Kolonisierung unseres fernasiatischen Grenzlandes eine Sache von hervorragender staatlicher Wichtigkeit, und sie bedarf deshalb dringend der Regelung. Wir teilen nicht das Vorurteil der Autoren des „Priamurje" gegen die Heranziehung ausländischen Kapitals. Das Beispiel Amerikas und Kanadas, das sie immer vor Augen hatten, hätte sie davon überzeugen können, daß diese Länder ihren Wohlstand und ihre Entwicklung eben den zugeströmten Kapitalien verdanken. Gewiß, sie haben recht, wenn sie von dem Schaden einer übermäßigen Zentralisation und einer Vormundschaft sprechen, die die persönliche Initiative tötet. Aber in einem solchen Falle darf man der Entwicklung der Unternehmungslust, ohne die die Volksarbeit keine angemessene Anwendung finden wird, keine Hindernisse entgegenstellen. Und sollten sich dafür keine Kapitalien zu Hause finden, weshalb sollte man nicht die heutige Lage des internationalen Marktes benutzen, auf dem freies und billiges Geld Verwendung sucht?

Digitized by Google

Unter den übrigen Bedingungen einer erfolgreichen Kolonisation ist eine der wesentlichsten die Errichtung bequemer Verkehrswege. In Kanada geht die Eisenbahn den Ansiedlern voran, aber die ungeheuren Aufwendungen, die mit der Schienenlegung durch unbevölkerte Gegenden und jungfräuliche Wälder verknüpft sind, erfordern natürlich eine entsprechende Entschädigung. Eine solche ist gewöhnlich die Überlassung an die Eisenbahngesellschaft zur befristeten Nutzung eines umfassenden (20 Werst großen) Landstreifens an beiden Seiten des Weges; dabei werden die Parzellen der Linie in Schachbrettordnung von Parzellen abgelöst, die die Regierung für sich behält, um gegen eine künstliche Steigerung der Grundstückspreise ankämpfen zu können. Weshalb sollten nicht auch wir von diesem erprobten System Gebrauch machen, das anderswo so glänzende Ergebnisse gezeitigt hat? Möglich, daß sich auch russische Kapitalisten finden würden, die bereit wären, auf diese Bedingungen ein derartiges Unternehmen zu finanzieren. Und wenn nicht, so wiederholen wir: wir sehen keine Ursache, weshalb man sich nicht an Ausländer wenden sollte. Übrigens gab einmal ein verantwortlicher Staatsmann auf diese Frage folgende Antwort: „Wir haben ein bestimmtes Erbe von unseren Vorgängern empfangen, das wir unversehrt unseren Nachfolgern übergeben wollen. Wenn gegenwärtig in Rußland kein freies Kapital zur Ausbeutung der Grenzländer vorhanden ist, so wollen wir diese Möglichkeit nicht dem kommenden Geschlecht nehmen, das reicher und unternehmungslustiger als das heutige sein wird.“ — Man braucht kaum die Kurzsichtigkeit einer ähnlichen Anschauung zu betonen. Wenn es im Zentrum Rußlands

Digitized by Google

irgendwelche Naturreichtümer gäbe, die wir in der Gegenwart nicht ausbeuten könnten, die wir aber für die Zukunft überwachen wollten, so würde eine solche Erwägung eine gewisse Berechtigung haben. Aber in unserem öden Grenzland, das von den Wogen der gelben Rasse umbrandet ist, müssen wir damit rechnen, daß *„periculum in mora“*, daß man hier keinen einzigen Tag warten kann, weil wir riskieren, nicht nur die kommenden Vorteile zu verlieren, sondern auch das Territorium selbst, aus dem wir sie zu ziehen hoffen. Wäre es außerdem nicht ein ungeheurer Vorteil für die ganze Provinz, für die Millionen Ansiedler, für das autochthone Rußland, aus dem sie kommen, wenn der Boden, nach welchem sich der Strom der russischen Kolonisation richten wird, durch die Schaffung bequemer Verkehrsmittel und das Angebot relativ billigen Kredits vorbereitet würde? Endlich, würde dies, wenn das Gebiet besiedelt wird, nicht die einzige zuverlässige und notwendige Grundlage für eine ordentliche Organisation der Landesverteidigung sein, die ohne lebendes Menschenmaterial am Orte nicht möglich ist?

All diese Erwägungen drängen uns den Schluß auf, daß die erste Forderung unserer auswärtigen Politik und der Landesverteidigung im fernen Osten die innere Befestigung unserer Grenzländer mittels ausgedehnter Heranziehung von Kapital und Arbeit ist.

Viel komplizierter erscheint die Frage der Mandschurei und der Komplex jener Beziehungen, die sich aus dieser Frage zwischen uns und China ergeben. In mancher Hinsicht bildet die Mandschurei für uns eine schwere Last. Auch ohnedies ist „unser Land groß und umfassend, nur kennt es keine Ordnung“. In einem solchen ungeheuren

Digitized by Google

Gebiete die eigenen Ordnungen einzuführen, es in wirtschaftlicher Beziehung durch die eigenen Kräfte auszubeuten, sind wir nicht in der Lage. Die Mandschurei wäre an und für sich Rußland absolut entbehrlich, wenn nicht ihre geographische Lage, dank welcher die sie durchschneidende Eisenbahn die kürzeste Verbindung des Grenzlandes mit dem Zentrum bildet, sie für uns wertvoll machte.

Außerdem darf die ungeheure Bedeutung, die im letzten Krieg Charbin für die Ausrüstung unserer Armee hatte, nicht vergessen werden. Sie rief das berechtigte Staunen der Ausländer hervor. Beim Ausbau dieser Stadt ist soviel Energie verwendet und sind solch vorzügliche Resultate erlangt worden, daß Putnam Will die Frage stellt: wenn soviel in den Tagen der Niederlagen geschehen ist, was könnte man in den Tagen der Siege erreichen? Die Bedeutung Charbins für die Erhaltung des Priamurgebiets in unseren Händen war wohl eine der Hauptursachen, warum man auf das amerikanische Projekt verzichtete, die ostchinesische Eisenbahn einem internationalen Syndikat auf den Grundlagen der Neutralisierung zu überlassen.

Die mandschurische Frage wird in den letzten Jahren äußerst kompliziert durch das Anwachsen der chinesischen Kolonisation, über deren Umfang wir nach dem Bericht des Senators Iwanitzki urteilen können, der unser Grenzland im Jahre 1908 besucht hat. „Aus den mir gelieferten Angaben," schrieb er, „ist zu ersehen, daß die Bevölkerungszahl der Provinz Cheilutsian auf einer Fläche von 1900 Werst, die an das Amurgebiet angrenzt, im Jahre 1907 2,5 Millionen erreicht hat oder, mit anderen Worten, fast um das Fünffache die Besiedelung unserer beiden fernasiati-

Digitized by Google

schen Gebiete übertroffen hat; laut den im Jahre 1906 erfolgten Anordnungen der chinesischen Regierung müssen in diese Provinz jährlich 400000 Seelen übersiedeln; obwohl dieses Vorhaben bis heute noch nicht ganz durchgeführt worden ist, wird doch der Umfang der Übersiedlung im letzten Jahr schon auf 200000 Köpfe geschätzt, d. h. er hat fast um das Fünfzehnfache den Durchschnittsumfang der russischen Einwanderung im Priamurgebiet im letzten Jahrzehnt und um das Dreifache die absolute Zahl der gesamten Ansiedlerbewegung im fernen Osten im Jahre 1907 übertroffen. Dabei wird eine zunehmende Belebung der umliegenden öden und zerstörten Orte von städtischem Typ beobachtet... Im zerstörten Aigun gab es Anfang 1908 nur einige Bauten, jetzt aber sind bereits 260 Häuser errichtet worden. Sin-Dun-Dau, das der Ansiedlung Sojusinsk gegenüberliegt, ist im Laufe des letzten Winters entstanden und hat gegenwärtig bereits 70 Häuser; außerdem wird hier ein Landungsplatz geplant. Um dieselbe Zeit entstand die Stadt Suntschen, die 40 Werst vom Lauf des Flusses Sun gelegen ist; sie zählt bereits gegen 120 Familien. Alle Ortschaften, die bis zum Krieg vom Jahre 1900 Dörfer waren, sind von zugezogenen Chinesen von neuem besetzt, wobei hier die Bevölkerung um das Dreifache größer geworden ist, als sie bis zu den kriegerischen Ereignissen gewesen war.“ *)

Unsere Regierung ihrerseits trifft alle nur möglichen Maßnahmen, um das Priamurgebiet vor einer Überflutung durch die Chinesen und ihre landwirtschaftlichen Produkte zu schützen, die anderenfalls unsere Märkte überfüllt und

*) Vgl. „Priamurje“, S. 844.

Digitized by Google

den russischen Getreidebau im fernen Osten vollkommen vernichtet haben würde.*) Um die Preise auf das russische Getreide nicht sinken zu lassen, macht die Intendantur große Ankäufe, wobei sie erhebliche Summen darüber bezahlt.

Wenn man durch Verbote gewisse Resultate beim Schutze des russischen Elementes im Priamurgebiet erzielen kann, so ist scheinbar nicht daran zu denken, daß man die Ausdehnung der chinesischen Kolonisation in der an unser Gebiet angrenzenden Mandschurei einholen könnte. Die chinesische Regierung ist natürlicherweise bestrebt, ihren Hauptvorteil auszunützen: den unerschöpflichen Vorrat an Menschenmaterial. Die relativ geringen Entfernungen gewähren dabei noch für die chinesische Kolonisierung unvergleichlich vorteilhaftere Bedingungen als sie Rußland seinem Grenzland gegenüber hat.

Diesen Umstand darf man nicht aus den Augen verlieren, wenn man unsere Politik in der Mandschurei beurteilt. Wie es scheint, können wir eine russische Provinz im eigentlichen Sinne des Wortes aus ihr nicht machen. Andererseits gestattet uns die ganze Lage nicht, auf unsere besondere Stellung in der Mandschurei, der

*) Weniger verständlich ist es, warum man es augenscheinlich den Koreanern, die gern die russische Staatsangehörigkeit annehmen, erschwert, nach unseren Gebieten überzusiedeln. An ihnen würde die Provinz die fehlenden Arbeiter erhalten haben, die außerdem an die Bedingungen des Klimas und der Natur gewöhnt sind. Fürchten denn wirklich unsere Behörden, bei Japan Ärgernis zu erregen? Wenn man niemals und nirgends übertreiben darf, so ist das, sollte man meinen, am allerwenigsten bei Fragen der Würde des Staates im Osten angebracht, wo eine jede Machtminderung äußerst fein wahrgenommen wird.

Digitized by Google

Mittelzone zwischen dem östlichen Sibirien und dem Priamurgebiet, zu verzichten. Das Schicksal verband uns mit den Chinesen in der Mandschurei wie in einen Knoten verwickelt, und jeder Versuch der Chinesen, diesen Knoten zu lösen, jeder Versuch von unserer Seite, ihn zu durchhauen, wäre gegenwärtig gleich schädlich für beide Parteien. Die Vernunft erfordert von den Chinesen, die jetzige Lage, aus der sie ihre Vorteile ziehen, nicht zu ändern. Ohne unsere Eisenbahn — wäre die jetzige Kolonisation für sie denkbar?

Andererseits darf man diese Tatsache an sich, die Besiedlung der uns nicht direkt benachbarten chinesischen Landmassen, die bisher öde dalagen, in ihrer Bedeutung auch nicht überschätzen. Die Unruhe, die zeitweise die lokale Verwaltung und die russische Bevölkerung des Priamurgebiets erfaßt, erscheint uns erheblich übertrieben. Mit Mützen allein wird uns China nicht bedecken. Dazu wären andere Mittel erforderlich. Verfügt die Regierung in Peking über solche? Existiert denn wirklich die drohende „gelbe Gefahr", auf die so oft hingewiesen wurde?

Wenn man das spezifische Gewicht von China abzuschätzen übernimmt, so muß man sich, scheint es uns, mit großer Vorsicht wappnen, um nicht vorübergehenden Eindrücken zu unterliegen und nicht in Extreme zu geraten. China bildet bisher ein Rätsel, das niemand sich rühmen kann, erraten zu haben. In den verschiedenen Definitionen und Charakteristiken stoßen wir stets auf ein äußerst subjektives Element. So flößt den einen das „Erwachen Asiens" Schrecken ein, und vor ihrer Phantasie entfaltet sich ein grandioses Bild der militärischen

Digitized by Google

Wiedergeburt des chinesischen 400-Millionen-Volkes, das auf seinem Wege alles zerstampfen werde. Die anderen, die prosaischeren Berechnungen zugänglich sind, glauben, daß China unter der Leitung der Europäer den Weg gesunder Entwicklung betreten und sich allen Wohltaten der echten Zivilisation und Kultur anschließen werde. Endlich die dritten — und das sind vielleicht die zahlreichsten — sind geneigt, in China einen ungeheuren, sich zersetzenden Organismus zu sehen, der unfähig ist, sich zu regenerieren. Welches dieser Urteile kommt der Wirklichkeit am nächsten?

Uns scheint es, daß es gegenwärtig keine objektiven Anhaltspunkte, weder für eine übermäßig negative, noch weniger für eine allzu positive Beurteilung der Zukunft Chinas gibt. Jedenfalls kann die reale Politik ihre Schlüsse nicht auf solche Prophezeiungen gründen, sondern darauf, was über die gegenwärtige Lage Chinas bekannt ist.

„Reformen — dies Wort ist in China auf aller Lippen," schrieb der von uns bereits erwähnte Spezialkorrespondent der „Times" im August 1909. „Die schlauen Mandarine erklären ihre prinzipielle Geneigtheit für Reformen. Die einheimische Presse predigt Reformen in jeder Tonart mit steigender Zähigkeit. Die patriotischen Gesellschaften verlangen Reformen. Es werden unzählige Komitees gegründet, um Reformen vorzubereiten. Es werden Regierungsagenten nach dem Auslande gesandt, um Erkundigungen einzuziehen und Berichte über Reformen zu schreiben. Alleruntertänigste Denkschriften erörtern die Reformen mit derselben Beredsamkeit, die die allerhöchsten Anordnungen kennzeichnen. Es handelt sich um konstitutionelle, militärische, administrative und

Digitized by Google

finanzielle Reformen. Aber die erste Bedingung und die Voraussetzung einer jeden Reform besteht in einer gründlichen Änderung der Beziehungen zwischen der Zentral- und den Lokalbehörden. Das ist des Pudels Kern."

„In China existiert eine Zentralregierung, aber niemals hat es ein zentralisiertes Verwaltungssystem gegeben. Die zwei Hauptfunktionen der chinesischen Regierung sind: den Dingen ihren eigenen Lauf zu lassen und Einnahmen zu sammeln. Die Verpflichtung der zentralen Regierung besteht darin, Einnahmen und Mittel für den Hof und für den Mandschuadel zu sichern, der sich zusammen mit der herrschenden Dynastie festgesetzt hat, die Behörden in Peking zu unterhalten, die das Reich verwalten, und diejenigen Provinzen, die nicht zum Komplex der 18 Provinzen gehören, in ihrer Vasallenstellung festzuhalten. Die Pflicht der Provinzbehörden besteht darin, für die öffentliche Ordnung in den 18 Provinzen zu sorgen und nach Peking einen Teil der von ihnen eingetriebenen Einnahmen zu liefern, der für die oben erwähnten Bedürfnisse der zentralen Regierung ausreicht. Solange sie diese Pflichten erfüllen, richtet die Zentralregierung äußerst wenig Anfragen an sie. Sie sucht selten die Methoden der Provinzverwaltung wie auch die Art der Steuererhebung einer wirklichen Kontrolle zu unterziehen. Peking sucht möglichst viel zu erhalten, die Provinz sucht möglichst wenig herauszurücken. Für die Besteuerung der Provinzen ist keine feste Höhe bestimmt, und jede Provinz bemüht sich, einen Teil ihrer Last auf die andere abzuwälzen... In der Praxis bestehen die Beziehungen zwischen der Zentral- und den Lokalregierungen in dem ungeschriebenen Abkommen, die offizielle Plünderung des Reiches

Digitized by Google

untereinander in Teile zu teilen, die sich ständig nach den Umständen und dem Umfang der „Erpressungen“ *) verändern.“

Die Ereignisse der letzten Jahre hatten die Aufnahme ausländischer Anleihen zur Folge, auf welche China 60 Millionen Taels zahlt. Dementsprechend hat Peking seine Forderungen an die Provinzen erhöht, und die letzteren ihrerseits sind in den Mitteln nicht wählerisch: Besteuerung des Handels, Verkauf von Ämtern, die systematische Entwertung der Kupfer- und Goldmünze und endlich die Ausgabe von Papiergeld, das eine ebenso geringe Sicherung hat wie die Assignaten zur Zeit der französischen Revolution. Ein jedes neue Mittel der Geld-„erpressung“ ist von einer neuen Legion hungernder Beamter begleitet, die ihrerseits einen Teil dieser Mittel verschlingen.

Indes verfügt China über ungeheure Naturreichtümer, und seine Bevölkerung zeichnet sich durch Arbeitslust und Sparsamkeit aus. Nach Berechnungen, die Sir Robert Hart angestellt hat, könnte man die Grundsteuer allein mit Leichtigkeit von 25 Millionen Taels bis auf 400 erhöhen, wenn man die in Indien geltende Besteuerungsmethode anwendete. Die Mittel würden sowohl für die Bedürfnisse der Zentral- als der Lokalverwaltungen ausreichen. Aber China kann aus dem Zauberkreise nicht heraus: eine jede neue Reform wird die Schaffung neuer Beamtenkategorien nach sich ziehen, die in ihr nur eine neue Quelle der Bereicherung erblicken. Ein genügendes Kontingent ehrlicher und gebildeter Leute bei sich zu finden,

*) „Squeeze“ ist der hierfür übliche Ausdruck unter den in China lebenden Europäern.

Digitized by Google

ist eine gegenwärtig für China undurchführbare Aufgabe. Sich an die Ausländer um Hilfe zu wenden — das hindert die krankhaft entwickelte Eigenliebe und der Hochmut. Die Seezollämter vom Jahre 1863, die sich in den Händen von Sir Robert Hart befanden, waren mustergültig organisiert. Gegenwärtig, mit dem Rücktritt von Sir Robert Hart, spüren die Chinesen scheinbar die Versuchung, diese Angelegenheit wiederum zu übernehmen, indem sie sich für nicht minder gut vorbereitet halten als die Europäer, gegen die sie einen unausrottbaren Haß empfinden.

Der Haß gegen die Ausländer bildet den Hauptgehalt des chinesischen Nationalismus, der sich in den letzten Jahren in der allerseltsamsten Form äußerte. Von der Wiedergeburt des Patriotismus darf man in einem Lande, das noch ganz vor kurzem sich durch dessen völligen Mangel ausgezeichnet hat, nur mit großer Vorsicht sprechen. Während des Japanisch-Chinesischen Krieges, d. h. im ganzen 15 Jahre zurück, haben die Niederlagen der chinesischen Armee das südliche und das zentrale China völlig gleichgültig gelassen. Dies war die Sache Pekings und nicht die der Provinzen. Der Vizekönig von Kanton wandte sich an Japan mit einer Vorstellung darüber, daß man ihm den in Wei-ha-wei „durch Mißverständnis" eroberten Zollamtskreuzer von Kanton ausliefert, weil Kanton mit dem Krieg nichts gemein hätte. Jetzt aber ist Kanton das Zentrum des chinesischen Nationalismus, von wo die entschiedensten Proteste gegen die auswärtige Politik Pekings und die Einschränkung der Hoheitsrechte Chinas kommen.*)

*) Vgl. „Times", 24. August 1909.

Digitized by Google

Große Hoffnungen setzen die chinesischen Reformer auf das Parlament, dessen Einberufung von der verstorbenen Kaiserin-Witwe nach Ablauf einer neunjährigen Frist verkündet wurde, während welcher sich die Resultate der Tätigkeit der Provinzialversammlungen wie auch anderer Reformen zeigen sollten. Am 25. September 1910 wurden in Peking die Sitzungen des Senats eröffnet, der laut Edikt von 1907 in eine Nationalversammlung verwandelt wurde, die zur Hälfte aus gewählten und zur Hälfte aus ernannten Mitgliedern besteht. Die unsichere Lage des Prinzregenten ausnutzend, beschlossen die Provinzialdeputierten einen energischen Druck auf ihn auszuüben, um die unverzügliche Einberufung des Parlaments zu erlangen.*) Man höre, was darüber in einem aus diesem Anlaß geschriebenen Aufsatz eines Autors, den die Redaktion der „Times" als „besonders gut unterrichtet" bezeichnet, zu lesen war: „Man darf bestimmt sagen, daß noch niemals das moderne China von einer größeren Gefahr bedroht gewesen war als von der, der es jetzt ausgesetzt ist: einerseits eine schwache, korrupte und von inneren Intrigen zerfressene Regierung; andererseits eine Klasse unreifer Politikaster, die geräuschvoll das Recht auf die Herrschaft zu erlangen suchen, wozu sie nur durch Jahre geduldiger Arbeit vorbereitet werden könnten. Alle unvoreingenommenen Beobachter anerkennen diese Gefahr." Sie wurde übrigens von einem Kenner Chinas, wie Fürst Ito es war, kurz vor seinem Tode vorausgesehen. Die chinesischen Reformer verweisen auf das Beispiel Japans,

*) Als Antwort auf diese Petition hat der Prinzregent ein Edikt erlassen, durch welches das Parlament im Jahre 1913 einberufen wird.

Digitized by Google

aber „während die Monarchie in Japan die ganze Bedeutung der obersten Gewalt kraft tiefwurzelnder Verehrung und Loyalität des japanischen Volkes behalten hat, dürfen die mandschurischen Lenker Chinas sich keine Illusionen über das Verhältnis der Jungchinesen zu ihnen und zu ihrer Autorität machen." Dieses Verhältnis äußerte sich auch jetzt in der Forderung eines verantwortlichen Ministeriums, d. h. eines parlamentarischen Regimes im vollen Sinne dieses Wortes, unter welchem der Monarch „herrscht, aber nicht regiert". Inwiefern Peking London oder Paris eingeholt hat, dies überlassen wir den Lesern zu beurteilen, aber das Schicksal des Parlamentarismus in der Türkei und in Persien dürfte uns vor übertriebenen Erwartungen in dieser Hinsicht bewahren.

Die Überreichung der Petition durch Deputierte war von Einzelheiten begleitet, die für das gefühlsmäßige Element der politischen Bewegung in China äußerst charakteristisch sind. Sie hatten sie mit ihrem Blut geschrieben, das sie aus den Adern ihrer Arme abließen, und indem sie sich zum Palais des Regenten begaben, erklärten sie, daß sie ihren Platz nicht verlassen und die ganze Nacht unter freiem Himmel zubringen würden, bis man sie empfangen habe.*)

Diese Äußerungen patriotischer Erregung verblüfften auf den ersten Blick; diejenigen aber, die Gelegenheit hatten, China in den letzten Jahren zu beobachten, konstatierten die leichte Erregbarkeit der Chinesen, die absolut hysterische Formen annimmt und ebenso plötzlich von völliger Apathie und Gleichgültigkeit abgelöst wird.

---

*) „Times", 2. November 1910.

Digitized by Google

Die ausländischen Beobachter, wie z. B. Jean Rodes, der Autor des äußerst interessanten Werkes über das Neue China,*) betonen die für den Europäer bestehende Schwierigkeit, die Psychologie der Chinesen zu erfassen, die das Resultat einer eigenartigen Kultur ist, die sich auf völlig anderen moralischen und religiösen Begriffen aufbaut als die europäische Zivilisation. Der engherzige Materialismus der Chinesen hat sich ganz in dem Ausspruch von Konfuzius kristallisiert: „Wie kann ich mich mit dem Himmel befassen, wenn es so schwer ist, die Erde zu begreifen."

„Der vorherrschende Zug der ganzen Beschaffenheit des chinesischen Charakters ist eine ungewöhnliche Mischung von Kindlichkeit und raffinierter Schlauheit, von engherzigem Materialismus und Aberglauben, die aus ihm eine Art altklugen Kindes macht ... Bei allen Äußerungen eines lebendigen und elastischen Verstandes ist der Chinese nicht nur der höchsten Spekulation unfähig, sondern er ist auch beschränkt und oberflächlich. Und dies erklärt, weshalb er, trotzdem er alles vorausahnte oder entdeckte, in allem auf halbem Wege stehen geblieben ist."

„Er ist allzu leicht befriedigt. Er glaubt, alles getan zu haben, wenn er einen Gedanken geäußert, einen Bericht verfaßt hat ... Seine unglaubliche Kindlichkeit gestattet ihm, sich in vielen Fällen mit dem Schein allein zu begnügen. Er tat so, als ob er Reformen wünschte und sie durchführte, ebenso wie er Buddha und den Geistern seiner Ahnen Geschenke entweder aus Karton darbringt oder sich mit deren Aufzählung auf dem Papier begnügt.**)

*) Jean Rodes, La Chine nouvelle. Paris 1910.

**) Jean Rodes, l. c. S. 216 und 223.

Digitized by Google

Durch die angeführten Züge wird natürlich die Charakteristik der Chinesen bei weitem nicht erschöpft, um so weniger, als die Beobachter selbst vor vielem, was ihnen völlig unbegreiflich und fremd erscheint, verwundert stehen bleiben. In den letzten Jahren ist unter dem Einfluß alles dessen, was China durchzumachen hatte, wie auch infolge der japanischen Siege eine Bewegung erstarkt, die gleichzeitig gegen die Ausländer und auf Reformen gerichtet ist, die China helfen sollen, sich aufzurichten und sich von den Fremden zu befreien. Es wurden erhebliche Reformen in der Armee geplant, und auf diesem Gebiete ist zweifellos manches geschehen, sogar nach dem Urteil der China wenigst günstig gesinnten Ausländer, wie z. B. General Négrier.

Der Urheber der heutigen regulären Armee war der gegenwärtig in Ungunst geratene frühere Vizekönig Yuanschikai, der laut Gerüchten bald wieder zur Regierung berufen werden soll. Nach dem ursprünglichen Plane mußte eine jede der 18 Provinzen zwei Divisionen formieren. Auf dem Papier sollte die chinesische Armee im Jahre 1912: 377798 Bajonette und 13357 Frontoffiziere zählen, im Jahre 1920: 1 185000 Fronttruppen. In Wirklichkeit sind gegenwärtig im ganzen 12 Divisionen und 15 gemischte Brigaden formiert. Ihre nominelle Zahl beträgt 9696 Offiziere, von denen 5417 in der Front stehen, und 189385 niedere Chargen, von denen 165000 in der Front dienen. Aber nach der Ansicht des Generals Négrier entsprechen diese Ziffern nicht der Wirklichkeit. Nichtsdestoweniger hält er es für möglich, die Zahl der ausgebildeten Armee in Kriegszeit auf 200000 Köpfe zu schätzen.

General Négrier schätzt die Beschaffenheit der chinesischen Soldaten nicht hoch. Im Laufe der ganzen Ge-

Digitized by Google

schichte Chinas hat der militärische Beruf keine Achtung im Lande genossen. Hingegen erwachen jetzt neue Tendenzen, die vom Pekinger Hof unterstützt werden, der sich bemüht, den Militärberuf auf eine angemessene Höhe zu bringen und ihn mit einem gewissen Nimbus zu umgeben. Die Chinesen haben eine besondere Achtung vor den deutschen Militärmethoden, aber infolge rein äußerer Nachahmung eignen sie sich eher die Außenseite als den Geist und das Prinzip der deutschen Strategie an. Anfänglich wandten sie sich um Unterstützung an deutsche und japanische Instrukteure, aber jetzt kommen sie allmählich von ihnen los, in der Überzeugung, daß sie selbst die militärische Reorganisation vollenden können.*)

Im allgemeinen scheint uns die Schlußfolgerung von Rodes zutreffend, daß, wenn China auch über keine kraftvolle Armee verfügt, doch immerhin seine militärische Lage nicht mehr dieselbe wie vor zehn Jahren ist, und wenn die Ereignisse vom Jahre 1900 sich wiederholen würden, so müßten die ausländischen Mächte auf eine entsprechende Einwirkung auf das Himmlische Reich viel mehr Anstrengungen verwenden.

Alle diese Tatsachen muß man im Auge behalten, wenn man die komplizierte Lage, die bei uns im fernen Osten entstanden ist, beurteilt. Wenn es gegenwärtig noch unmöglich ist, mit voller Bestimmtheit zu sagen, welche Formen die mandschurische Frage annehmen wird, so ist doch eines klar. Im Interesse Chinas und Rußlands ist es, die ohnedies verworrene Lage, die in diplomatischer Sprache Statusquo genannt wird, nicht noch mehr zu ver-

*) Le général de Négrier: Les farces chinoises en 1910. (Rev. des deux Mondes, août 1910.)

Digitized by Google

wickeln. Von beiden Seiten sollte man vielmehr danach streben, die gegenseitigen Interessen nach Möglichkeit zu versöhnen. Auf die Eisenbahnlinie in der Mandschurei können wir nicht verzichten, aber die Chinesen werden wohl kaum mehr Nutzen aus ihr ziehen als wir. Der eiserne Keil, der die Mandschurei durchschneidet, darf nicht unsere Beziehungen zerspalten, die noch vor kurzer Zeit sich durch traditionelle Freundschaft ausgezeichnet haben. Aber im Interesse der guten Beziehungen beider Mächte ist es, mit einigen unabwendbaren Tatsachen zu rechnen. Die Politik des Schwankens, die zum Abkommen vom 27. April 1910 über die Enteignungszone geführt hat, erachten wir als schädlich sowohl für Rußland als auch für China, weil sie die Illusionen und die Ansprüche des letzteren erhöht und insofern die gegenseitigen Beziehungen nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Jedem Hochmut fremd, unbeirrt von augenblicklichen Eindrücken, muß unsere Politik in der Verteidigung der eingenommenen Position fest bleiben, weil, wenn letzten Endes die nicht von uns verursachten Komplikationen eintreten würden, wir Mittel hätten, mit ihnen fertig zu werden, was China nicht unbekannt sein kann.

*

Kurz nach dem Krimkrieg, als Rußland den Weg großer Reformen betrat, bestimmte Fürst Gortschakow die Richtung unserer äußeren Politik in einem Zirkular, das mit den Worten begann: „La Russie ne boude pas; elle se recueille". Unsere Lage nach unserem letzten Kriege mit Japan erinnert in manchem an die damalige. Rußland durchlebt eine nicht weniger wichtige innere Krise als

Digitized by Google

ein halbes Jahrhundert vorher: diese Krise umfaßt alle Seiten des Volks- und Staatslebens. Den Aufgaben der inneren Ordnung muß sich unvermeidlich das Tempo unserer äußeren Politik unterordnen. Wir brauchen einen langen, ungestörten Frieden, um den Prozeß der inneren Verjüngung Rußlands zu vollenden, aber damit der Friede gesichert bleibt, genügt es nicht, ihn zu wünschen. Anderenfalls werden wir in denselben Irrtum geraten, den unsere Regierung schon einmal begangen hat, als sie mitten in dem Wirbel der grandiosen Pläne im fernen Osten sich gleichzeitig der Illusion einer allgemeinen Abrüstung hingab.

In unserer schon ohnehin etwas breit geratenen Darstellung haben wir die Geschichte der Haager Friedenskonferenzen, die auf Initiative der russischen Regierung einberufen wurden, übergangen. Wir taten dies nicht deshalb, weil wir uns voreingenommen oder negativ dem gegenüber verhalten, was in dieser Richtung unternommen wurde oder geplant wird. Wir bringen allen Maßnahmen, die unnütze Leiden während des Krieges beseitigen wollen, die höchste Achtung und Sympathie entgegen; wir glauben, daß die Schaffung von Schiedsgerichten, die einen Ausgang für die Eigenliebe der Mächte erleichtert und die geeignet ist, die Anlässe zu zufälligen und unnötigen Kriegen zu beseitigen, eine der wertvollsten Erwerbungen des heutigen internationalen Verkehrs ist; indem wir die Worte des Blinden: „Ich glaube, Herr; hilf meinem Unglauben," wiederholen, möchten wir hoffen, daß irgend einmal die einzelnen Mächte eine Formel für die Regulierung der steigenden Rüstungen finden werden. Aber von der gegenwärtigen allgemeinen internationalen Lage und von der Stelle, die Rußland darin einnimmt, aus-

Digitized by Google

gehend, sind wir tief überzeugt, daß gegenwärtig die einzig sichere Grundlage für eine Aufrechterhaltung des Friedens, unter der weder unsere Würde noch unsere Interessen Einbuße zu erleiden hätten, die innere und die äußere Festigung Rußlands ist.

Die allgemeine Wehrpflicht hat aus der modernen Armee ein getreues Spiegelbild des Volkes mit all seinen Tugenden und Mängeln, seiner Kultur und seines allgemeinen Geisteszustandes gemacht. Auf den Feldern der Mandschurei haben unsere Soldaten, wie in alten Tagen, ihre Fähigkeit zu sterben gezeigt; von uns wird jetzt eine andere Fähigkeit verlangt: das Verständnis, zu leben und das Leben unseres Vaterlandes in Ordnung zu bringen. In dieser Fähigkeit steckt die Lösung all unserer Probleme: des Aufschwunges der Bildung und der Produktivität, der inneren und äußeren Politik, der Landesverteidigung, kurz alles dessen, was sich für uns in einer allgemeinen Losung ausdrückt: Großrußland.

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

In unserem Verlage sind erschienen:

Graf S. J. Witte, Vorlesungen über Volks- und Staatswirtschaft.

Einzig berechtigte deutsche Ausgabe, übersetzt und eingeleitet von Josef Melnik.
2 Bände. Mit einem Bildnis. Geheftet M 15.—, gebunden M 18.—

Der bedeutende russische Staatsmann, dem sein Vaterland die allmählich durchdringende Gesundung seiner Finanzen verdankt, spricht über seinen Stoff aus der Fülle reichster eigener Erfahrungen, die durch klares, logisches Denken und durch breite theoretische Kenntnisse den höchsten Wert erhält. Man kann das Werk mit Recht bezeichnen als das politische Testament eines der einflußreichsten Staatsmänner der jüngsten Vergangenheit.

Hans Übersberger, Rußlands Orientpolitik in den letzten zwei Jahrhunderten.

1. Band: Bis zum Frieden von Jassy. Geheftet M 7.—, gebunden M 9.—

Ein Stoff, gleich bedeutsam für die historische Wissenschaft wie für die praktische Politik der unmittelbaren Gegenwart, wird in diesem Werke mit einer so gründlichen Materialkenntnis behandelt, wie sie westeuropäische Forscher für dieses Gebiet der russischen Geschichte sich früher kaum erwerben konnten. Die russische Orientpolitik hat mancherlei fast überraschende Wandlungen durchgemacht; immer waren ihre Ziele von kräftigem nationalem Egoismus bestimmt, der die Gefühlspolitik der Panslawisten usw. mit kluger Berechnung in seinen Dienst stellte.

Theodor von Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866.

1. Band. Geheftet M 6.50, gebunden M 8.—

Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns ist eines der wichtigsten Kapitel der europäischen Geschichte, und ihre Bedeutung für die ganze weltpolitische Konstellation ist nie stärker empfunden worden als in der unmittelbaren Gegenwart. Darum hat das Werk Sosnoskys, das dieses Thema behandelt, schon den einen Vorzug größter Aktualität. Es wird aber über den Tag und die augenblickliche Situation hinaus seinen Wert behalten, dank der gründlichen und lückenlosen Darstellung der so engen, bald kriegerischen, bald friedlichen Beziehungen der Donaumonarchie zu der Türkei und zu den Balkanstaaten. Daneben fesselt es aber auch durch die warme, stark patriotische Empfindung, aus der heraus es geschrieben ist.

Digitized by Google

27/7 14. RM 4—

Sammlung zeitgenössischer Denkwürdigkeiten

Fürst Hohenlohes Denkwürdigkeiten. Im Auftrag des Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst herausgegeben von Friedrich Curtius.

2 Bände. Geheftet M 20.—, 2 Halblederbände M 24.—

„In diesen Bänden steckt ungeheuer viel solide Lebensarbeit. Wenn der erste Sturm der Neugierde vorübergegangen sein wird, wird man erst die geduldige Art des Lesens finden, die für diese Arbeit nötig ist, und diese Bücher werden immer wieder gelesen werden."
(Dr. Friedrich Naumann in der Hilfe, Berlin.)

Graf Julius Andrássy. Sein Leben und seine Zeit. Nach ungedruckten Quellen von Eduard von Wertheimer.

3 Bände. Geheftet M 35.—, in Halbfranz gebunden M 42.—

„... In der Tat, wenn man die Dokumente, die diplomatischen Schriftstücke, Memoranden, Noten und Briefe liest, wenn man von den Umtrieben der Panslawisten, von der zwischen Friedensliebe und Eroberungssucht schwankenden russischen Politik, von der fatalistischen Unfähigkeit der Türken, von der Hartnäckigkeit der Serben und Montenegriner, von dem scharfen Gegensatz zwischen Rußland und Österreich, überhaupt von dem ganzen Hexenkessel der orientalischen Frage erfährt, dann meint man zuweilen Schriftstücke vor sich zu haben, die aus unseren Tagen stammen." (Frankfurter Zeitung.)

Fürst S. D. Urussow, Memoiren eines russischen Gouverneurs. Kischinew 1903—1904.

Geheftet M 4.—, gebunden M 5.—

„Das Buch ist eine der bedeutendsten Erscheinungen neuer politischer Literatur. Es ist eine Sensation eigenster Art, aus dem Munde des früheren hohen Beamten so freie furchtbare Worte zu hören; einen Blick zu finden, der so mächtig, geradeaus und durchdringend ist; so viel Menschlichkeit, so viel Wärme des Gefühls für die Unterdrückten und Verfolgten. Bei all dem Traurigen, das hier berichtet wird, bleibt dennoch der Trost: solange Rußland solche Männer wie Urussow hervorbringt, darf es immer auf eine große und glückliche Zukunft hoffen." (Neue Freie Presse, Wien.)

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

YC 71979

Digitized by Google

Digitized by Google